

EUROPÄISCHE KOMMISSION

EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Bericht Nr. 55

Ausgabe: Oktober 2001

Umfragen: April – Mai 2001

Generaldirektion für Presse und Kommunikation
Rue de la Loi 200 (BREY 7/150)
B - 1049 Brüssel

Telefon: (32.2) 299.30.85
Fax: (32.2) 296.17.49
Email : eurobarometer@cec.eu.int

Internet : http://europa.eu.int/comm/public_opinion

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet

Vorbemerkung

Eurobarometer-Umfragen zur öffentlichen Meinung ("Standard-Eurobarometer-Umfragen") werden im Auftrag der Generaldirektion für Presse und Kommunikation der Europäischen Kommission, Meinungsumfragen, jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland, seit Herbst 1985 Portugal und Spanien, seit Herbst 1990 die ehemalige Deutsche Demokratische Republik und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein.

Befragt wurde ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren, dem ein für alle Mitgliedsländer gleichlautender Fragebogen vorgelegt wurde. In der Regel umfasst die Stichprobe für die Standard-Eurobarometer-Umfragen 1000 Personen je Land mit Ausnahme von Luxemburg (600) und dem Vereinigten Königreich (1000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, werden seit dem Eurobarometer 34 in Deutschland jeweils 2000 Personen befragt: 1000 in Ost- und 1000 in Westdeutschland.

Die Umfragen in den 15 Mitgliedsländern werden von nationalen Instituten durchgeführt, die der Europäischen Meinungsumfragegruppe, einem Konsortium von Markt- und Meinungsforschungsagenturen, bestehend aus INRA (EUROPE) und GfK Worldwide, angehören. Dieses Netz von Instituten wurde über Ausschreibungen ausgewählt. Alle Institute gehören der "European Society for Opinion und Marketing Research" (ESOMAR) an, deren Normen für sie verbindlich sind.

Die in diesem Bericht für die einzelnen Mitgliedsländer enthaltenen Zahlen sind nach Geschlecht, Alter, Region und Ortgröße gewichtet. Die Zahlen für die gesamte Europäische Union sind gemäss der Erwachsenen Bevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen der Auf- oder Abrundung der Zahlen in gewissen Fällen summieren sich die gesamten Prozentwerte in den Tabellen nicht immer genau auf 100%, sondern auf einen sehr nahen Wert (z.B. 99 oder 100). Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, gehen die Prozentwerte oft über 100% hinaus. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um 1% von den Zahlen in den Tabellen abweichen.

Der vorliegende Bericht, der durch die Generaldirektion für Presse und Kommunikation der Europäischen Kommission, Meinungsumfragen (Referatsleiter: Herr Thomas Christensen) erstellt wurde, ist für den Dienstgebrauch der Europäischen Kommission bestimmt.

Umfragen der Eurobarometer-Serie

Die Europäische Kommission (Generaldirektion für Presse und Kommunikation) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussionen, Intensivinterviews) in allen Mitgliedsländern und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei werden vier verschiedene Erhebungsinstrumente eingesetzt:

- *das traditionelle Standard-Eurobarometer mit zweimal jährlich erscheinenden Berichten*
- *Telefon Flash EB, das auch für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (z.B. Spitzenentscheidungsträger)*
- *Qualitative Analysen (Fokusgruppen, Intensivinterviews)*
- *In Kürze: Das Eurobarometer der Beitrittskandidaten*

Die in der allgemeinen Öffentlichkeit (in persönlichen Interviews) durchgeführten Standardumfragen des Eurobarometers und die Umfragen des Eurobarometers der Beitrittskandidaten, die telefonischen Flash Eurobarometer Umfragen und die qualitative Forschung dienen hauptsächlich dazu, Umfragen für die verschiedenen Generaldirektionen und sonstigen Dienststellen der Kommission in deren Auftrag und auf deren Rechnung durchzuführen.

Web-Site für das Eurobarometer:
http://europa.eu.int/comm/public_opinion

SCHLAGZEILEN

Der 55. Eurobarometer Bericht analysiert die Einstellung der Öffentlichkeit zur Europäischen Union im Frühjahr 2001. Die Hauptergebnisse sind:

Befürwortung der EU Mitgliedschaft und Nutzen aus der Mitgliedschaft

- 48% der EU Bürger befürworten die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union. Dieser Anteil ist etwas gefallen gegenüber den Ergebnissen vom Herbst 2000 (-2). Der Anteil der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen, ist nach wie vor sehr gering (13%). 45% der Europäer sind der Ansicht, ihr Land habe aus der EU Mitgliedschaft Nutzen gezogen, während 30% nicht dieser Ansicht sind.

Die emotionale Haltung der Menschen gegenüber der EU

- Mehr als vier von zehn Europäern haben von der Europäischen Union ein positives Bild (42%). Nur 18% haben ein negatives Bild von der EU.
- Auf die Aussage hin, die Europäische Union sei gescheitert, geben 28% der Befragten an, sie würden dies bedauern, für 45% wäre dies gleichgültig und 14% wären sehr erleichtert.

Vertrauen in die Europäische Union, ihre Institutionen und Organe

- 41% der Europäer neigen dazu, der Europäischen Union zu vertrauen, 40% vertrauen ihr eher nicht und 20% haben dazu keine Meinung.
- Von den 9 Institutionen und Organen, die in der Umfrage untersucht wurden, wird dem Europäischen Parlament am meisten vertraut (52%), gefolgt vom Europäischen Gerichtshof (46%) und der Europäischen Kommission (45%). Die Menschen neigen jetzt deutlich seltener dazu, der Europäischen Kommission zu misstrauen (-3).

Zustimmung zur Einheitswährung, des Euro

- Mit 59% ist die Befürwortung der Einheitswährung gegenüber den Werten aus dem Herbst 2000 deutlich gestiegen (+4). 66% der Befragten aus den "EURO 12" Ländern befürworten den Euro (+4). Auch in den drei "pre-in" Ländern ist der Anteil der Befürworter des Euro gestiegen, nämlich von 23% auf 27%.

Zustimmung zur Erweiterung

- Auf die Frage, ob die Europäische Union erweitert werden und neue Länder aufnehmen solle, geben 43% der Befragten eine positive und 35% eine negative Antwort. Wurden den Befragten jedoch mehrere Antwortmöglichkeiten vorgelegt, zeigte sich, dass 44% der Ansicht sind, dass nur einige der Länder, die der EU beitreten möchten, aufgenommen werden sollten. Weitere 21% geben an, alle Bewerberstaaten sollten aufgenommen werden. In dieser detaillierteren Frage zeigte sich, dass nur 16% der Befragten der Ansicht sind, die EU sollte überhaupt nicht erweitert werden.

Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Außenpolitik

- Die Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist weiterhin weit verbreitet (73%). Zwei von drei Europäern sind der Ansicht, die Europäische Union solle eine gemeinsame Außenpolitik haben (65%).

Die EU genießt im Vergleich mit anderen nationalen und internationalen Institutionen das größte Vertrauen in Globalisierungsfragen

- Im Vergleich mit u.a. nationalen Regierungen, den Bürgern selbst und den Vereinten Nationen, genießt die Europäische Union mit 36% das größte Vertrauen in Fragen der Kontrolle der Globalisierungseffekte.

Subjektive Einschätzung der Kenntnisse über die Europäische Union

- 21% der EU Bürger glauben, ziemlich viel bis sehr viel über die Europäische Union zu wissen (das sind alle, die auf der Skala Angaben zwischen 6 und 10 machen), verglichen mit 29% im Herbst 2000.

Zugang zur Informationstechnologie

- Die Umfrage zeigt eine deutliche Erhöhung des Zugangs zu modernen Formen der Informationstechnologie. Beinahe die Hälfte der EU Bürger haben jetzt Zugang zu einem Computer (45%), verglichen mit 35% im Frühjahr 1999. Der Zugang zum Internet hat sich seit dem Frühjahr 1999 auf 30% verdoppelt, und 25% haben jetzt Zugang zu einem Modem, verglichen mit 17% im Frühjahr 1999.

Sprachkenntnisse

- 47% der EU Bürger sprechen eine Fremdsprache gut genug, um eine Unterhaltung zu führen. Es gibt jedoch große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Bevölkerung in Luxemburg hat den größten Anteil von Menschen mit Fremdsprachenkenntnissen (97%) [d.h. sie sprechen mindestens eine weitere Sprache ausser Letzeburgisch], während der Anteil im Vereinigten Königreich am kleinsten ist (27%).

Zufriedenheit mit dem Leben

- Die Zufriedenheit mit dem Leben ist im Augenblick sehr hoch. 83% der EU Bürger sind mit ihrem Leben ziemlich oder sehr zufrieden.
- 38% der EU Bürger halten ihre jetzige Situation für besser als die vor 5 Jahren, während nur 16% der Ansicht sind, ihre Situation habe sich verschlechtert. Was die Zukunft betrifft, glauben 42%, ihre persönliche Situation werde sich in den nächsten 5 Jahren verbessern, während nur 5% glauben, sie werde sich verschlechtern.

Junge Europäer

- Die Befragung einer Zusatzstichprobe von Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren zeigt, dass junge Europäer meistens glauben, die Bedeutung der europäischen Staatsangehörigkeit sei das Recht, in allen 15 Mitgliedstaaten zu arbeiten (57%).

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einführung

1. Zufriedenheit mit dem Leben und Vertrauen in die Institutionen	1
1.1. Die Zufriedenheit mit dem Leben	1
1.2. Die Zufriedenheit mit dem Leben verglichen mit der Situation vor fünf Jahren	3
1.3. Die Erwartungen für die kommenden fünf Jahre.....	4
1.4. Vertrauen in die Medien.....	5
1.5. Das Vertrauen in politische Einrichtungen.....	6
1.6. Das Vertrauen in andere Einrichtungen.....	8
2. Einstellungen gegenüber der Europäischen Union im Jahre 2001	11
2.1. Befürwortung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union.....	11
2.2. Vorteile durch die Mitgliedschaft in der EU.....	13
2.3. Das Image der Europäischen Union im Jahre 2001.....	31
2.4. Das Vertrauen in die EU und ihre Institutionen und Organe.....	34
2.5. Die Befürwortung einer Verfassung der Europäischen Union	39
3. Die Zustimmung zu aktuellen politischen Themen.....	42
3.1. Zustimmung zu den Prioritäten der EU	42
3.2. Die Zustimmung zu wichtigen Themen	43
3.3. Zustimmung zur Einheitswährung	46
3.4. Informationen über die Einheitswährung	49
3.5. Zustimmung zur Erweiterung	53
3.6. Einstellungen zur Erweiterung	57
3.7. Das persönliche Leben nach der Erweiterung.....	60
3.8. Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union.....	62
3.9. Informationen über die Erweiterung	63
4. Informationsquellen und Kenntnisse der EU Bürger	64
4.1. Nutzung der Nachrichtenmedien und Zugang zu modernen Informationsquellen.....	64
4.2. Interesse an Nachrichten über die Europäische Union	66
4.3. Informationsquellen über die Europäische Union	69
4.4. Subjektive Beurteilung der Kenntnisse über die Europäische Union	70
4.5. Bekanntheitsgrad und Bedeutung der europäischen Institutionen und Organe	73
4.6. Dialog über Europa.....	76
4.7. Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Ratspräsidentschaft	79
5. Die Europäer und Sprachen	80
5.1. Die Muttersprache	80
5.2. Fremdsprachenkenntnisse.....	81
5.3. Welche Fremdsprachen sind am nützlichsten?	84
6. Andere Aspekte der Europäischen Union.....	87
6.1. Junge Europäer.....	87
6.2. Ansehen der Berufe.....	90
6.3. Globalisierung	92

Inhaltsverzeichnis - Anhänge

Seite

A.	Listen	
A.1.	Auflistung der Schaubilder	A.1
A.2.	Auflistung der Tabellen	A.5
A.3.	Deutscher Text der in den Tabellen verwendeten Frage- und Antwortkategorien.....	A.8
A.4.	Erklärung der Tabellenüberschriften.....	A.21
B.	Tabellen	B.1
C.	Technische Spezifikationen	
C.1.	Beteiligte Institute und Ansprechpartner	C.1
C.2.	Regionale Verwaltungseinheiten	C.2
C.3.	Stichprobenspezifikationen	C.3
C.4.	Definition und gewichtete Verteilung der soziodemografischen Variablen	C.6
D.	Besondere Umfragen des Eurobarometers über die Einstellungen der Europäer.....	D.1

BERICHT

Einleitung

Dieser erste Bericht des dritten Jahrtausends stellt die Ergebnisse der ersten und der zweiten Welle der Eurobarometer-Umfrage Nr. 55 vor. Die Umfrage wurde in allen 15 Mitgliedstaaten im Frühjahr 2001 durchgeführt. Das Ziel dieses Berichts ist es, den Lesern einen Überblick über die Meinungen der europäischen Bürger im Bezug auf die Europäische Union, deren Politik und Institutionen und eine Reihe anderer, verwandter Themen zu geben.

Der Bericht beginnt mit einer Untersuchung der **allgemeinen Zufriedenheit der EU-Bürger** zu Beginn des Jahres 2001. Dieses Kapitel untersucht auch, wie die Bürger ihre persönliche Situation einschätzen im Vergleich mit der Situation vor 5 Jahren, und wie sie die Entwicklung in den kommenden 5 Jahren einschätzen.

Kapitel 2 beschäftigt sich mit der **langfristigen Entwicklung der öffentlichen Meinung** zur Europäischen Union. Die Standard-Indikatoren - die **Befürwortung der EU-Mitgliedschaft** sowie der **subjektiv empfundene Nutzen der EU-Mitgliedschaft** - werden hier vorgestellt. Außerdem berichtet dieses Kapitel über die **emotionale Haltung der Bürger gegenüber der Europäischen Union**: Haben die Bürger ein positives Bild von der EU und wie würden sie reagieren, wenn sie morgen erführen, die EU sei gescheitert? Weiterhin analysiert das Kapitel das **Vertrauen der Bürger in die Europäische Union und 9 ihrer Institutionen und Organe**. Am Ende des Kapitels werden die Ergebnisse einer Frage vorgestellt, die die **öffentliche Unterstützung einer Verfassung der Europäischen Union** misst.

Kapitel 3 konzentriert sich auf eine Reihe von **Themen aus der aktuellen Politik der EU**. Es beginnt mit einer Untersuchung der Frage, **inwieweit die Öffentlichkeit die aktuellen EU-Politiken als vorrangig ansieht** und analysiert anschließend, **in welchem Grade bestimmte politische Schlüsselthemen Unterstützung finden**. Zwei dieser Themen, **die Einheitswährung (der Euro)** und **die Erweiterung**, sind außerdem Gegenstand einer detaillierteren Analyse.

Kapitel 4 untersucht **die Aufmerksamkeit, die die Bürger Nachrichten über die Europäische Union schenken**, im Vergleich zu Nachrichten über andere Themen. Das Kapitel beschäftigt sich außerdem mit der Frage, **welche Quellen die Menschen nutzen und bevorzugen, wenn sie nach Informationen über die EU suchen**. Außerdem werden **die subjektive Beurteilung der Kenntnisse über die Europäische Union**, sowie der **Bekanntheitsgrad von 9 ihrer Institutionen und Organe** sowie **die subjektive Einschätzung von deren Bedeutung** untersucht. Am Ende des Kapitels werden kurz die Kenntnisse über die **Präsidenschaft des Europäischen Ministerrats** während der ersten Hälfte des Jahres 2001 beleuchtet.

Kapitel 5 trägt den Titel **“Europäer und Sprachen”** und untersucht, welche Muttersprachen von den Bürgern der EU gesprochen werden, welche Fremdsprachen sie sprechen und welche Fremdsprachen von ihnen als besonders nützlich angesehen werden.

Das letzte Kapitel stellt die Ergebnisse der Befragung junger Leute auf der Basis einer erweiterten Stichprobe vor und endet mit einer kurzen Abhandlung der öffentlichen Meinung zu anderen Aspekten des Lebens in der Europäischen Union.

Wir bedanken uns bei allen Bürgern der Europäischen Union, die über die Jahre an unseren Umfragen teilgenommen haben. Ohne ihre Unterstützung hätte dieser Bericht nicht geschrieben werden können.

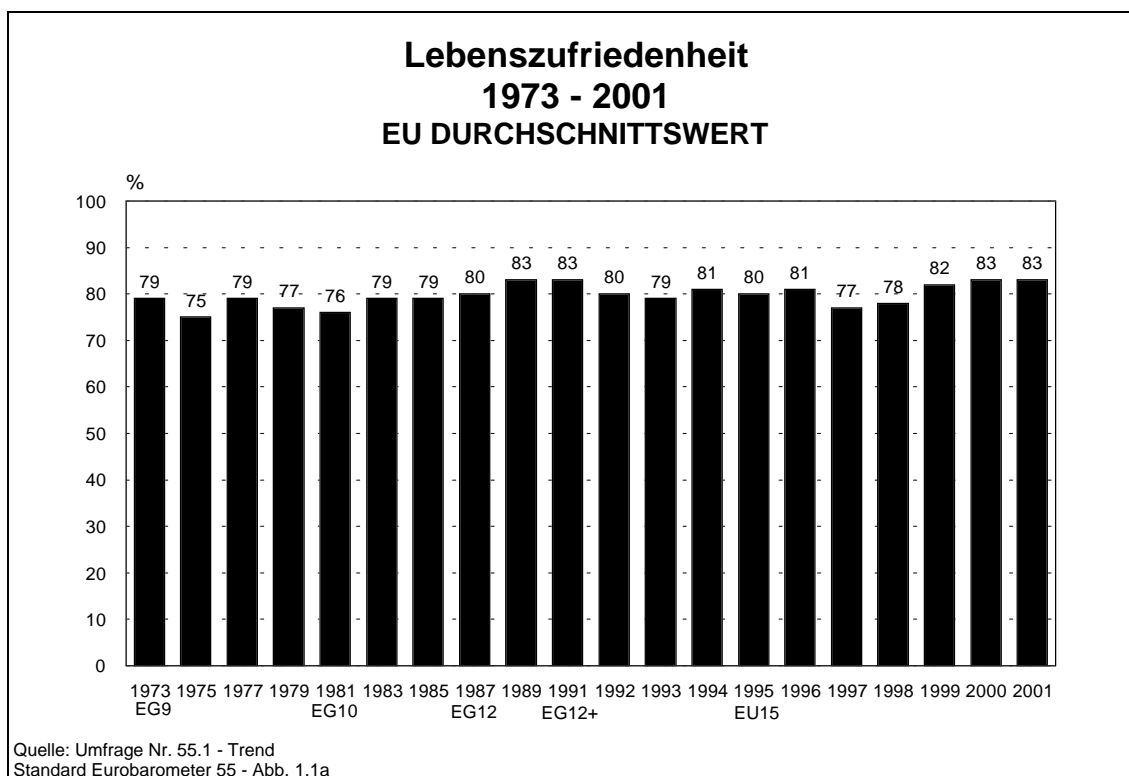
1. Zufriedenheit mit dem Leben und Vertrauen in die Institutionen

Dieses Kapitel untersucht die Zufriedenheit der Bürger der Europäischen Union zu Beginn des dritten Jahrtausends und betrachtet die Entwicklung der Zufriedenheit seit der ersten Durchführung des Eurobarometers im Jahre 1973. Das Kapitel beschäftigt sich auch mit der Frage, wie die Bürger ihre persönliche Situation im Vergleich mit der Situation vor 5 Jahren einschätzen, und es analysiert die Erwartungen für die kommenden 5 Jahre. Der zweite Teil des Kapitels untersucht, in welchem Maße die EU-Bürger verschiedenen Institutionen ihres Landes, wie den Medien, der Regierung, der Kirche und dem Rechtssystem, Vertrauen schenken.

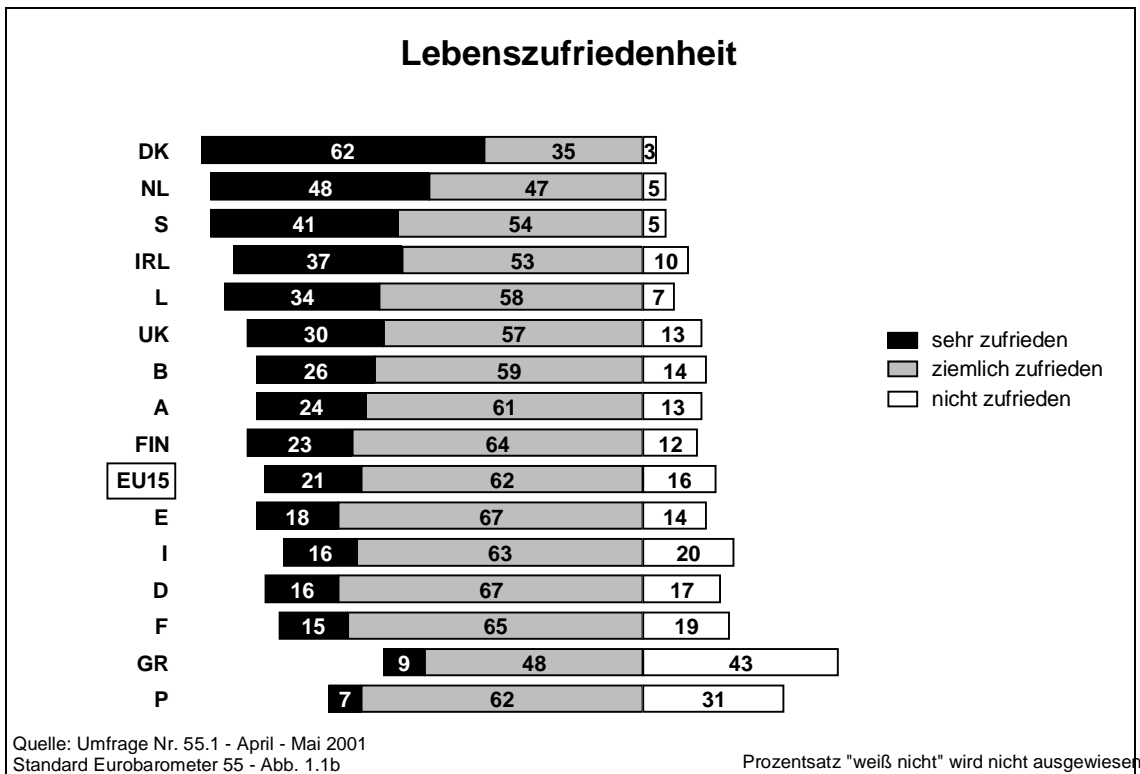
1.1. Die Zufriedenheit mit dem Leben

Die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Leben ist eine umfassende Frage danach, wie zufrieden die Menschen mit allen Dingen in ihrem Leben sind. Die Kriterien reichen von ihrem persönlichen Glück, ihrer Gesundheit, ihrer Familie und ihrer wirtschaftlichen Situation bis zu ihren Ansichten über die Gesellschaft im Allgemeinen.

Wie schon im Herbst 2000 sagen 83% der EU-Bürger in dieser ersten Umfrage des neuen Jahrtausends, dass sie sehr oder ziemlich zufrieden mit ihrem Leben sind. Der Grad der Zufriedenheit in der EU befindet sich im Augenblick auf einem Hoch. Nur in den Jahren 1989 und 1991 wurden schon einmal derart hohe Werte gemessen. Dennoch war in den 28 Jahren, in denen das Eurobarometer Umfragen durchgeführt hat, die Mehrheit der Europäer mit ihrem Leben zufrieden. Das unten stehende Diagramm zeigt, dass immer mindestens 75% der Befragten ihr Leben positiv bewerten, obwohl es über die Jahre einige Schwankungen gegeben hat. Wie zu erwarten, ist der Grad der Zufriedenheit in Zeiten wirtschaftlichen Wohlstands sehr hoch – was das aktuelle Hoch erklärt – und niedriger in schwierigen Zeiten, wie z.B. 1975, als die Menschen die wirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise zu spüren bekamen.



Das folgende Diagramm zeigt, dass der Grad der Zufriedenheit zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten stark variiert.



Dänemark ist das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung sehr zufrieden ist (62%). Weitere 35% geben dort an, ziemlich zufrieden zu sein. In den Niederlanden sind 48% sehr zufrieden und 47% ziemlich zufrieden. Schweden (95%) und Luxemburg (92%) sind die beiden einzigen Länder, in denen mehr als 9 von 10 Personen mit ihrem Leben zufrieden sind. Der Grad der Zufriedenheit ist in Griechenland (57%) am niedrigsten, mit einigem Abstand gefolgt von Portugal (69%).

Wie bereits erwähnt, wurde auf der EU15 Ebene seit Herbst 2000 keine Veränderung festgestellt. Obwohl dies nicht unbedingt immer bedeutet, dass auch in den einzelnen Ländern keine bedeutenden Schwankungen gemessen wurden, ist dies hier der Fall: Seit der letzten Umfrage hat es in den 15 Mitgliedstaaten sehr wenig Bewegung im Grad der Zufriedenheit gegeben. Nur in Irland, Österreich (beide +4) und Luxemburg (+3) wurde ein bedeutender Anstieg gemessen, während Griechenland (-4) das einzige Land ist, in dem der Grad der Zufriedenheit deutlich nachgelassen hat. (Tabelle 1.1a)

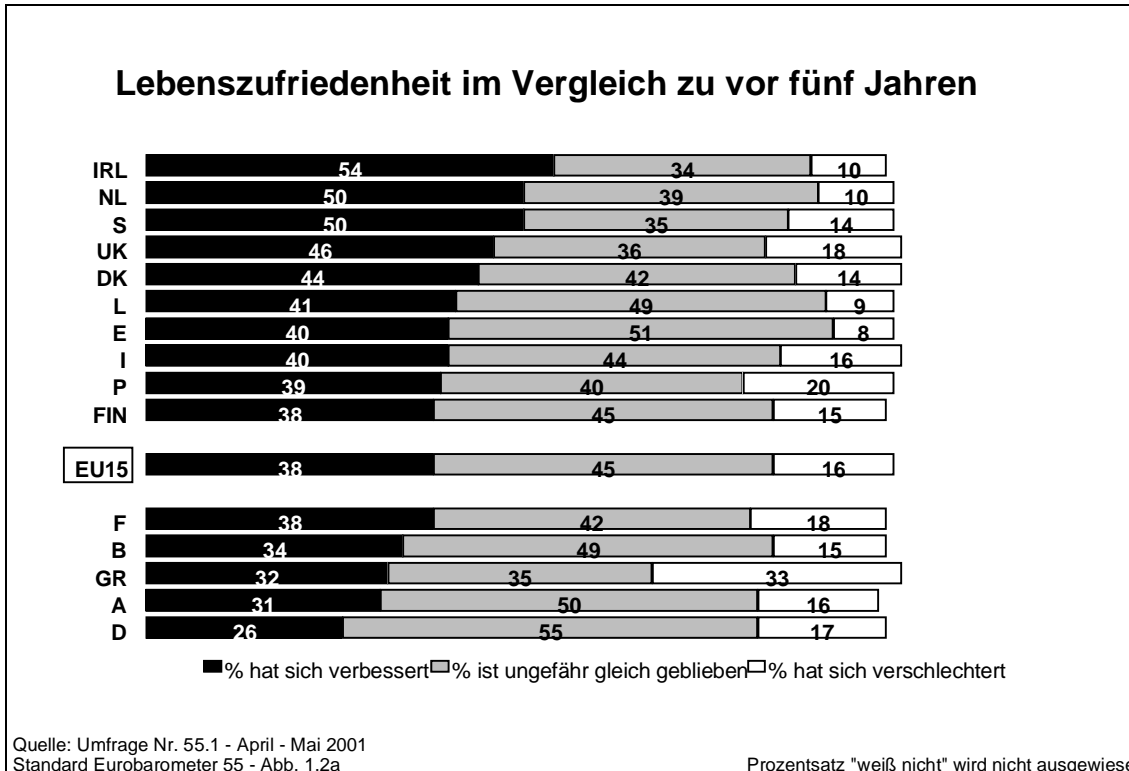
Die demografische Analyse zeigt keine bedeutenden Unterschiede zwischen Männern und Frauen. In den 4 Altersgruppen (15 bis 24 Jahre, 25 bis 39 Jahre, 40 bis 54 Jahre und 55 Jahre und älter) zeigt sich, dass der Anteil der sehr zufriedenen Menschen in der jüngsten Altersgruppe wesentlich höher ist (26%), als in den anderen Altersgruppen. Innerhalb der verschiedenen Berufsgruppen wurden sehr große Schwankungen gemessen, von einer Zufriedenheit von 62% der Arbeitslosen, bis zu einer Zufriedenheit von 90% der Führungspersonen. Der Bildungsstand ist auch ein guter Indikator für die Zufriedenheit der Menschen mit ihrem Leben. Studenten (89%) oder solche, die bis zum Alter von 20 oder länger in der Vollzeitausbildung verblieben sind (87%), sind deutlich häufiger mit ihrem Leben zufrieden als solche, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben (78%), oder diejenigen, die sie im Alter von 16 bis 19 Jahren verlassen haben (83%)¹.

Wenn man die auf die Einstellungen der Bürger bezogenen Indikatoren betrachtet, ergibt sich, dass die Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union unterstützen, deutlich häufiger zufrieden sind (88%) als diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen (66%). (Tabelle 1.1b)

¹ In Anhang C.4 finden Sie mehr Details über die demografischen Variablen.

1.2. Die Zufriedenheit mit dem Leben verglichen mit der Situation vor fünf Jahren

Das folgende Diagramm zeigt, dass 38% der EU-Bürger der Ansicht sind, ihre aktuelle Situation habe sich im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren verbessert. 45% sind der Meinung, ihre Situation sei ungefähr gleich geblieben, und nur 16% geben an, sie habe sich verschlechtert.



Das oben stehende Diagramm zeigt, dass es zwischen den 15 Mitgliedstaaten grosse Unterschiede gibt. Mit 54% sind die Iren am ehesten der Ansicht, ihre Situation habe sich verbessert, und 50% der Niederländer und Schweden teilen diese Ansicht. Im Vereinigten Königreich (46%), Dänemark (44%), Luxemburg (41%), Spanien und Italien (beide 40%) sind mindestens vier von zehn Personen der Ansicht, ihre Situation habe sich in den letzten fünf Jahren verbessert. In Deutschland geben nur 26% der Befragten an, ihre Situation habe sich verbessert, aber dies bedeutet nicht unbedingt, dass ihre Situation sich verschlechtert hat. Die Deutschen geben am häufigsten an, dass ihre Situation sich in den letzten fünf Jahren nicht verändert habe (55%), gefolgt von den Spaniern (51%) und Österreichern (50%). Mit 33%, geben die Griechen am häufigsten an, ihre Situation habe sich in den letzten fünf Jahren verschlechtert, mit einigem Abstand gefolgt von den Portugiesen (20%). In allen anderen Mitgliedstaaten geben weniger als zwei von zehn Personen an, ihre Situation habe sich verschlechtert.

Im Vergleich mit den letzten, im Frühjahr 2000 durchgeführten Messungen, stellen wir fest, dass in Italien, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Deutschland, und Belgien die Menschen jetzt häufiger angeben, mit ihrer Situation zufriedener zu sein. In Spanien geben die Menschen jetzt häufiger an, ihre Situation habe sich nicht verändert (+5). Nur in Griechenland (+12) und in wesentlich geringerem Maße in Portugal (+4) glauben die Menschen nun häufiger als im Frühjahr 2000, ihre Situation habe sich verschlechtert. (Tabelle 1.2a)

Die demografische Analyse ergibt, dass Führungspersonen (55%) und junge Leute (54%) am häufigsten angeben, ihre Situation habe sich in den letzten fünf Jahren verbessert. Arbeitslose geben am häufigsten an, ihre Situation habe sich verschlechtert (28%).

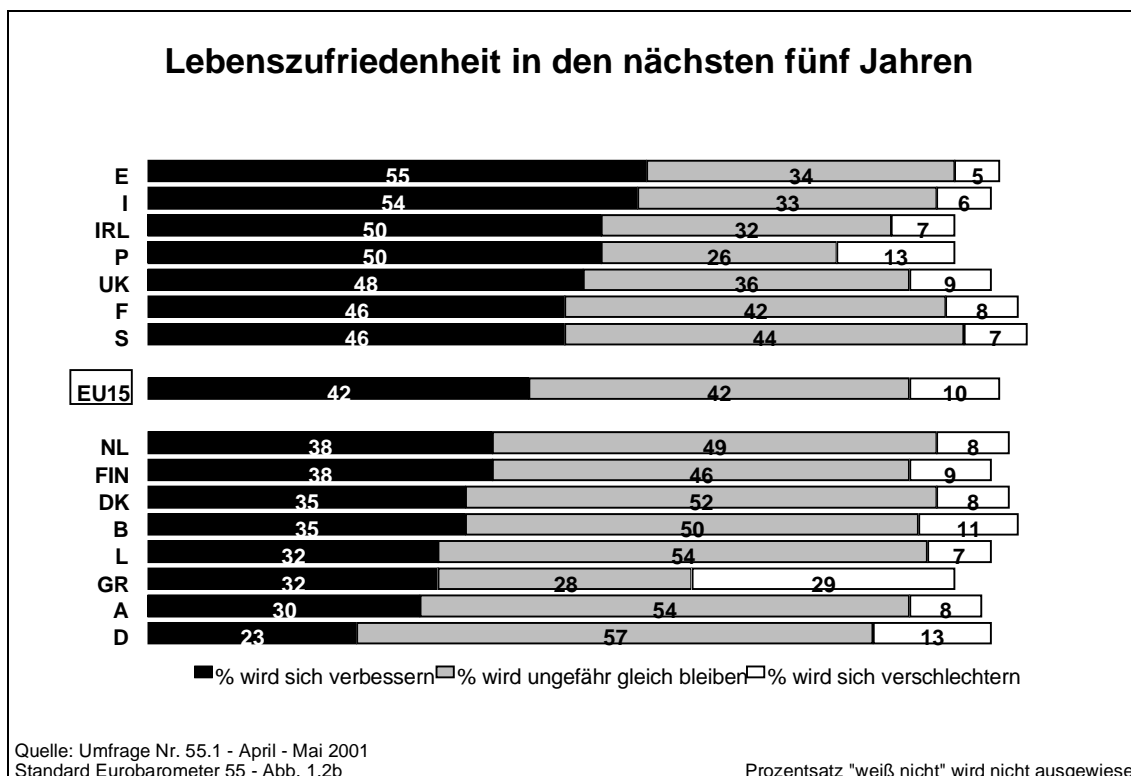
Die nachstehende Tabelle zeigt, dass es eine enge Beziehung zwischen der gegenwärtigen Zufriedenheit mit dem Leben und der Zufriedenheit im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren gibt.

Beziehung zwischen der Zufriedenheit mit dem Leben und der Zufriedenheit im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren		
Im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren hat sich das Leben	Zufriedenheit mit dem Leben im Allgemeinen	
	Zufrieden	Nicht zufrieden
	%	%
Verbessert	42	15
Es ist gleich geblieben	47	36
verschlechtert	10	47
(Weiß nicht)	1	2
Gesamt	100	100

Bei der Betrachtung der Einstellungen der Menschen gegenüber der EU stellen wir fest, dass die Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten, wesentlich häufiger angeben, ihre Situation habe sich in den letzten fünf Jahren verbessert (45%) als diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen (31%). In dieser letzten Gruppe geben 28% an, ihre Situation habe sich verschlechtert, während dies nur 12% der Menschen angeben, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten. (Tabelle 1.2b)

1.3. Die Erwartungen für die kommenden fünf Jahre

Die EU-Bürger haben meist positive Erwartungen gegenüber der Entwicklung ihrer persönlichen Situation im Verlaufe der nächsten fünf Jahre. Wie das folgende Diagramm zeigt, glauben 42%, ihre Situation werde sich verbessern, während nur 10% glauben, sie werde sich verschlechtern. 42% sind der Ansicht, ihre persönliche Situation werde ungefähr gleich bleiben.



Wenn wir die Ergebnisse der einzelnen Mitgliedstaaten betrachten, zeigt sich, dass die Spanier am häufigsten der Ansicht sind, ihre persönliche Situation werde sich in den nächsten fünf Jahren verbessern (55%), gefolgt von den Italienern (54%), den Iren und Portugiesen (beide 50%). Auch hier bemerken wir, dass die Deutschen am seltensten erwarten, ihre Situation werde sich verbessern (23%), während sie am häufigsten angeben, ihre Situation werde ungefähr gleich bleiben (57%). Die Griechen erwarten am häufigsten, dass ihre Situation sich verschlechtern werde (29%). In den anderen Mitgliedstaaten reicht der Anteil der Menschen, die diese Ansicht teilen, von 5% in Spanien bis zu 13% in Deutschland und Portugal.

Im Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Frühjahr 2000 zeigt sich, dass die Italiener, die Deutschen und die Franzosen der Zukunft jetzt etwas optimistischer entgegensehen, während die Portugiesen und vor allem die Griechen jetzt wesentlich pessimistischer sind als vorher. Obwohl die Menschen in Dänemark und Luxemburg jetzt deutlich weniger häufig optimistisch sind, ist kein deutlicher Anstieg des Anteils derer, die glauben, ihre Situation werde sich verschlechtern, festzustellen. In Schweden und Österreich wird jetzt häufiger angegeben, die Situation werde sich in den nächsten fünf Jahren nicht verändern. In Finnland und den Niederlanden ist genau das Gegenteil der Fall. In keinem der anderen Länder wurden bedeutende Veränderungen festgestellt. (Tabelle 1.3a)

Die demografische Analyse zeigt, dass das Alter eine wichtige Determinante dafür ist, was die Menschen für ihre Zukunft erwarten. Studenten und andere junge Leute (jeweils 69% und 68%) sind am häufigsten optimistisch, während Menschen im Ruhestand (15%) und Menschen im Alter von 55 Jahren und älter (18%) am seltensten diese Einstellung teilen. Während die Mehrheit der Menschen im Alter von 55 und älter, ob im Ruhestand oder nicht, der Ansicht ist, ihre Situation werde sich nicht verändern, ist sie gleichzeitig der Ansicht, ihre persönliche Situation werde sich in den kommenden fünf Jahren verschlechtern.

Die folgende Tabelle zeigt, dass Menschen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, häufiger glauben, ihr Leben werde sich verbessern, als solche, die nicht mit ihrem Leben zufrieden sind. Diese letzte Gruppe ist wesentlich häufiger der Ansicht, ihr Leben werde sich verschlechtern.

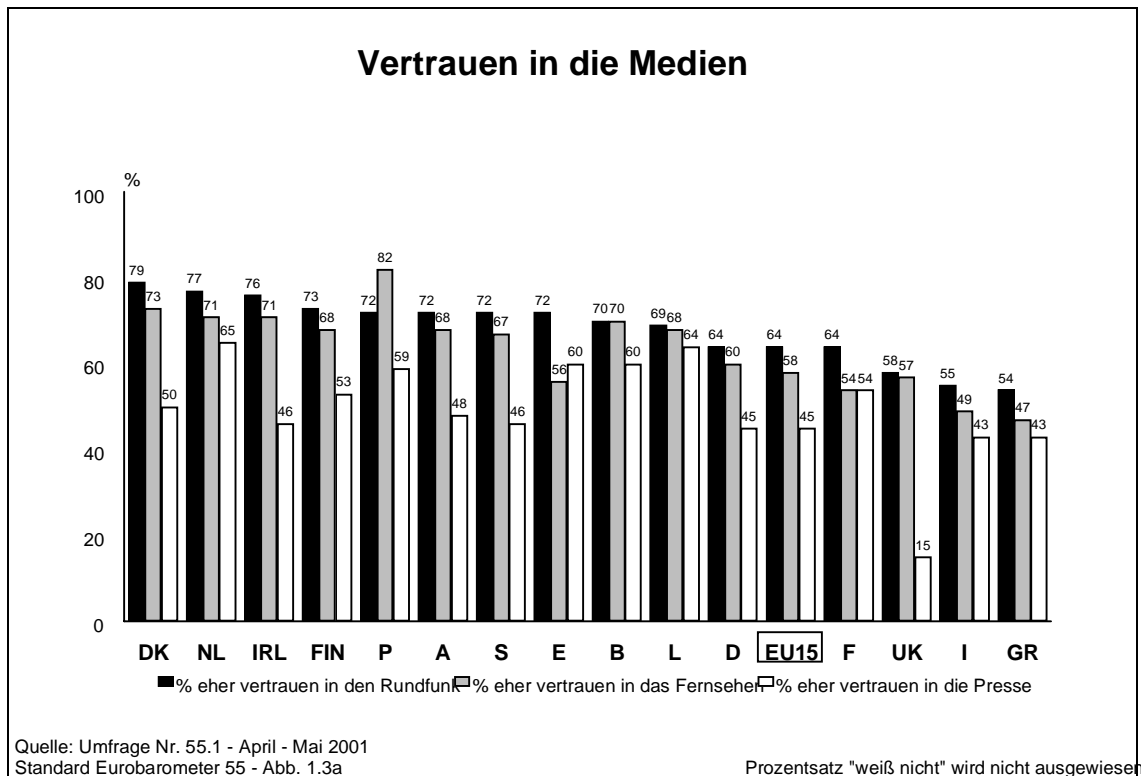
Beziehung zwischen der Zufriedenheit mit dem Leben und den Erwartungen für das Leben in den kommenden fünf Jahren		
Die persönliche Situation wird sich in den nächsten fünf Jahren:	Zufriedenheit mit dem Leben im Allgemeinen:	
	Zufrieden	Nicht zufrieden
	%	%
Verbessern	43	37
Sie wird gleich bleiben	45	31
Verschlechtern	7	23
(Weiß nicht)	6	9
<i>Gesamt</i>	101	100

Auch hier stellen wir fest, dass die Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, wesentlich häufiger glauben, ihre persönliche Situation werde sich verbessern (48%), als solche, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen (32%). (Tabelle 1.3b)

1.4. Vertrauen in die Medien

Wie schon im Herbst 1997 und im Frühjahr 1999 wurden die Befragten gebeten, ihr Vertrauen oder Misstrauen gegenüber einer großen Anzahl nationaler und internationaler Institutionen anzugeben². Wir beginnen mit einer Betrachtung des Vertrauens, das die Menschen in Radio, Fernsehen und die Printmedien setzen. 64% der Befragten geben an, eher dem Radio zu vertrauen, 58% vertrauen eher dem Fernsehen und 45% vertrauen eher den Printmedien.

² Die Frage betrifft 17 Einrichtungen. Für jede einzelne Einrichtung wurden die Befragten gebeten zu sagen, ob sie dieser Einrichtung (z.B. dem Radio) „eher vertrauen oder eher nicht vertrauen“. Die Antworten summieren sich nicht notwendigerweise auf 100 % oder weniger. Eine Person kann sehr wohl dem Radio **und** dem Fernsehen **und** den Printmedien jeweils „eher vertrauen als nicht vertrauen“. Die Ergebnisse für alle Einrichtungen außer der Europäischen Union finden Sie in den Tabellen 1.4a bis 1.4c. Die Ergebnisse für die Frage nach dem Vertrauen in die Europäische Union finden Sie separat in Kapitel 2 (siehe auch Tabelle 2.8).



Die Länderanalyse zeigt, dass das Vertrauen in das Radio in Dänemark (79%), den Niederlanden (77%) und Irland (76%) am höchsten und in Griechenland (54%), Italien (55%) und dem Vereinigten Königreich (58%) am niedrigsten ist. Das Vertrauen in das Fernsehen ist in Portugal (82%) am höchsten, mit einigem Abstand gefolgt von Dänemark (73%), Irland und den Niederlanden (beide 71%). und es ist in Griechenland (47%) und Italien (49%) am niedrigsten. Das Vertrauen in die gedruckte Presse ist in den Niederlanden (65%), Luxemburg (64%) und Belgien (60%) am höchsten. Mit 15% ist das Vertrauen in die gedruckte Presse immer noch im Vereinigten Königreich bei weitem am niedrigsten. Es wurde ein Abfall von 9 Prozentpunkten seit dem Frühjahr 1999 gemessen. (Tabelle 1.4a)

Im Vergleich zum Frühjahr 1999, setzen die Menschen jetzt weniger Vertrauen in die Medien. Die Ergebnisse ähneln denen vom Herbst 1997³. Wenn man die drei Medien separat betrachtet, stellt man fest, dass das Vertrauen in die gedruckte Presse nur in Portugal (+10) und Luxemburg (+5) seit dem Frühjahr 1999 gestiegen ist. In Italien hat sich der Grad des Vertrauens kaum geändert. In allen anderen Ländern vertrauen die Menschen jetzt weniger häufig der gedruckten Presse. Das Vertrauen in das Radio stieg nur in Portugal (+7), während in Italien und Dänemark unbedeutende Veränderungen gemessen wurden. In allen anderen Ländern schenken die Menschen dem Radio jetzt weniger häufig Vertrauen. Portugal ist auch das einzige Land, in dem die Bürger dem Fernsehen jetzt größeres Vertrauen entgegenbringen (+7), während in Dänemark keine Veränderungen festgestellt und in allen anderen Ländern negativere Ergebnisse gemessen wurden.

1.5. Das Vertrauen in politische Einrichtungen

Wir betrachten nun das Vertrauen in vier politische Einrichtungen: Die nationalen Regierungen, die nationalen Parlamente, die Behörden und politischen Parteien. Wie schon andere Umfragen, zeigt auch das Eurobarometer, dass das Vertrauen in diese Institutionen eher gering ist. Insgesamt vertrauen nur 35% der Europäer diesen vier Einrichtungen. In den Länderergebnissen zeigen sich Durchschnittswerte von 25% in Italien bis zu 57% in Luxemburg.

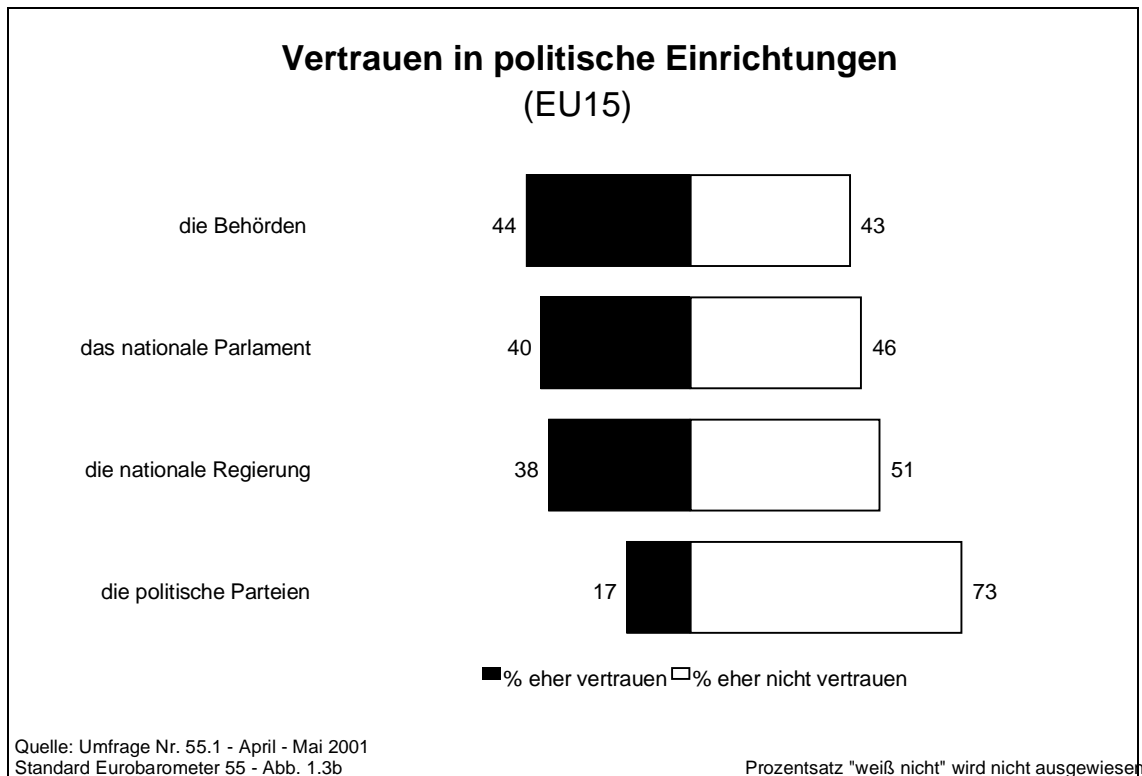
³ Siehe Eurobarometer 51, Kapitel 2 und Eurobarometer 48, Kapitel 2.

Das Vertrauen in politische Einrichtungen (Durchschnittliches Vertrauen in 4 Einrichtungen, in % nach Ländern)	
Land	%
Luxemburg	57
Die Niederlande	52
Dänemark	50
Österreich	45
Finnland	43
Irland	42
Schweden	40
Spanien	40
Portugal	39
Deutschland	36
Belgien	36
Durchschnitt für EU15	35
Griechenland	34
Frankreich	32
Vereinigtes Königreich	31
Italien	25

Im Vergleich zum Frühjahr 1999 finden wir den höchsten Anstieg des durchschnittlichen Vertrauens in die vier politischen Einrichtungen in Belgien (+10), gefolgt von Dänemark (+7), Luxemburg, Schweden (beide +6) und Irland (+3). In Portugal (-5), den Niederlanden, Griechenland (beide -4) und dem Vereinigten Königreich (-3) ist das durchschnittliche Vertrauen jetzt deutlich geringer als im Frühjahr 1999⁴.

Das unten stehende Diagramm stellt die Ergebnisse für jede dieser vier Einrichtungen auf der EU15 Ebene dar. Es zeigt, dass die EU Bürger am häufigsten den Behörden ihres Landes vertrauen (44%), während nur 17% dazu neigen, den politischen Parteien ihres Landes zu vertrauen.

⁴ Siehe Eurobarometer Nr. 51, Kapitel 1.



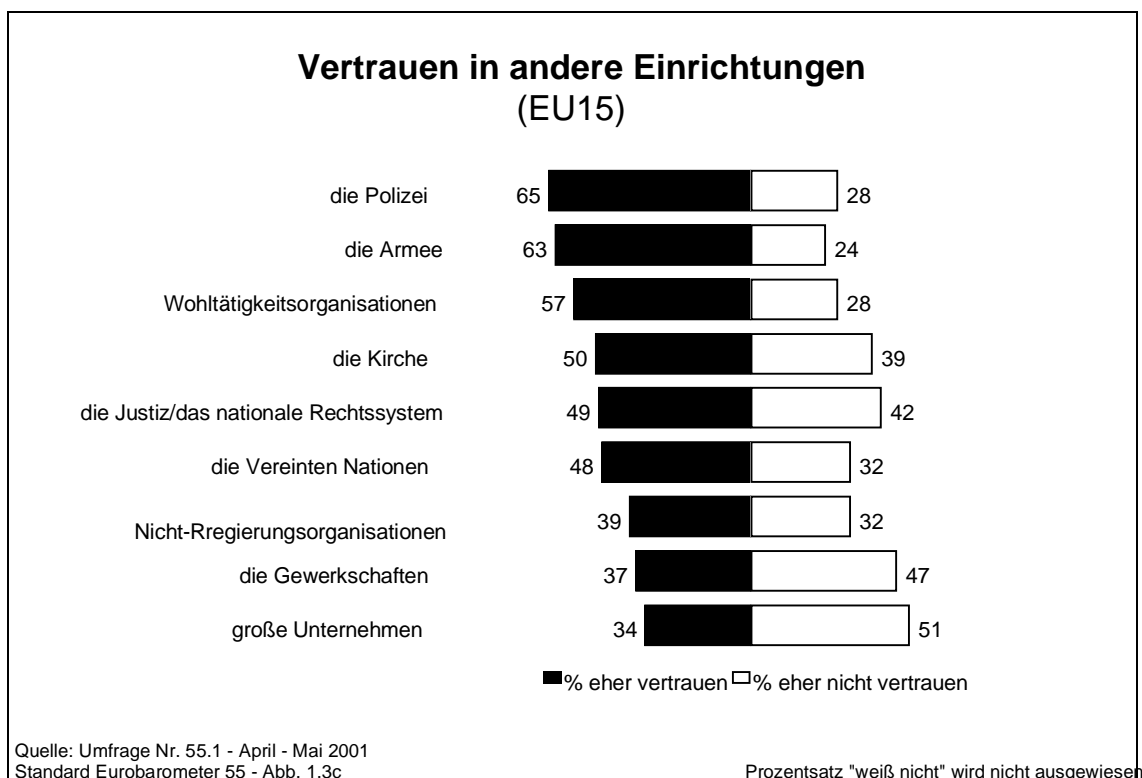
Die Länderanalyse zeigt, dass das Vertrauen in die Behörden des eigenen Landes in Österreich am weitesten verbreitet ist (69%), gefolgt von Luxemburg (63%), Irland (62%) und Dänemark (57%). Am niedrigsten ist es in Italien (27%) und Griechenland (31%). Das Vertrauen in das nationale Parlament ist in Luxemburg (64%) und den Niederlanden (62%) am weitesten verbreitet, und es ist in Italien (32%), dem Vereinigten Königreich (34%) und Frankreich (35%) am wenigsten verbreitet. Auch das Vertrauen in die nationale Regierung ist in Luxemburg (68%) und den Niederlanden (62%) am weitesten verbreitet, und es ist wiederum am wenigsten verbreitet in Italien (29%), dem Vereinigten Königreich (31%) und Frankreich (33%). Das Vertrauen in die politischen Parteien ist in allen Mitgliedstaaten gering. Die Werte reichen von 11% in Frankreich und Italien bis zu 34% in Dänemark. (Tabelle 1.4b)

1.6. Das Vertrauen in andere Einrichtungen

Wir betrachten nun das Vertrauen in die folgenden anderen Einrichtungen:

- Die Justiz/das Rechtssystem jedes Landes
- Die Polizei
- Die Armee
- Die Kirche
- Die Gewerkschaften
- Große Unternehmen
- Die Vereinten Nationen
- Nicht-Regierungsorganisationen
- Wohltätigkeitsorganisationen

Das folgende Diagramm zeigt, dass die EU Bürger mit 65% am ehesten der Polizei vertrauen, gefolgt von der Armee (63%). Weniger als vier von zehn der Befragten neigen dazu, großen Unternehmen (34%), Gewerkschaften (37%) und Nicht-Regierungsorganisationen (39%) zu vertrauen.



Die folgende Tabelle zeigt, welchen drei dieser anderen Einrichtungen in jedem Mitgliedstaat am häufigsten Vertrauen entgegengebracht wird. Die Polizei steht in acht der 15 Mitgliedstaaten an erster Stelle, in einem weiteren Land an zweiter Stelle und in vier weiteren Ländern an dritter Stelle. Nur in Griechenland und Portugal ist die Polizei nicht unter den ersten drei Plätzen vertreten. Die Armee steht in fünf Mitgliedstaaten an erster Stelle, in sechs weiteren steht sie an zweiter Stelle und in zwei Ländern steht sie an dritter Stelle. In Spanien und den Niederlanden ist die Armee nicht unter den ersten drei Plätzen vertreten. Wohltätigkeitseinrichtungen stehen in Spanien und Frankreich an erster Stelle, in Belgien und dem Vereinigten Königreich an zweiter Stelle und in Griechenland, Irland, Luxemburg, den Niederlanden und Portugal an dritter Stelle. Die Justiz steht in den Niederlanden und in Österreich an zweiter Stelle und in Deutschland an dritter Stelle. Die Kirche steht in Griechenland und Portugal an zweiter Stelle und in Dänemark, Italien und Finnland an dritter Stelle. Schweden ist das einzige Land, in dem die Vereinten Nationen unter den ersten drei Plätzen vertreten sind, obwohl der Grad des Vertrauens für diese Institution in Dänemark genauso hoch ist (jeweils 68% und 69%). Spanien ist das einzige Land, in dem die Nicht-Regierungsorganisationen unter den ersten drei Plätzen vertreten sind. Mit 62% ist der Grad des Vertrauens in Spanien deutlich höher als in den anderen Mitgliedstaaten. Keine der anderen Einrichtungen sind in den ersten drei Plätzen vertreten. (Siehe auch Tabelle 1.4c⁵)

⁵ Siehe Eurobarometer 51, Tabelle 1.2b+c für einen Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Frühjahr 1999.

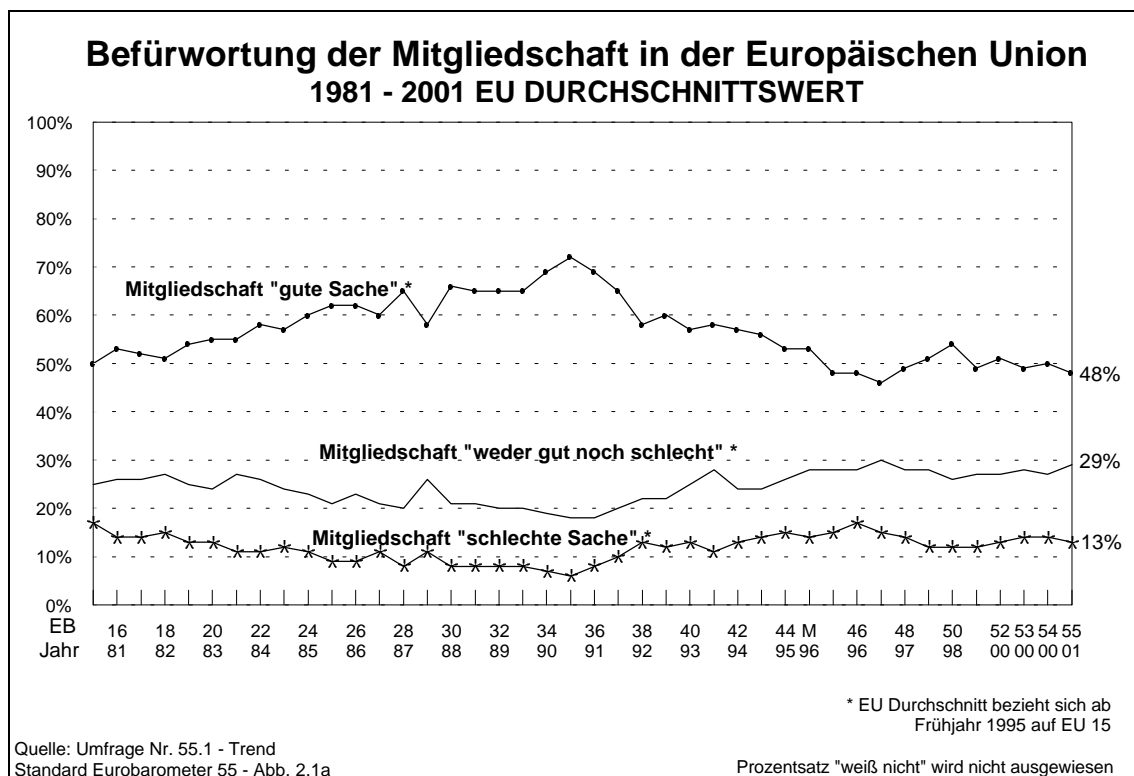
DIE DREI EINRICHTUNGEN, DENEN AM HÄUFIGSTEN VERTRAUEN ENTGEGENGEBRACHT WIRD (IN %, NACH MITGLIEDSTAATEN)			
Belgien		Luxemburg	
Die Armee	51	Die Polizei	73
Wohltätigkeitsorganisationen	50	Die Armee	62
Die Polizei	49	Wohltätigkeitsorganisationen	58
Dänemark		Die Niederlande	
Die Polizei	88	Die Polizei	70
Die Armee	75	Die Justiz	60
Die Kirche	75	Wohltätigkeitsorganisationen	59
Deutschland		Österreich	
Die Polizei	72	Die Polizei	77
Die Armee	61	Die Justiz	70
Die Justiz	58	Die Armee	65
Griechenland		Portugal	
Die Armee	86	Die Armee	73
Die Kirche	78	Die Kirche	73
Wohltätigkeitsorganisationen	64	Wohltätigkeitsorganisationen	62
Spanien		Finnland	
Wohltätigkeitsorganisationen	64	Die Polizei	88
Nichtregierungsorganisationen	62	Die Armee	86
Die Polizei	57	Die Kirche	71
Frankreich		Schweden	
Wohltätigkeitsorganisationen	68	Die Polizei	69
Die Armee	59	Die Vereinten Nationen	68
Die Polizei	55	Die Armee	61
Irland		Das Vereinigte Königreich	
Die Armee	77	Die Armee	72
Die Polizei	72	Wohltätigkeitsorganisationen	66
Wohltätigkeitsorganisationen	69	Die Polizei	66
Italien			
Die Polizei	66		
Die Armee	63		
Die Kirche	56		

2. Einstellungen gegenüber der Europäischen Union im Jahre 2001

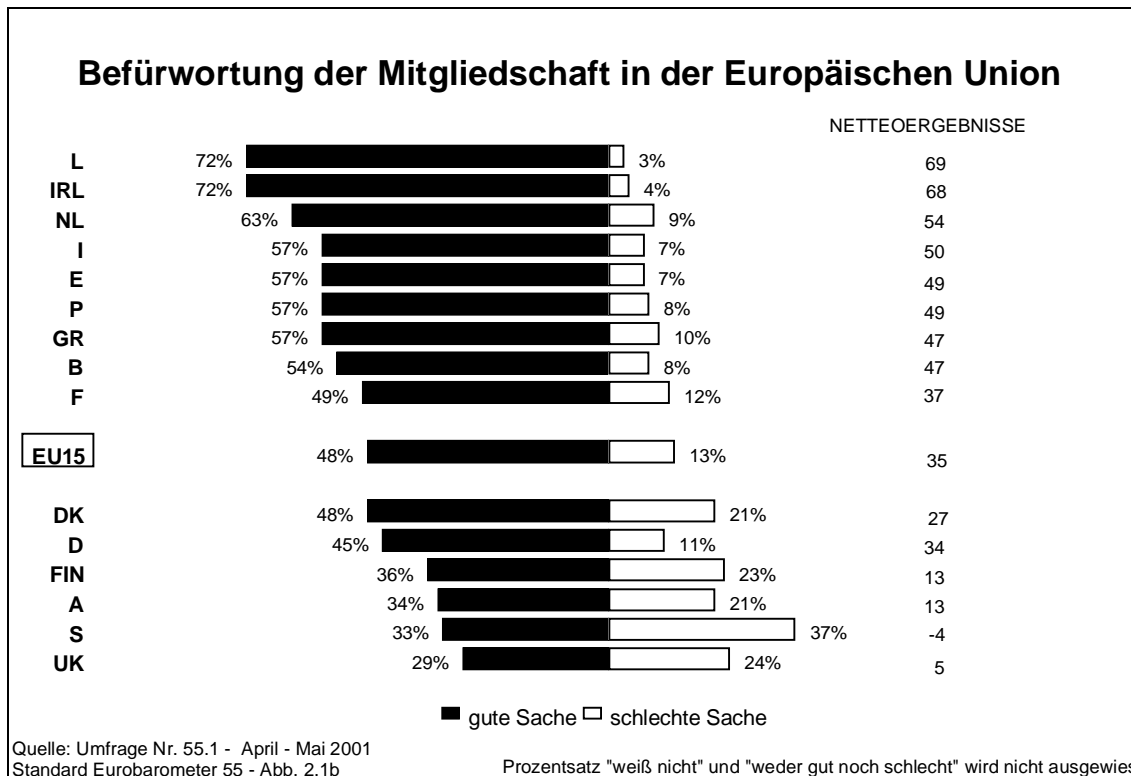
In diesem Kapitel betrachten wir die Entwicklung einiger der Standardindikatoren für die Befürwortung der Europäischen Union. Außerdem stellen wir eine Reihe weiterer, neuerer Fragen vor, die die öffentliche Meinung zur Europäischen Union messen.

2.1. Befürwortung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union

Im Frühjahr 2001 befürworteten 48% der Europäer die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union. Dies ist ein geringer Abfall gegenüber dem Herbst 2000 (-2), es ist jedoch keine deutliche Veränderung der öffentlichen Meinung. Tatsächlich ist der Anteil der Bürger, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen von 14% auf 13% zurückgegangen, er bleibt also sehr gering.



Bei der Betrachtung der Befürwortung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union während des letzten Jahrzehnts des zweiten Jahrtausends stellen wir fest, dass im Frühjahr 1991 mit 72% der höchste Wert gemessen wurde. Der Golfkrieg, die Wirtschaftskrise und die daraus resultierenden hohen Arbeitslosenzahlen, die Debatte um den Maastrichter Vertrag, der Krieg in Jugoslawien, die Aufnahme von drei, relativ Europa-skeptischen Ländern und die BSE Krise führten zu einem Abfall der Befürwortung Mitte der Neunziger Jahre, mit einem Tief von nur 46% im Frühjahr 1997. Bis zum Herbst 1998 stieg die Befürwortung der Europäischen Union wieder ständig, bis die Santer Kommission am 15. März 1999 zurücktrat. Die Werte sanken von 54% im Herbst 1998 auf 49% im Frühjahr 1999. Bis zum Ende des zweiten Jahrtausends lagen die Werte um 50% herum. Die Ablehnung der Europäischen Union ist jedoch während der Neunziger Jahre gering geblieben. (Siehe auch die einzelnen Länderdiagramme, Abbildungen 2.3 a-o)



Dieses Diagramm zeigt, dass mehr als sieben von zehn der Befragten in Luxemburg und Irland (beide 72%) die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten. In den Niederlanden befürworten mit 63% mehr als sechs von zehn der Befragten die Mitgliedschaft ihres Landes und in Italien, Spanien, Portugal, Griechenland (alle 57%) und Belgien (54%) unterstützt mehr als die Hälfte der Bevölkerung die Mitgliedschaft in der EU. Die Ablehnung der Mitgliedschaft in der EU reicht von 3% in Luxemburg bis zu 37% in Schweden, dem einzigen Land, in dem der Anteil der Bürger, die die EU Mitgliedschaft ablehnen, dem Anteil der Bürger, die sie befürworten, zahlenmäßig überlegen ist.

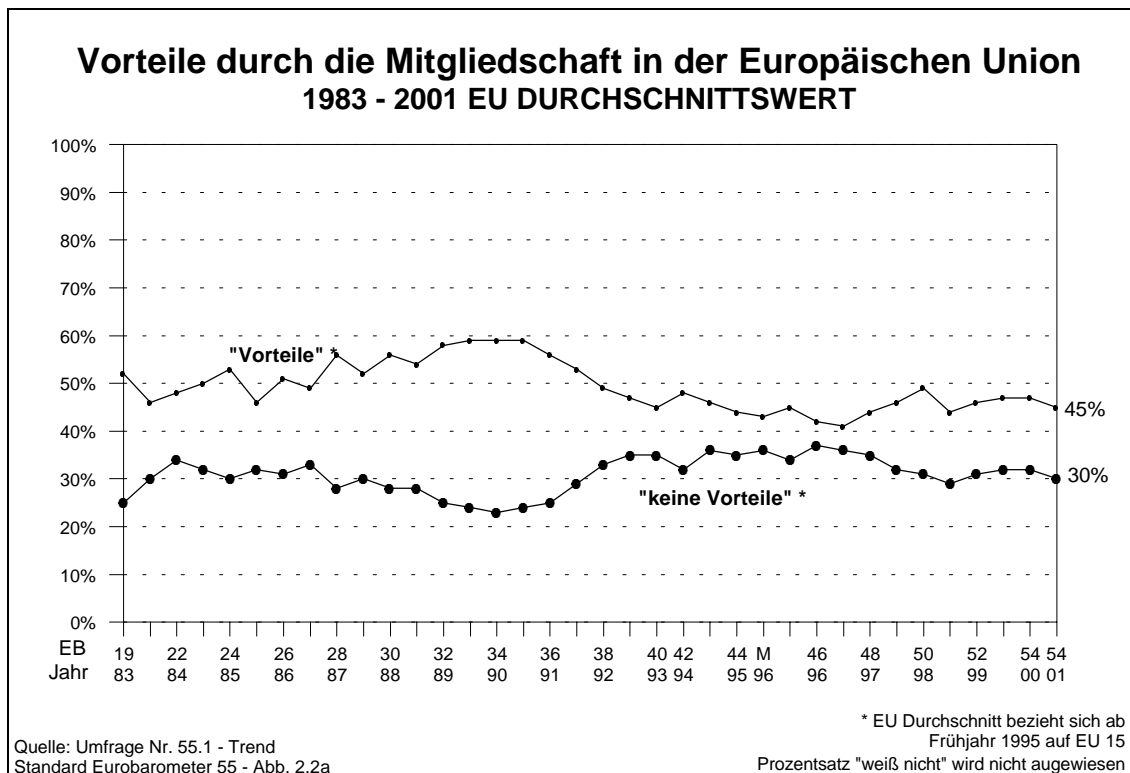
Die Trendanalyse zeigt, dass die Öffentlichkeit gegenüber der Frage, ob die Mitgliedschaft in der EU für ihr Land gut oder schlecht ist, jetzt weniger entscheidungsfreudig ist. In mehreren Ländern ist der Anteil der Befragten, die die Mitgliedschaft weder für gut noch schlecht halten, oder überhaupt keine Meinung dazu haben, gestiegen. In Italien und Frankreich ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Die Bürger betrachten die Mitgliedschaft ihres Landes jetzt weniger häufig als eine schlechte Sache (beide -3). Schweden ist das einzige Land, in dem die Befürwortung gefallen und die Ablehnung gestiegen ist. (Tabelle 2.1a)

In einem schon bekannten Muster für die beiden Geschlechter zeigt sich, dass Männer die Mitgliedschaft ihres Landes eher befürworten als Frauen (52% zu 43%) und dass Frauen deutlich häufiger überhaupt keine Meinung angeben (14% zu 7%). Die Wichtigkeit des Bildungsniveaus als erklärende Variable zur Haltung gegenüber der Europäischen Union ist weiterhin in den Analysen zu verzeichnen. Die Befürwortung der Europäischen Union ändert sich mit dem Bildungsniveau. Nur 40% der Menschen, die im Alter von 15 Jahren oder jünger die Schule verlassen haben befürworten die Mitgliedschaft ihres Landes, verglichen mit 60% der Menschen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter verlassen haben. Der Grad der Befürwortung hängt auch vom Alter ab. Mit 53% befürworten Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren wesentlich häufiger die Mitgliedschaft ihres Landes als Menschen im Alter von 55 Jahren und älter (43%). Die Analyse der wirtschaftlichen Situation zeigt eine Kluft von 19 Prozentpunkten zwischen Führungspersonen (58%) auf der einen und Arbeitslosen (39%) auf der anderen Seite. Dennoch ist diese Kluft jetzt im Vergleich zur vorherigen Umfrage kleiner geworden (-5), was hauptsächlich auf eine Reduzierung der Befürwortung bei den Führungspersonen (-7) zurückzuführen ist.

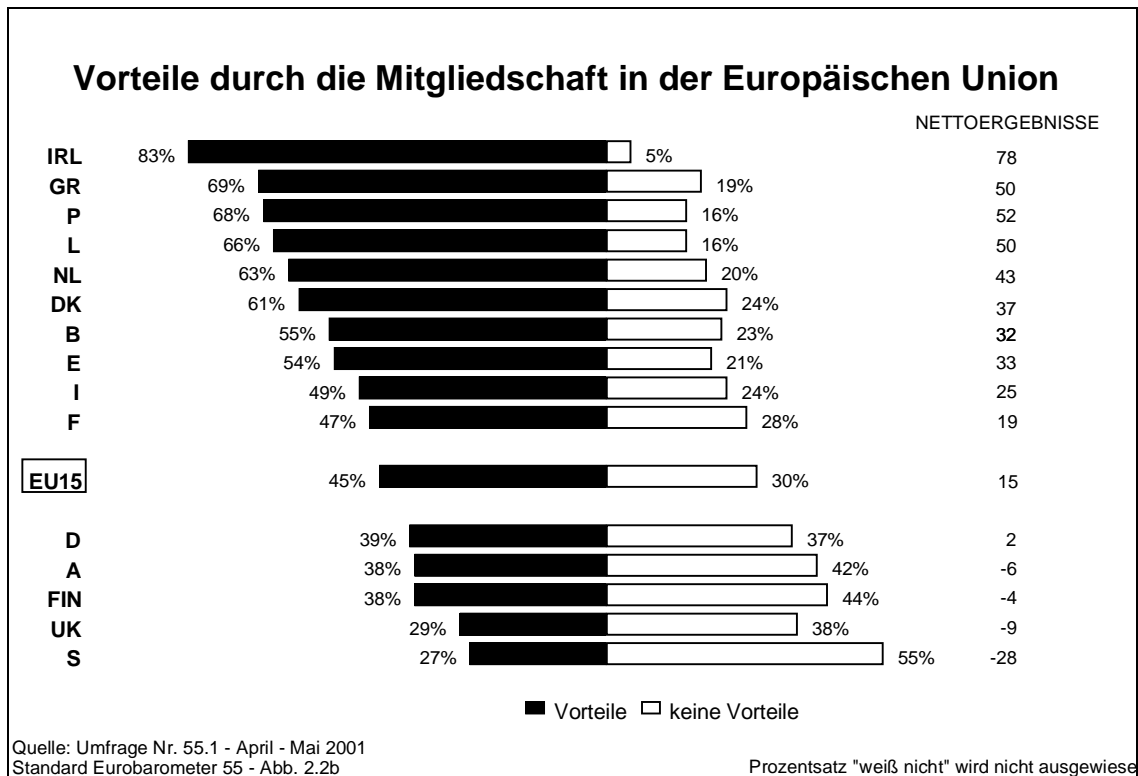
Die Einstellungen der Bürger betrachtend, stellen wir eine Polarisierung derjenigen, die ein Scheitern der Europäischen Union sehr bedauern würden und derjenigen, die dies als eine Erleichterung empfinden würden, fest. Von den Bürgern, die es bedauern würden, unterstützen 90% die Mitgliedschaft ihres Landes, verglichen mit nur 7% der Bürger, die dadurch erleichtert sein würden. (Tabelle 2.1b)

2.2. Vorteile durch die Mitgliedschaft in der EU

Auf die Frage hin, ob ihr Land alles in allem aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile gezogen habe, geben 45% der Befragten eine positive und 30% eine negative Antwort. Im Vergleich zum Herbst 2000 hat sich der Anteil der Menschen, die dazu keine Meinung haben, um 4 Prozentpunkte erhöht. Der Anteil der Menschen, die glauben, ihr Land habe aus der Mitgliedschaft Vorteile gezogen und auch der Anteil der Menschen, die der gegenteiligen Ansicht sind, hat sich jeweils um zwei Prozentpunkte verringert.



Trotz der Ergebnisse des neuesten Referendums zum Vertrag von Nizza, sind die Bürger Irlands immer noch am häufigsten der Ansicht, ihr Land habe von der Mitgliedschaft profitiert (83%), mit einigem Abstand gefolgt von Griechenland (69%) und Portugal (68%). Mehr als sechs von zehn der Befragten in Luxemburg (66%), den Niederlanden (63%) und Dänemark (61%) sind ebenfalls der Ansicht, ihr Land habe davon profitiert. Mehr als fünf von zehn Menschen in Belgien (55%) und Spanien (54%) teilen ebenfalls diese Meinung. Die negativsten Ergebnisse stellen wir immer noch in Schweden und dem Vereinigten Königreich fest, wo weniger als drei von zehn Menschen der Ansicht sind, ihr Land habe von der Mitgliedschaft profitiert. Schweden ist das einzige Land, in dem eine absolute Mehrheit der Ansicht ist, ihr Land habe aus der Mitgliedschaft keinen Nutzen gezogen. (Siehe auch die einzelnen Länderdiagramme, Abbildungen 2.4a-o)

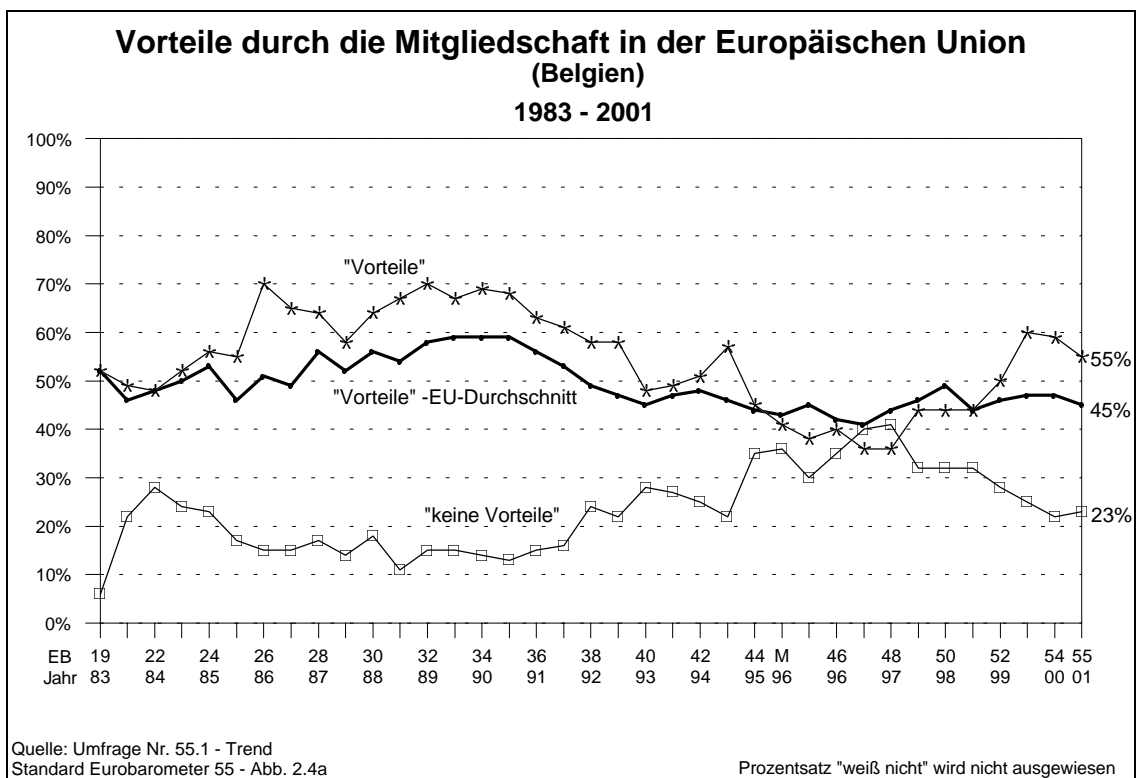
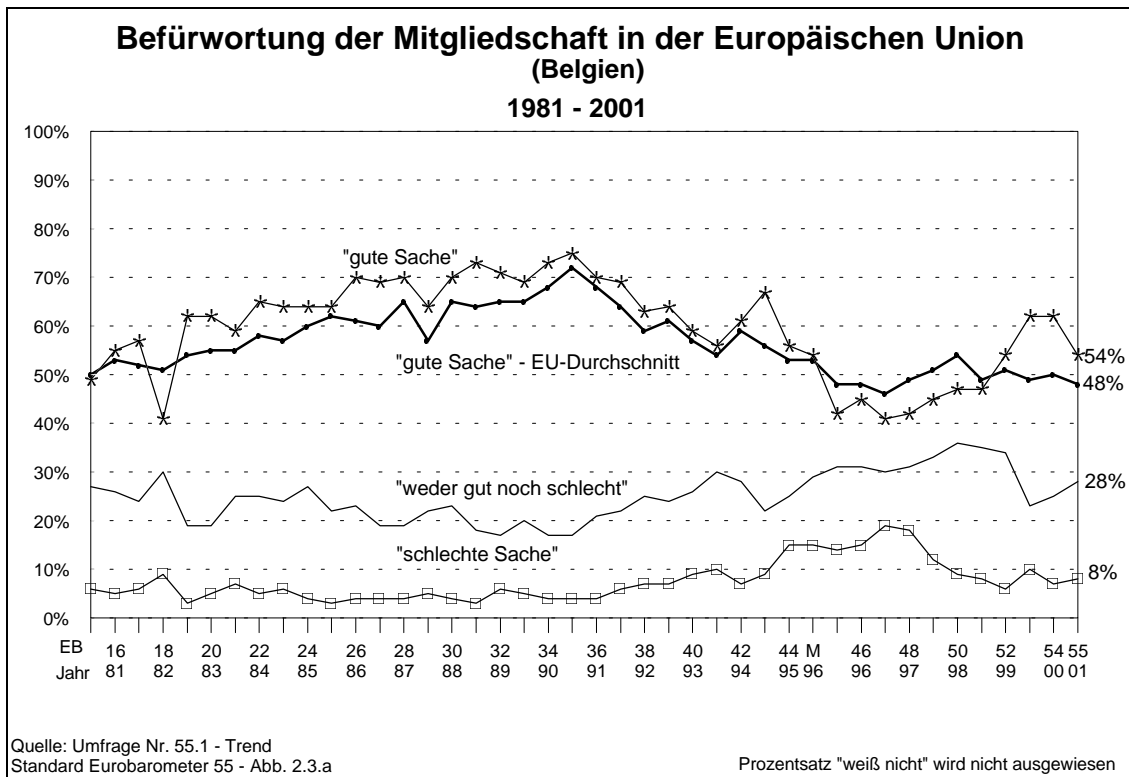


Im Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Herbst 2000 zeigt sich, dass in vielen Ländern die Menschen jetzt seltener eine Meinung äußern, und dies auf Kosten sowohl der positiven als auch der negativen geäußerten Ansichten. Deutlich verändert finden wir den Anteil an negativen Antworten, mit einem Abfall von sechs Prozentpunkten, sowie einem Anstieg von ebenfalls sechs Prozentpunkten bei den „weiß nicht“ Antworten in Italien. In Spanien ist genau das Gegenteil der Fall: Der Anteil positiver Antworten fiel um zehn Prozentpunkte, während der Anteil der negativen Antworten um nur drei Prozentpunkte anstieg. Griechenland ist das einzige Land, in dem ein deutlicher Abfall der positiven Antworten einem deutlichen Anstieg der negativen Antworten entspricht. (Tabelle 2.2a)

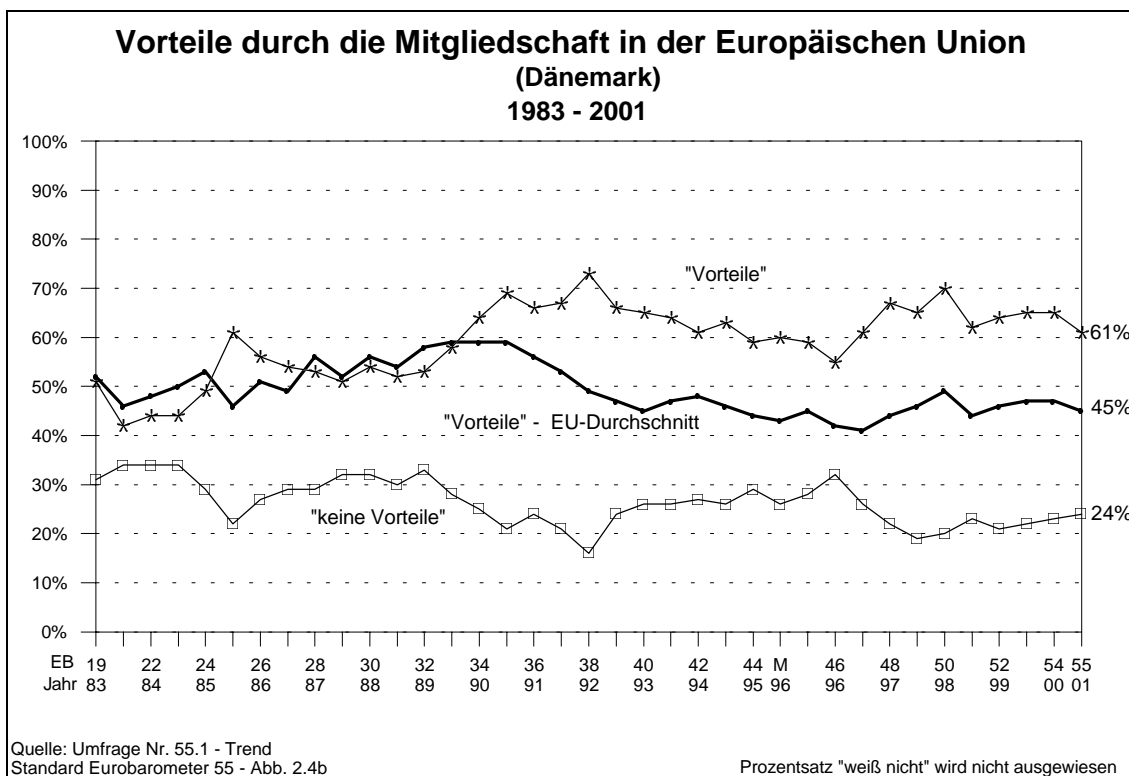
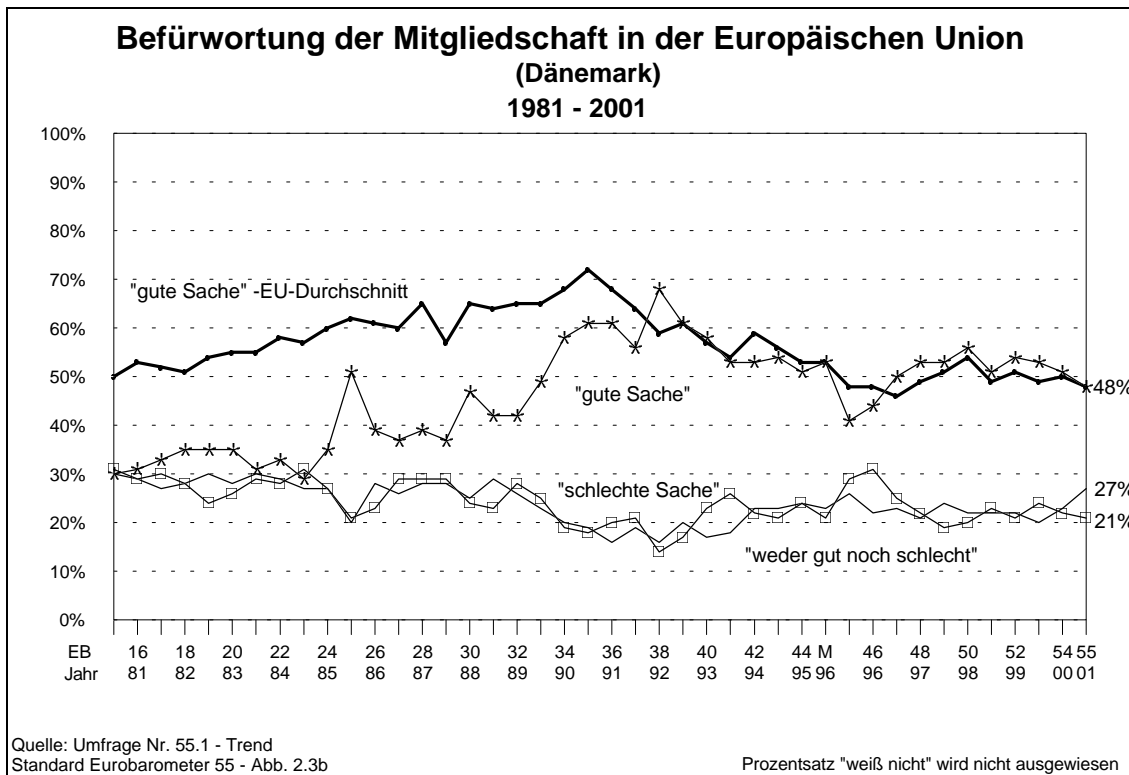
Die demografische Analyse zeigt, dass Menschen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (56%), am häufigsten der Ansicht sind, ihr Land habe von der Mitgliedschaft profitiert, während Menschen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben, am seltensten diese Ansicht teilen (38%).

Befürworter und Gegner der Europäischen Union sind bei dieser Frage ganz klar geteilter Ansicht: 77% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten sind der Ansicht, es habe daraus Nutzen gezogen, verglichen mit nur 6% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. (Tabelle 2.2b)

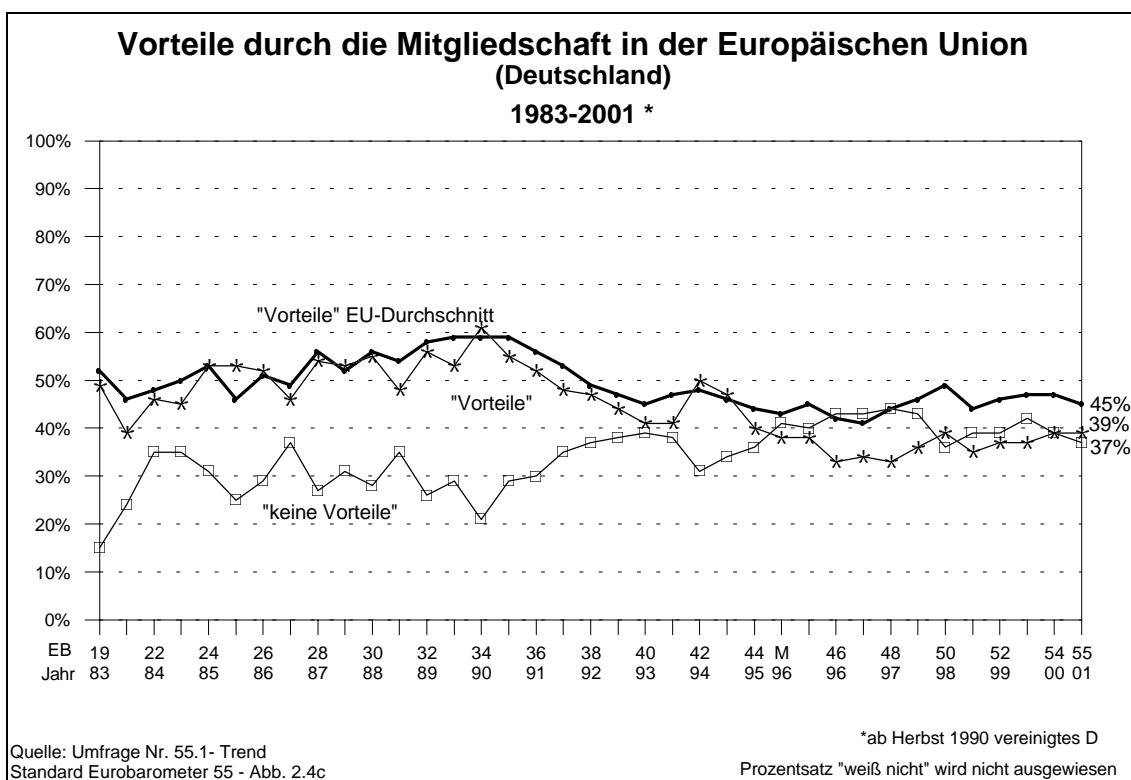
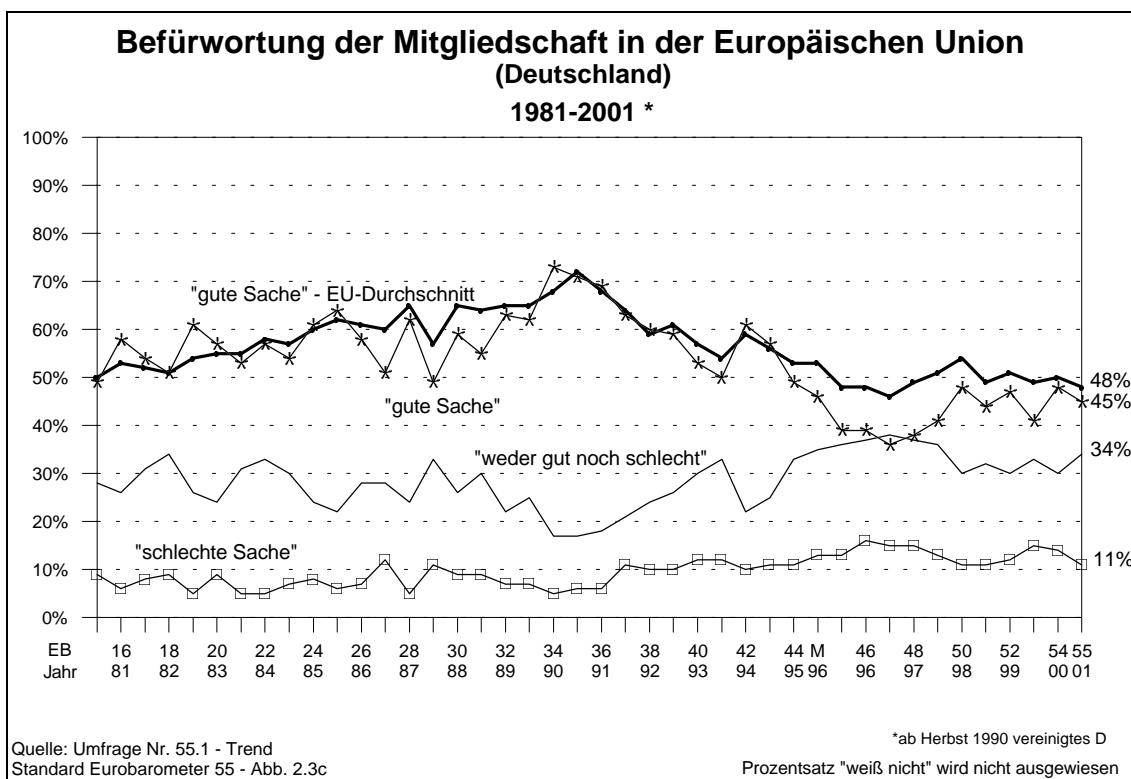
BELGIEN



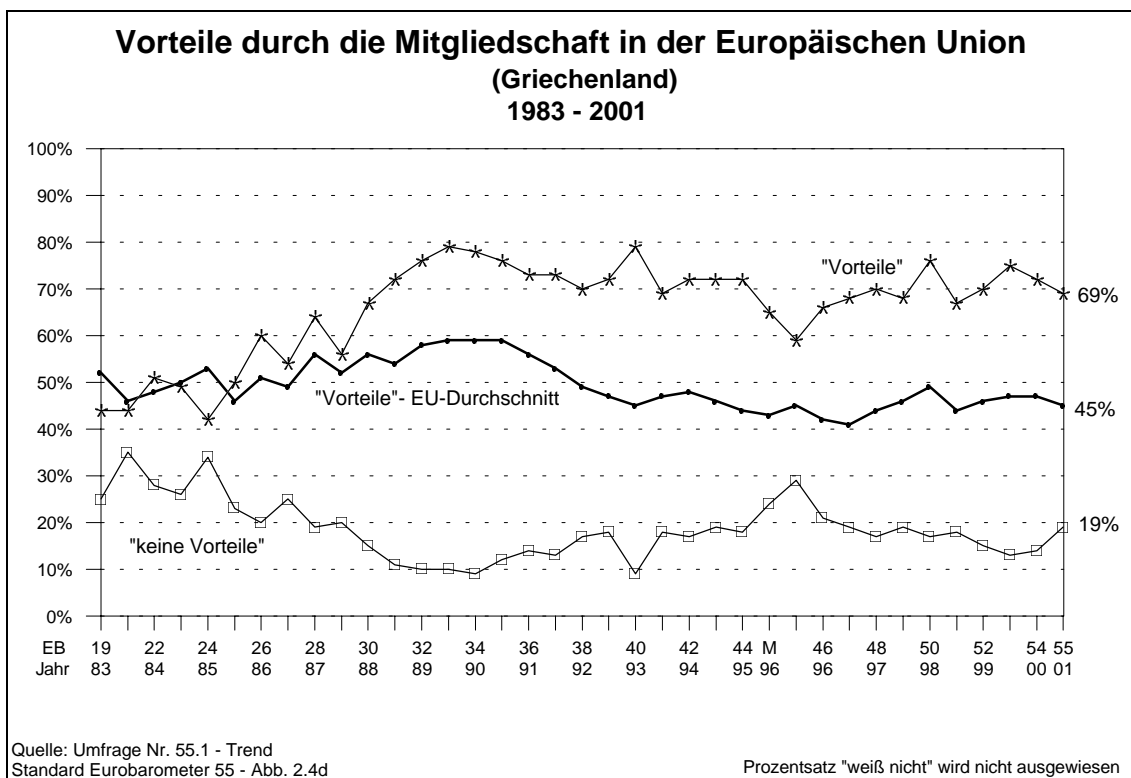
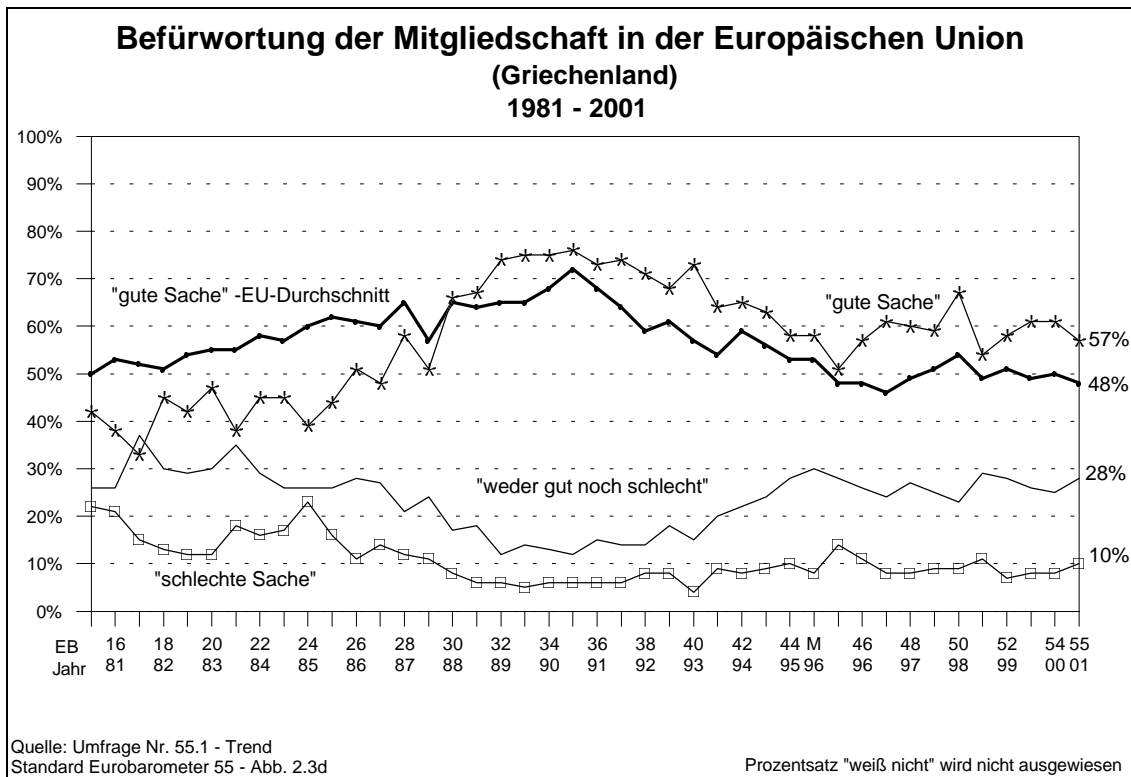
DÄNEMARK



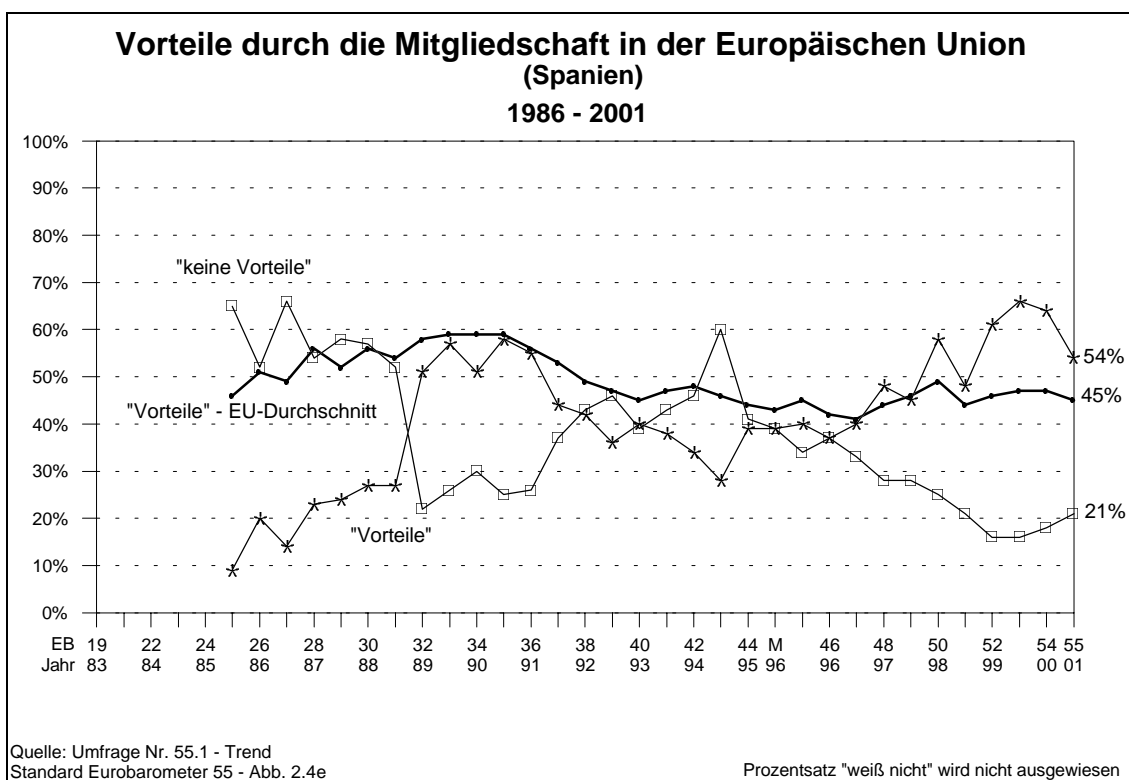
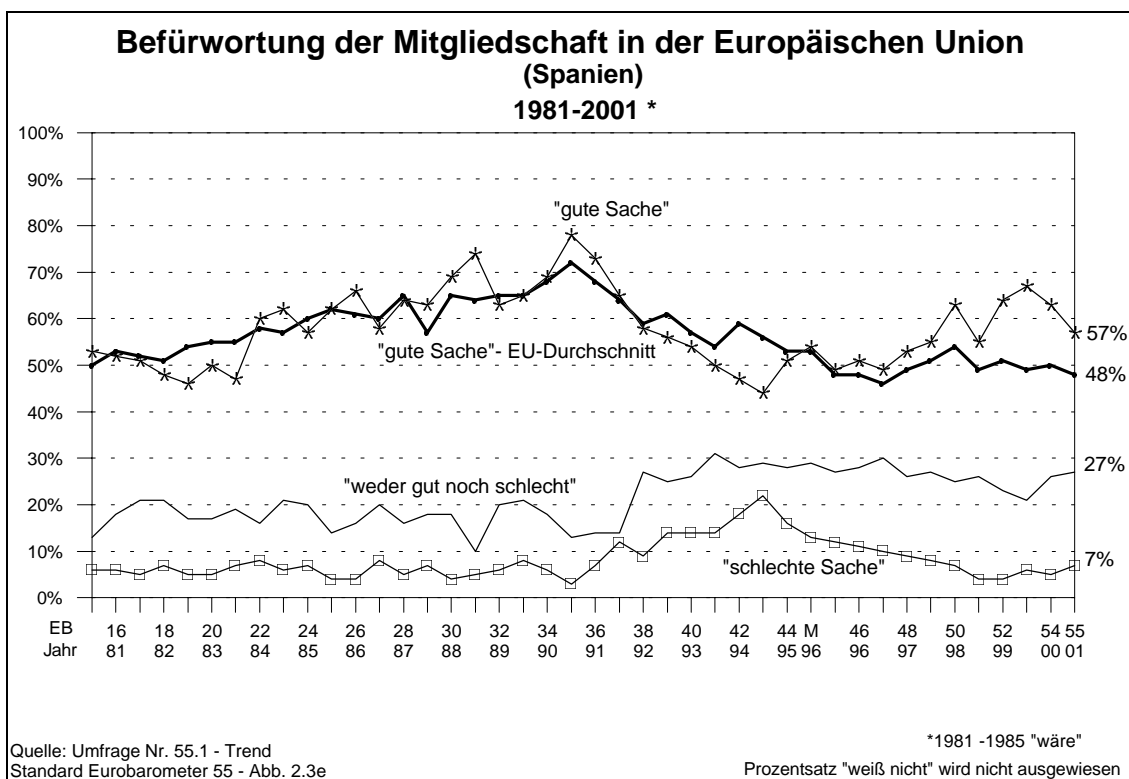
DEUTSCHLAND



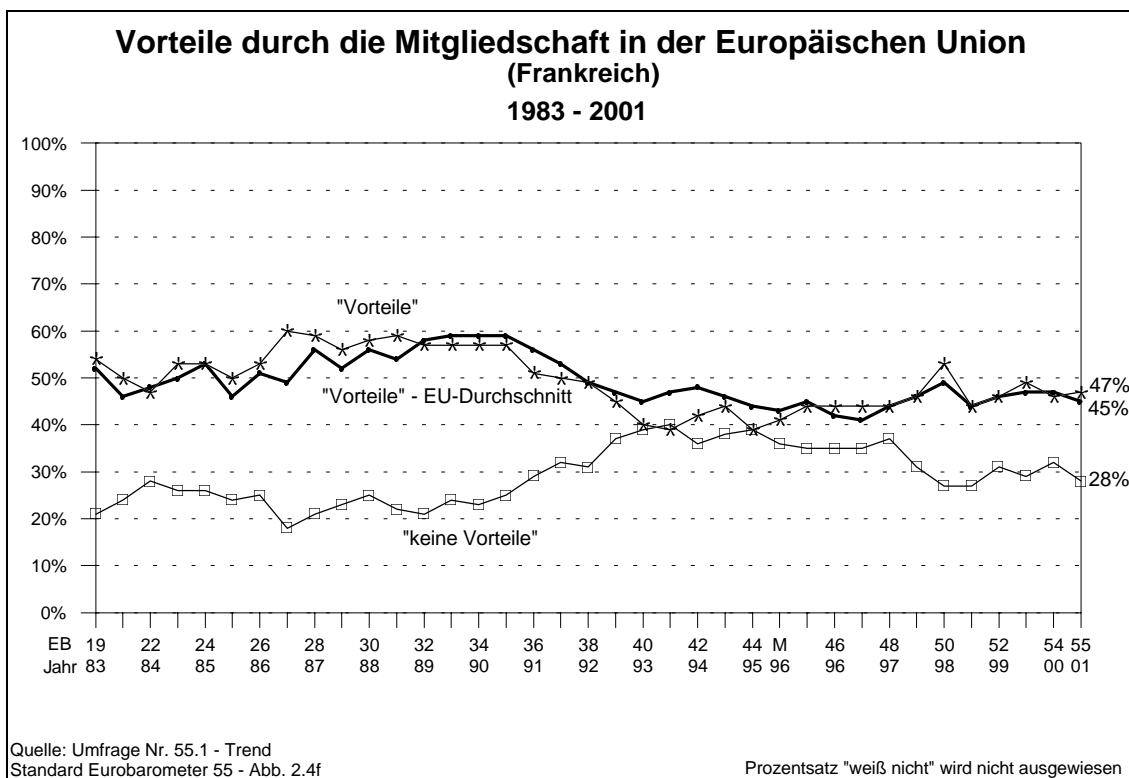
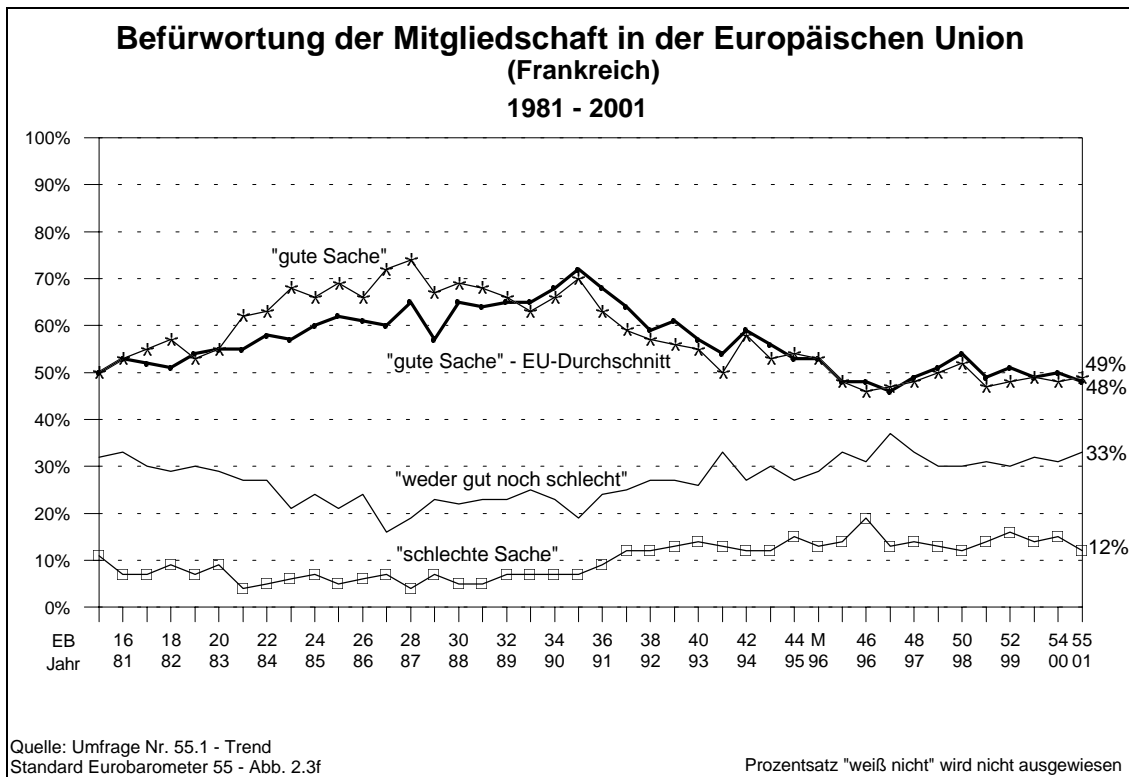
GRIECHENLAND



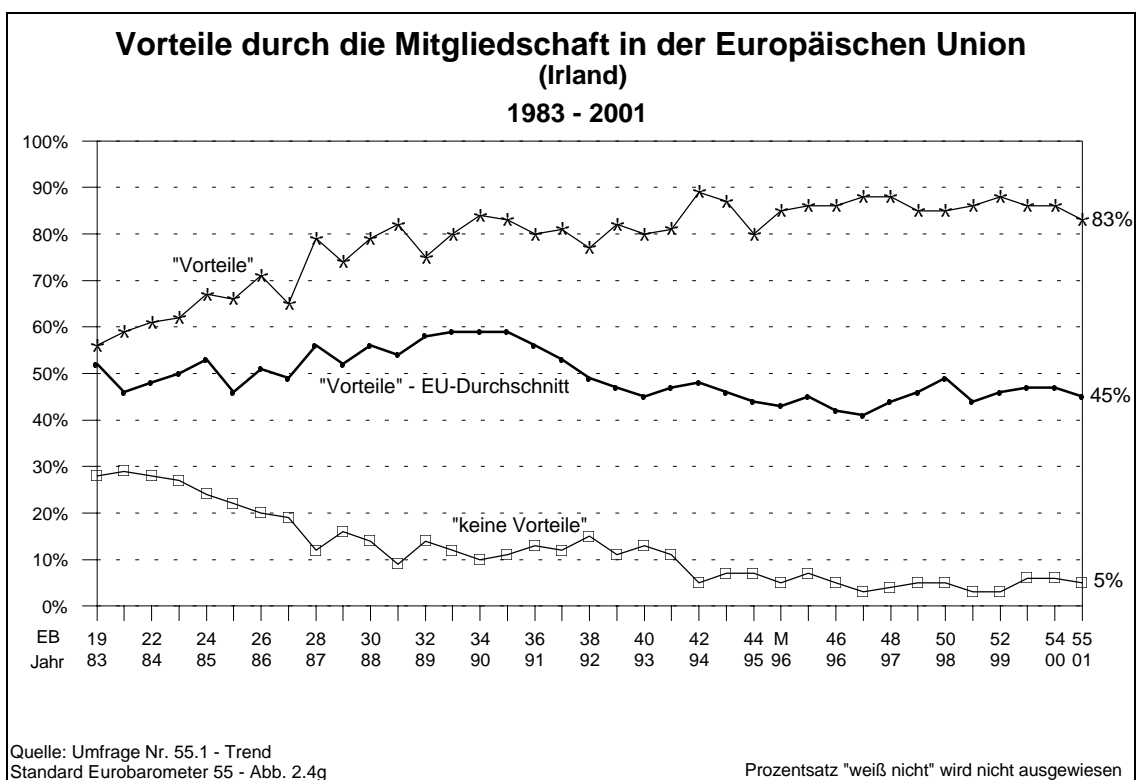
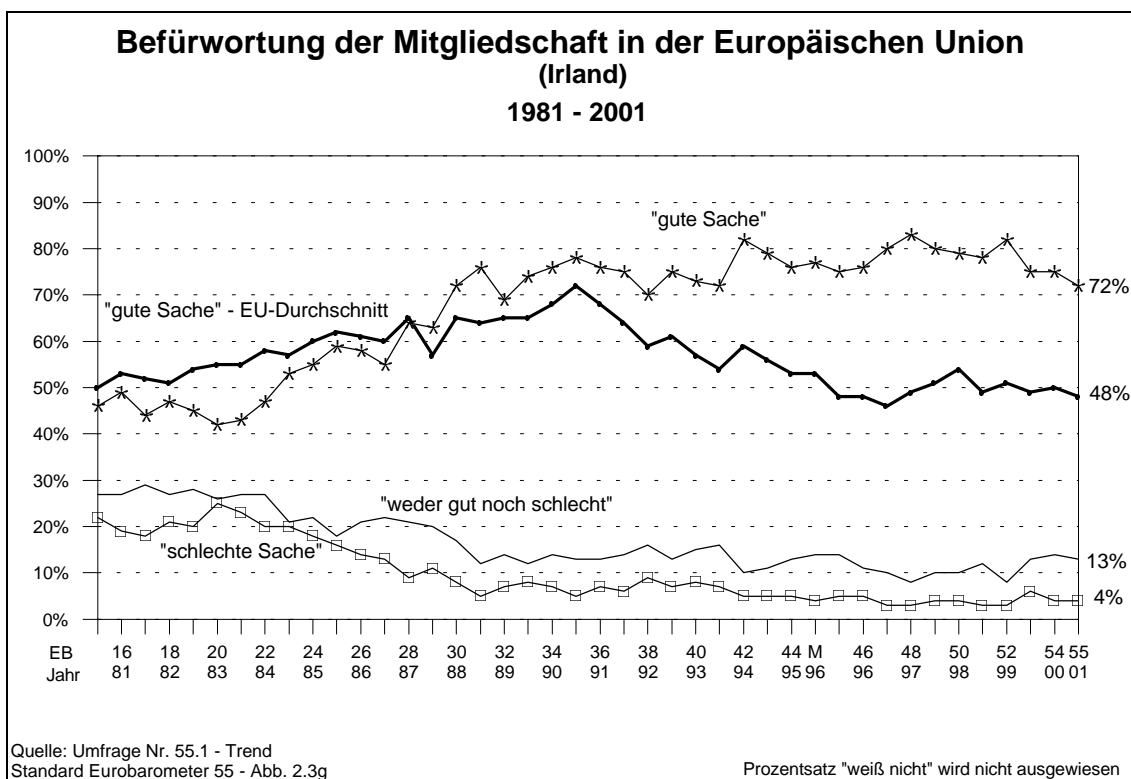
SPANIEN



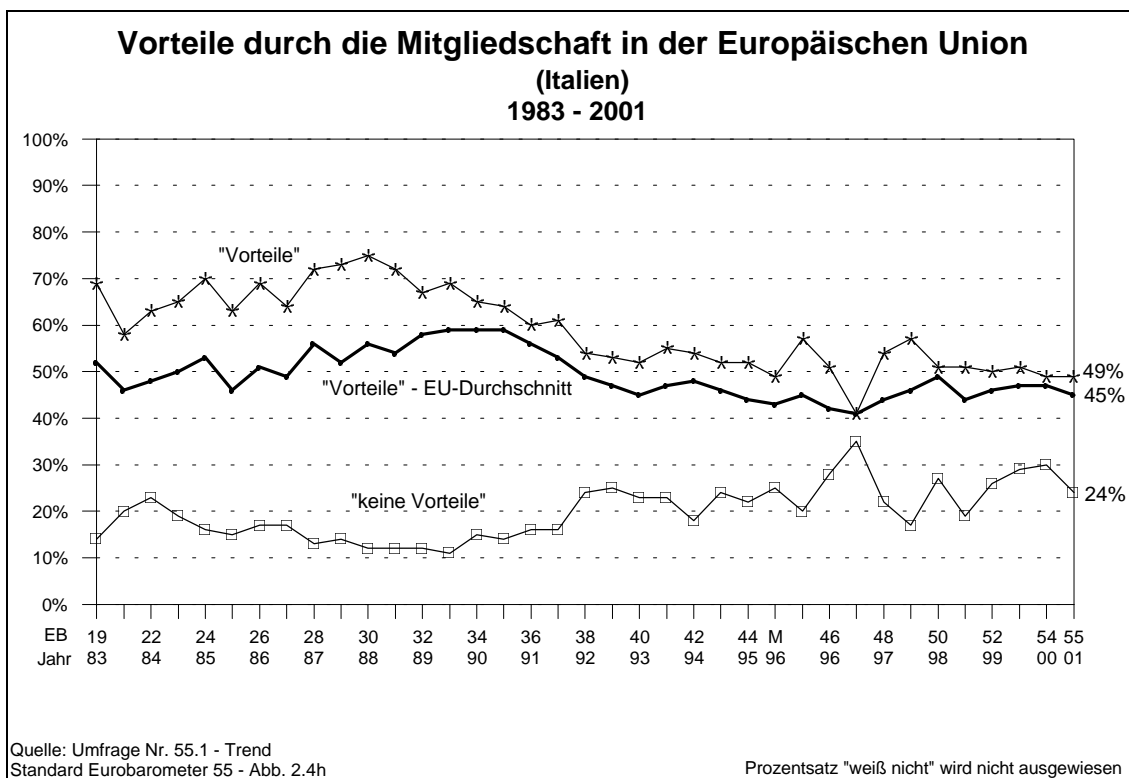
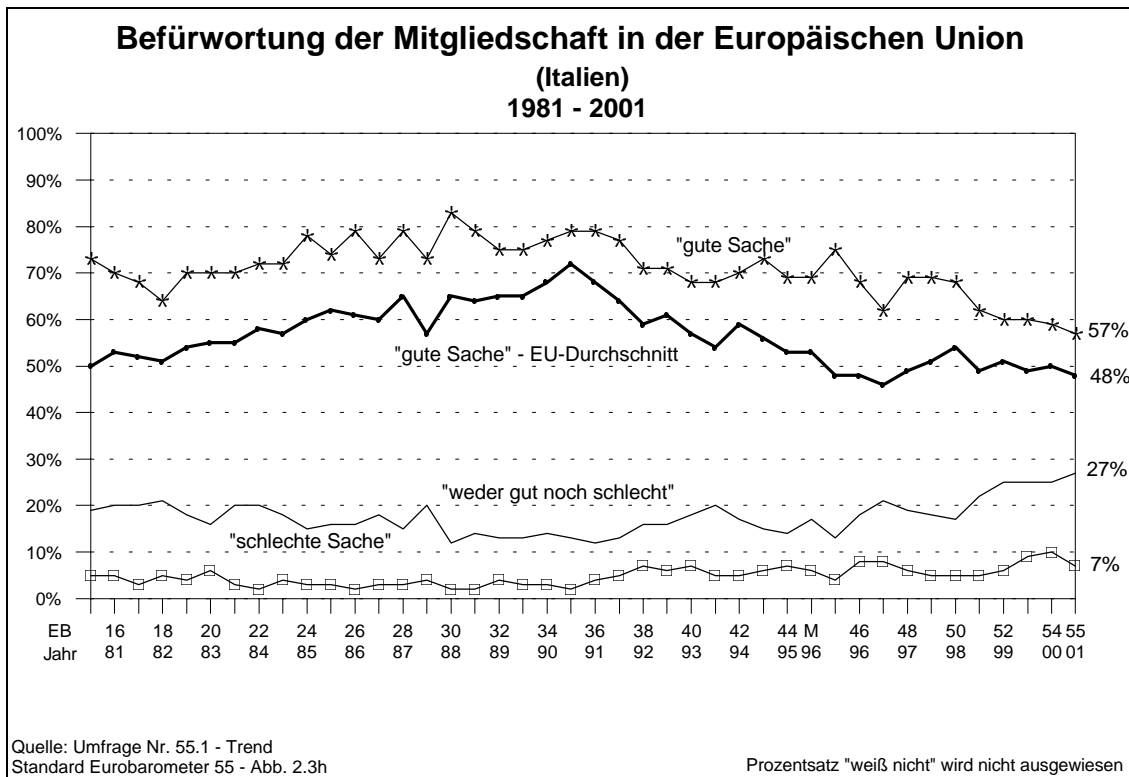
FRANKREICH



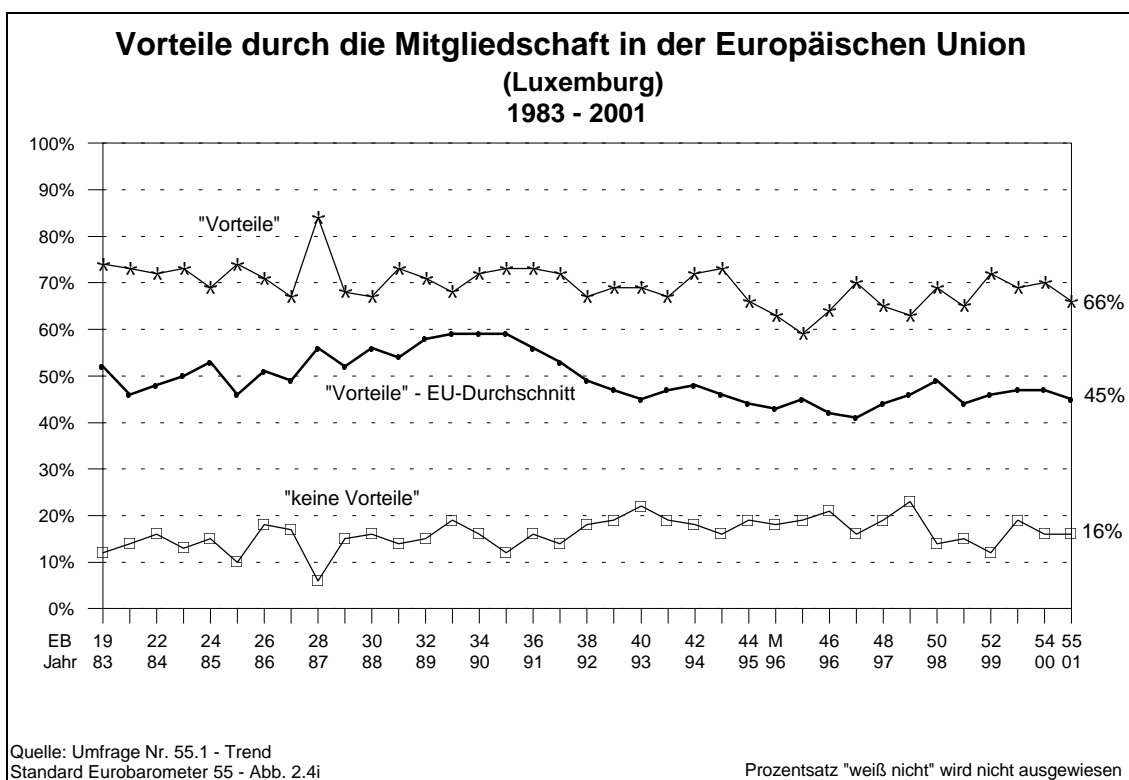
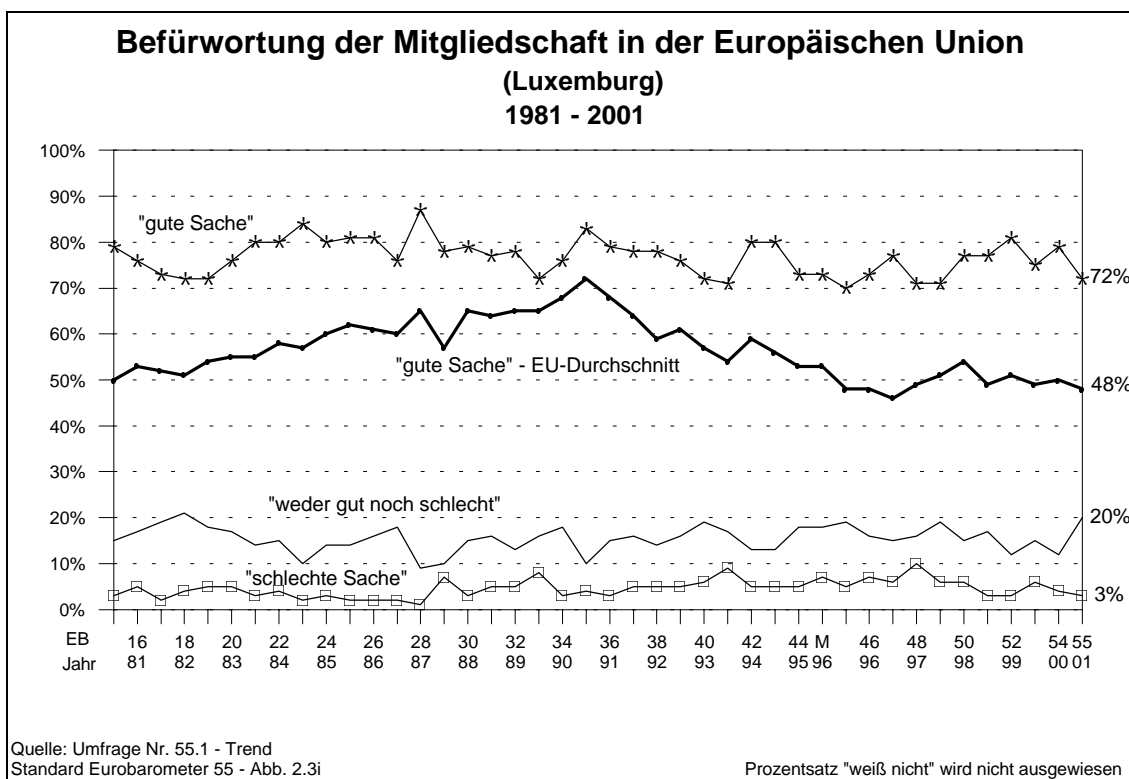
IRLAND



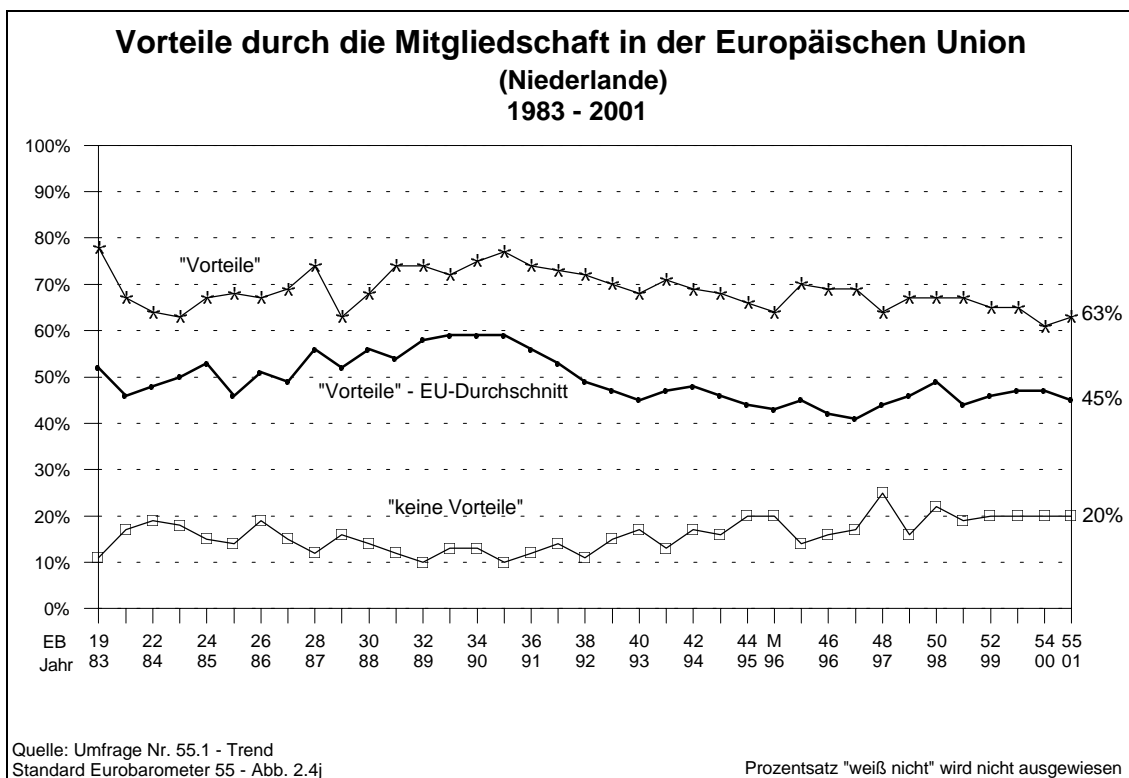
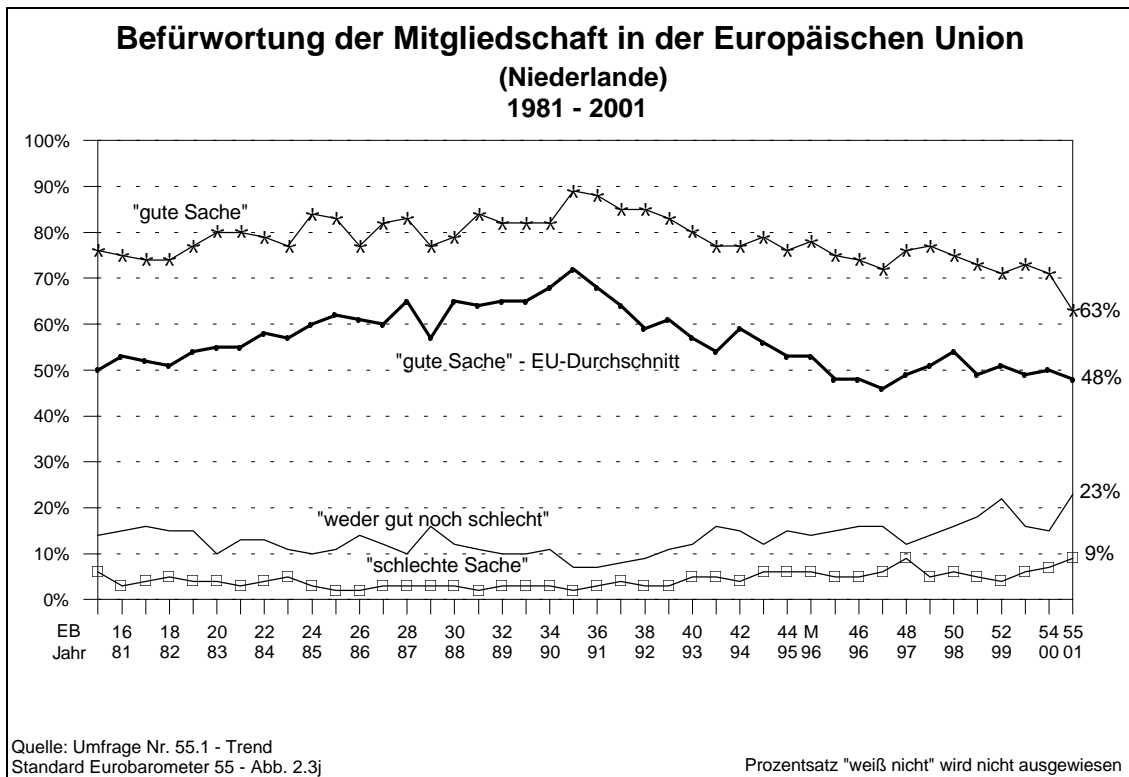
ITALIEN



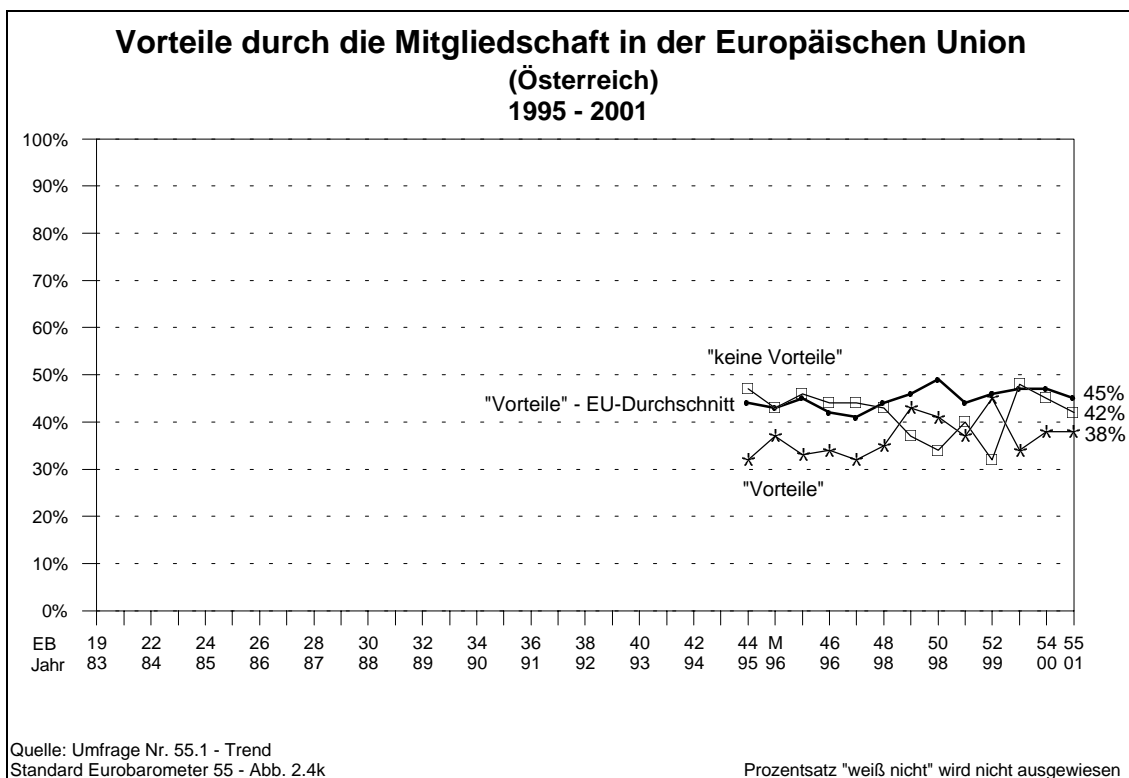
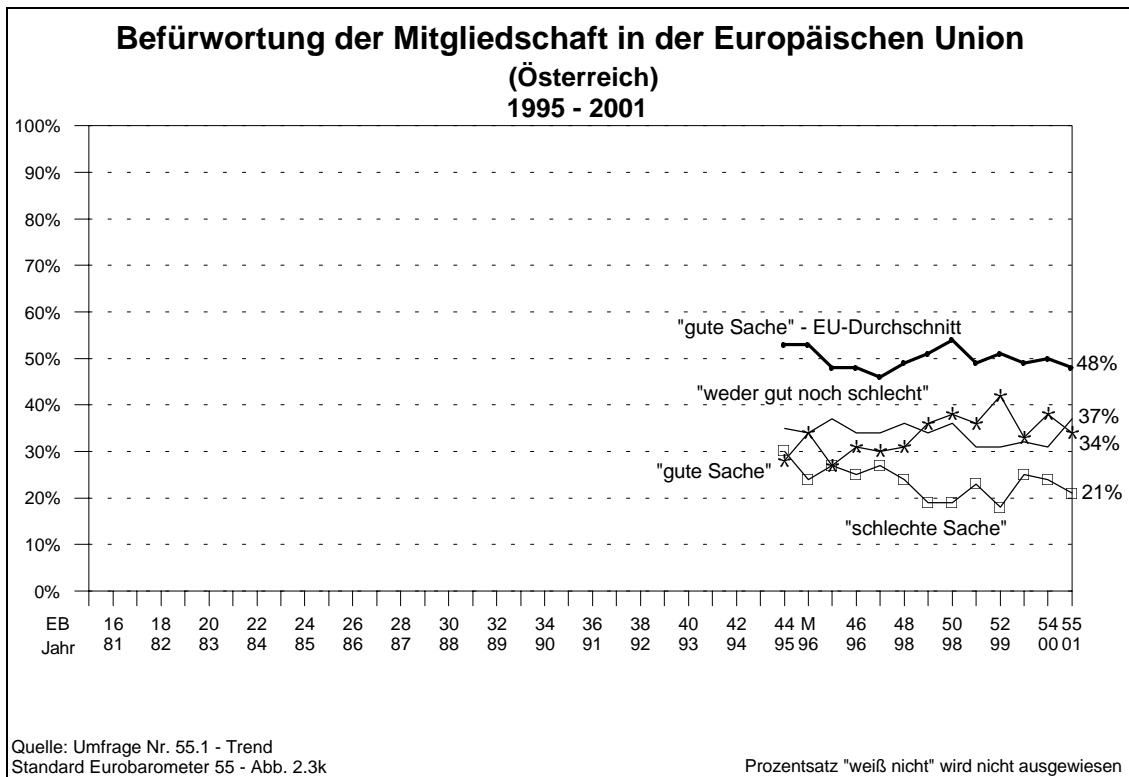
LUXEMBURG



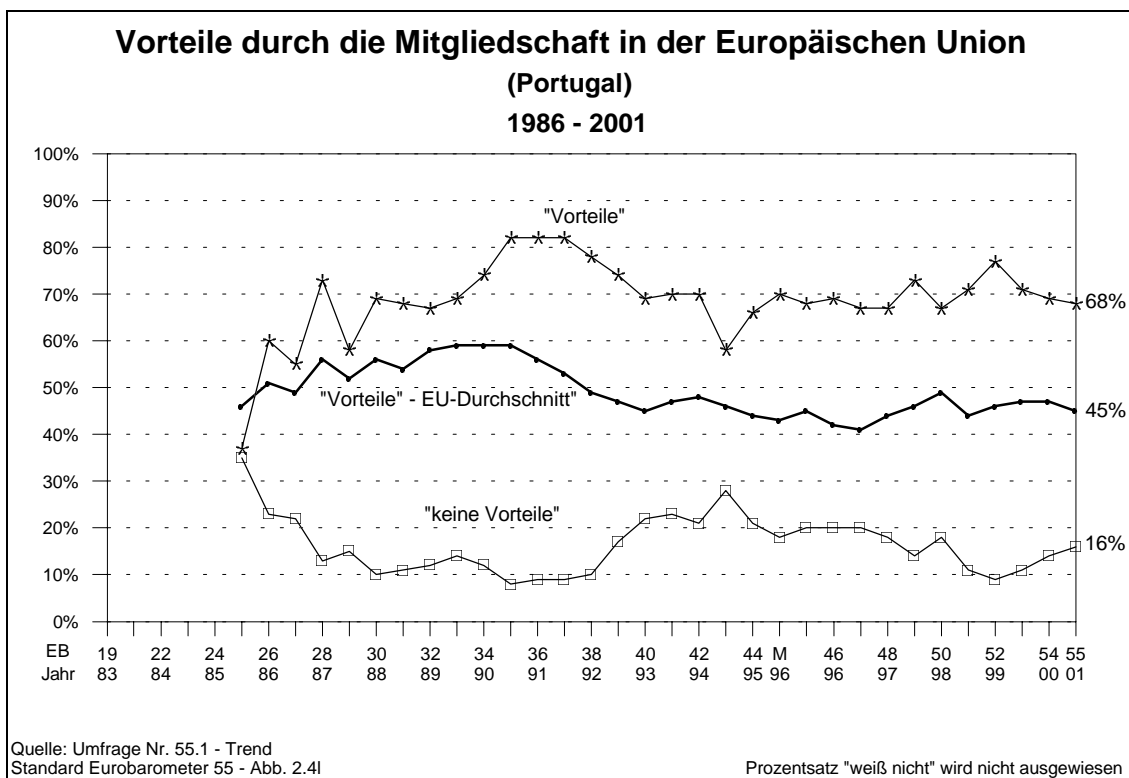
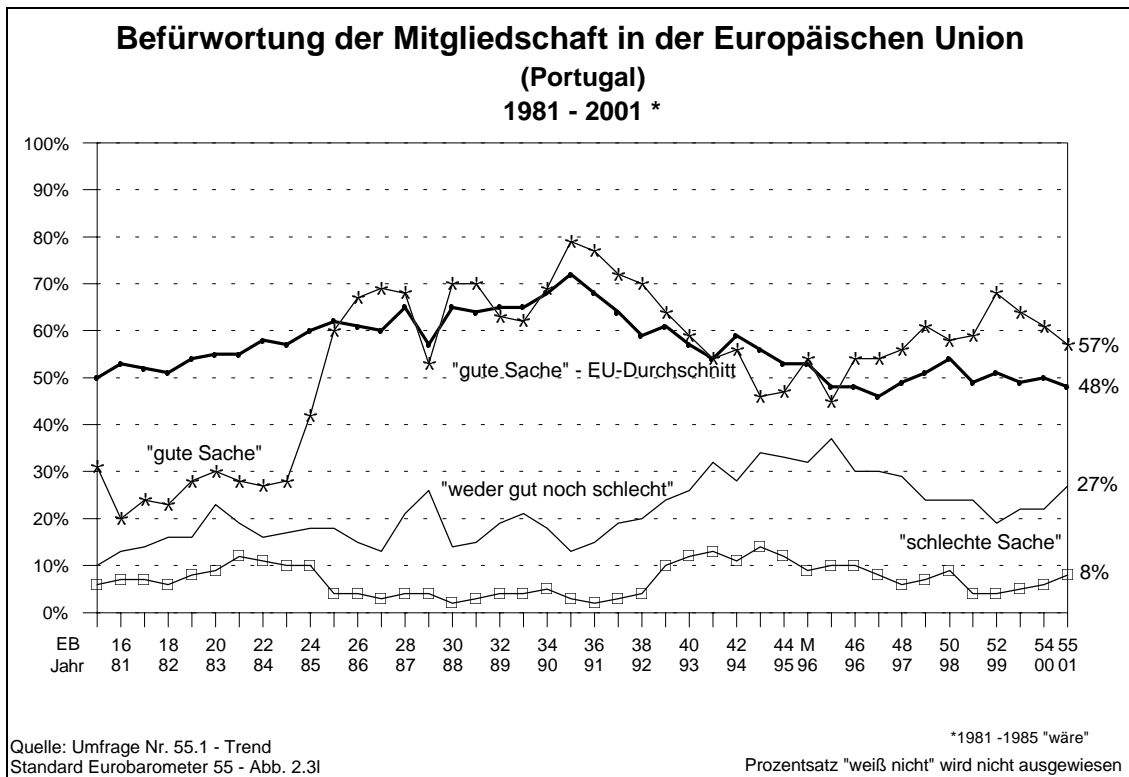
DIE NIEDERLANDE



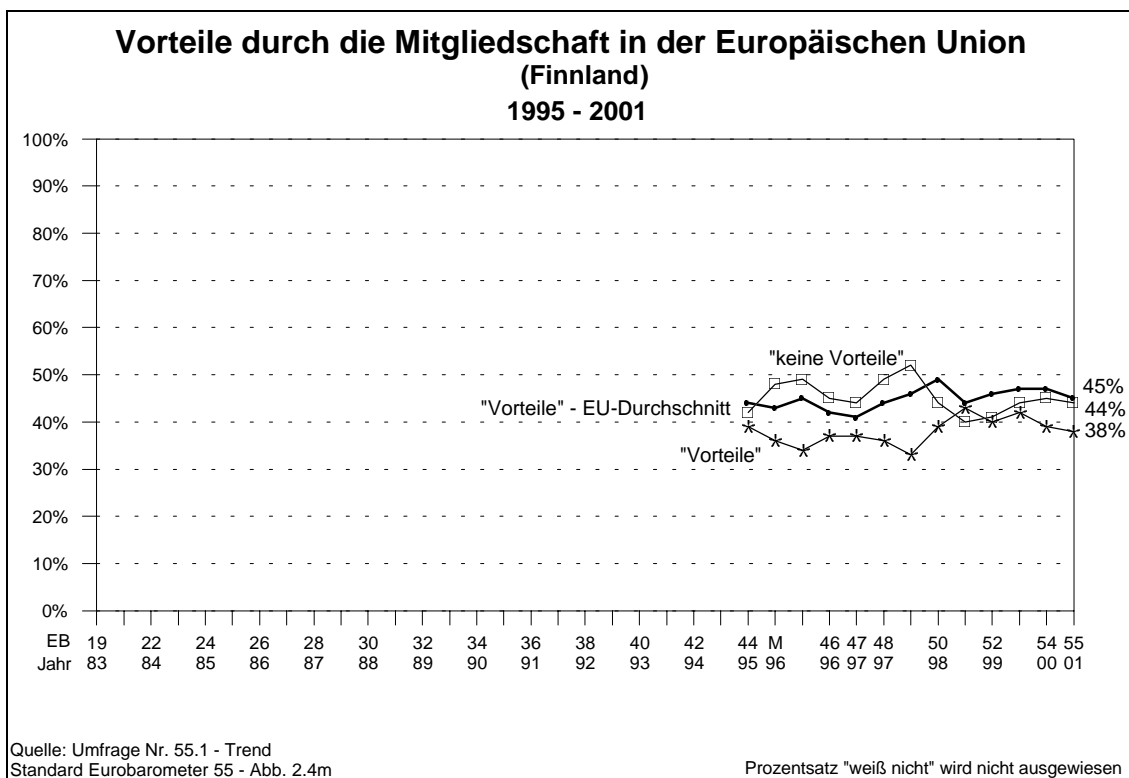
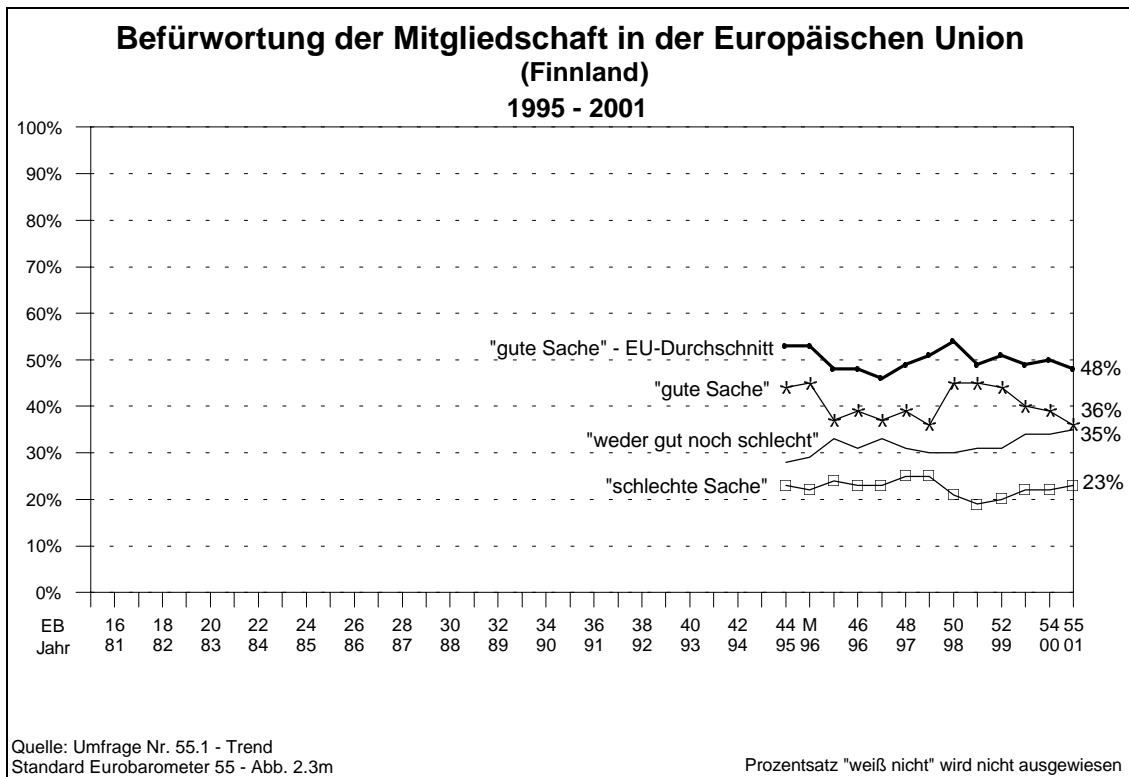
ÖSTERREICH



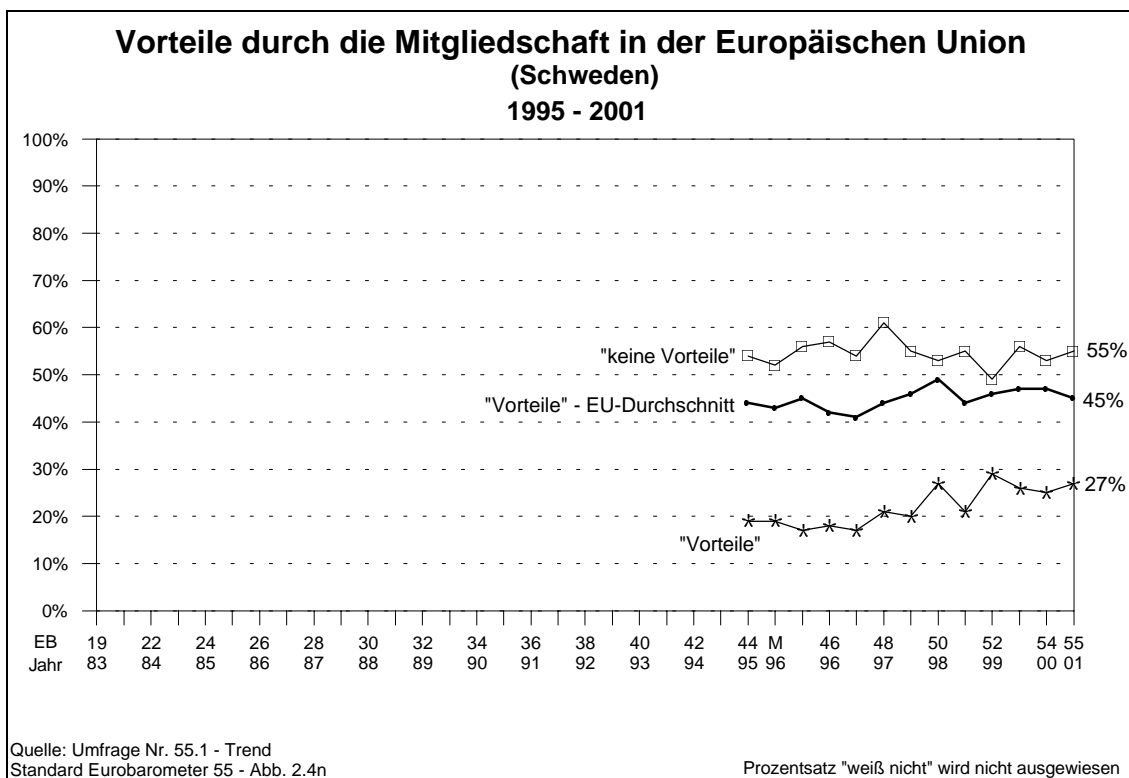
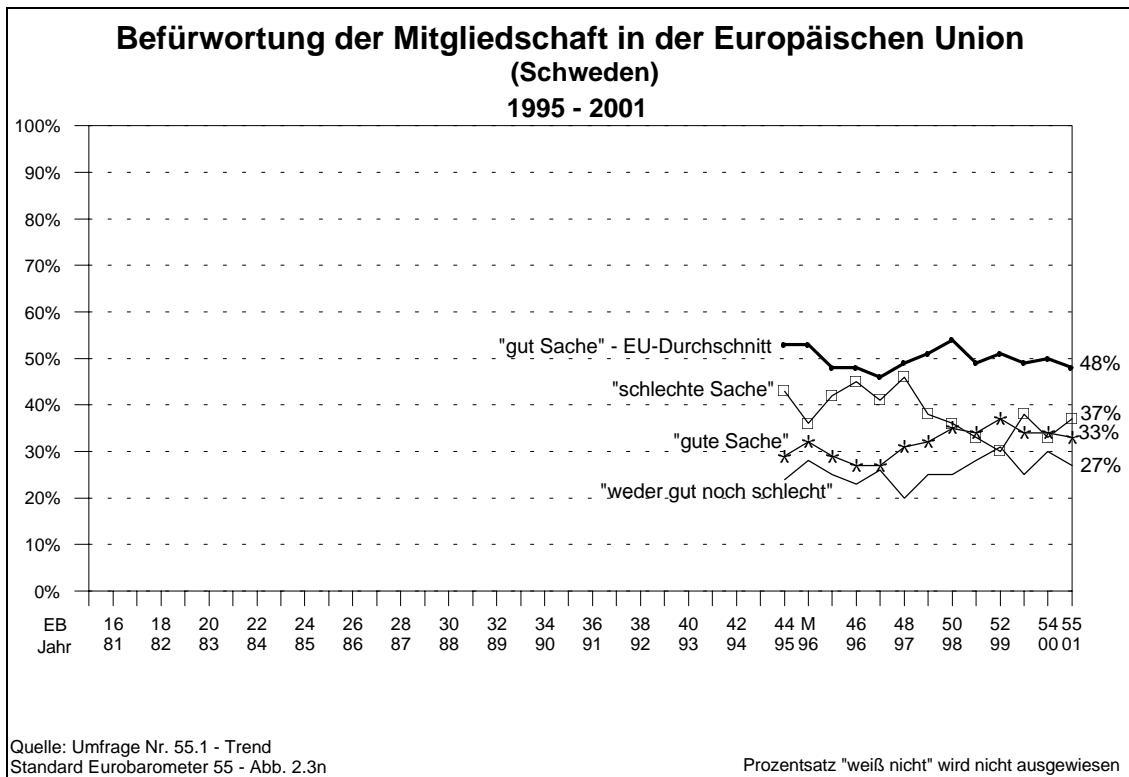
PORTUGAL



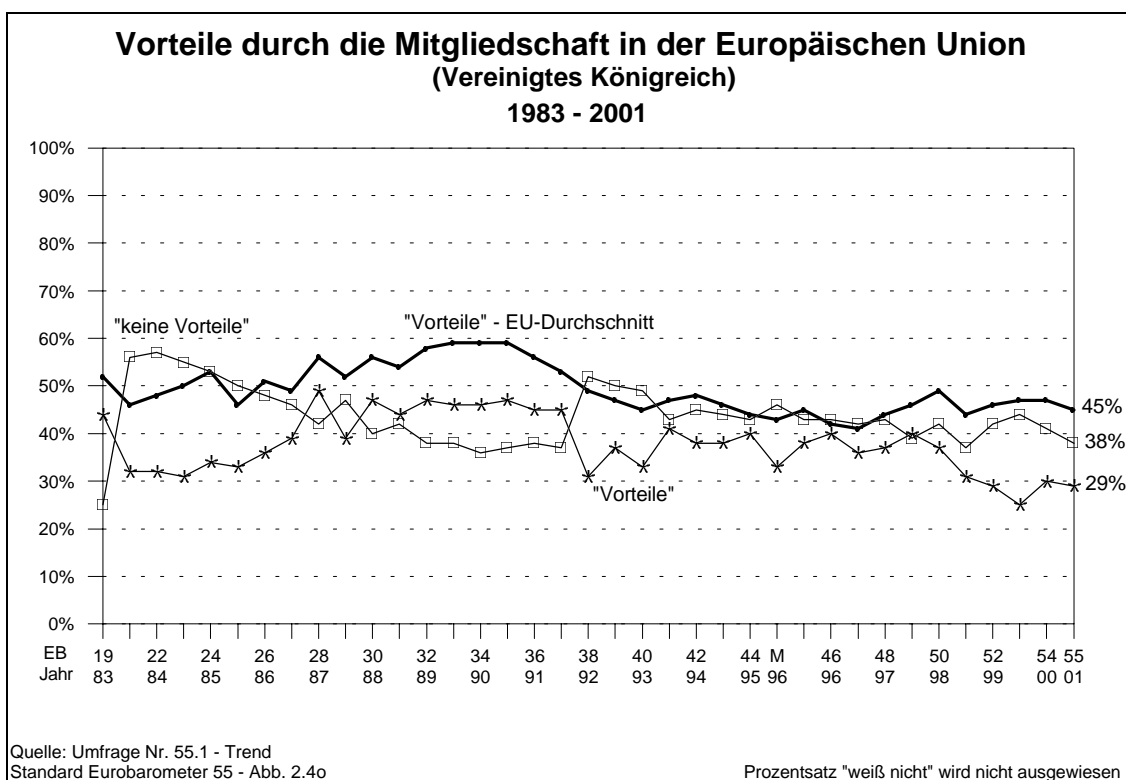
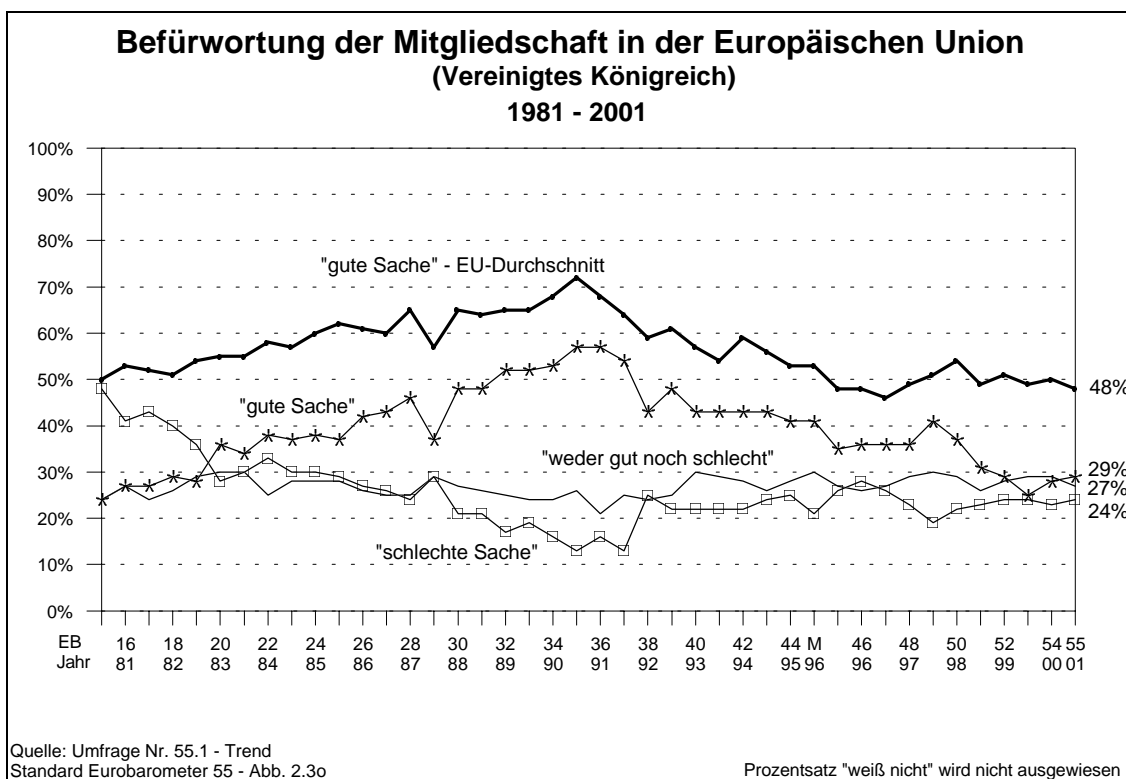
FINNLAND



SCHWEDEN



DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH



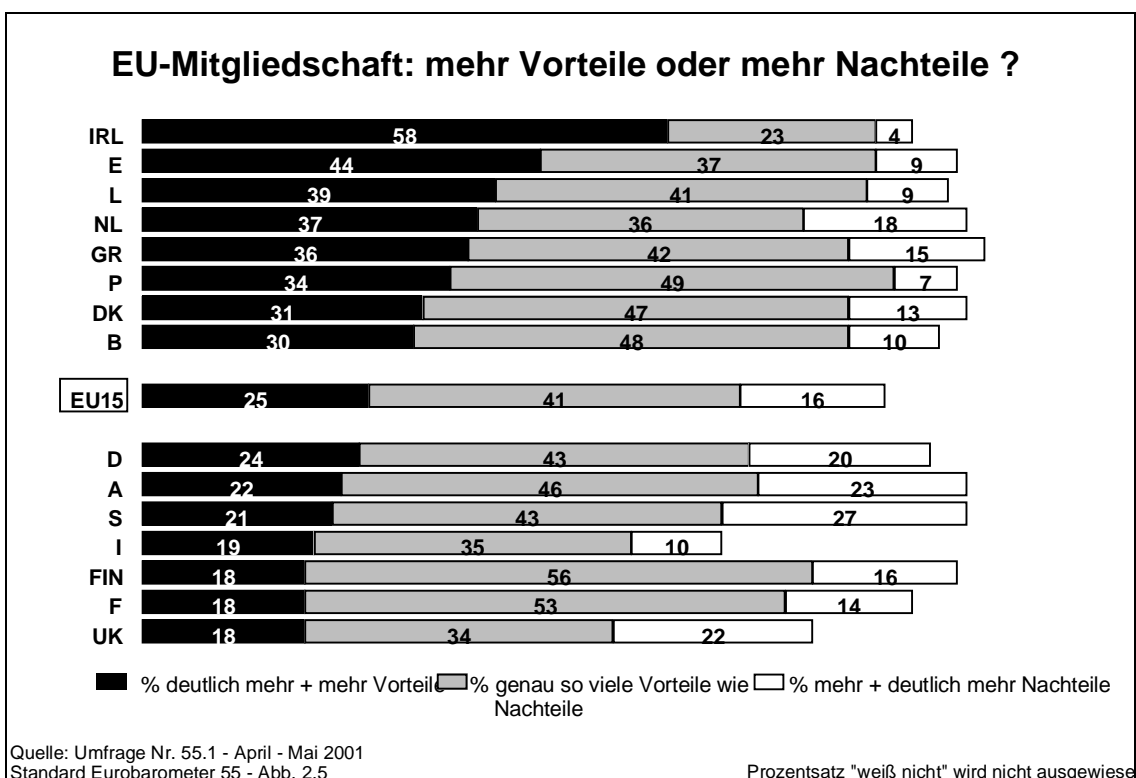
Die folgende Frage, die auch schon im Frühjahr 2000 gestellt wurde, ist mit der Diskussion um den Nutzen aus der Mitgliedschaft in der EU verbunden:

Glauben Sie, dass Sie persönlich durch die Mitgliedschaft (jeweiliges Land) in der Europäischen Union mehr Vorteile oder mehr Nachteile haben?

Auf der EU15 Ebene präsentieren sich die Antworten wie folgt:

- Viel mehr Vorteile 4%
- Mehr Vorteile 22%
- Genauso viele Vorteile wie Nachteile 41%
- Mehr Nachteile 12%
- Viel mehr Nachteile 4%
- (Weiß nicht/keine Meinung) 18%

Die Länderanalyse zeigt, dass nur in Irland mehr als die Hälfte der Befragten (58%) der Ansicht ist, die EU Mitgliedschaft ihres Landes habe ihnen persönlich mehr Vorteile als Nachteile gebracht. Obwohl nur weniger als die Hälfte der Bevölkerung in Spanien (44%) und den Niederlanden (37%) diese Ansicht teilen, ist sie doch die am häufigsten vertretene Ansicht in diesen Ländern. In allen anderen Ländern ist die am häufigsten vertretene Ansicht, dass die EU Mitgliedschaft genauso viele Vorteile wie Nachteile gebracht hat. Trotzdem ist der Anteil der Menschen, die glauben, die Mitgliedschaft habe mehr Vorteile als Nachteile gebracht, mit Ausnahme von Schweden, dem Vereinigten Königreich und Österreich, größer als der Anteil derer, die glauben, die Mitgliedschaft habe mehr Nachteile als Vorteile gebracht. Der Anteil der Befragten, die keine Meinung hatten oder keine Meinung angeben wollten, ist jetzt höher als im Frühjahr 2000. Er reicht von 7% in Griechenland bis zu 36% in Italien.



Im Vergleich zum Frühjahr 2000 zeigen die Ergebnisse eine positive Entwicklung in den Beneluxländern. Griechenland ist das einzige Land, in dem der Anteil der Menschen, die glauben, die EU Mitgliedschaft bringe mehr Nachteile als Vorteile, sich erhöht hat. Diese Erhöhung ging auf Kosten des Anteils der Ansichten, die Mitgliedschaft bringe mehr Vorteile als Nachteile. In einer Reihe von anderen Ländern finden wir einen deutlichen Anstieg des Anteils derer, die glauben, die EU Mitgliedschaft bringe ebenso viele Vorteile wie Nachteile. Im Vereinigten Königreich und in Frankreich wird diese Veränderung von einem deutlichen Abfall des Anteils der Ansichten, die Mitgliedschaft bringe mehr Nachteile als Vorteile begleitet. In Portugal, Finnland und Spanien ist das Gegenteil der Fall. In Italien finden wir einen Abfall aller drei Ansichten, begleitet von einem Anstieg von 20 Prozentpunkten des Anteils an "weiß nicht" Antworten. (Tabelle 2.3a)

Unter den demografischen Gruppen sind Führungspersonen, Studenten (beide 35%) und Menschen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (34%), am häufigsten der Ansicht, sie hätten mehr Vorteile als Nachteile aus der Mitgliedschaft. Menschen im Ruhestand teilen diese Meinung am seltensten (20%), gefolgt von Arbeitslosen (21%). Trotzdem sind quer durch alle demografischen Gruppen hindurch nicht mehr als 20% der Ansicht, die Mitgliedschaft habe mehr Nachteile als Vorteile gebracht.

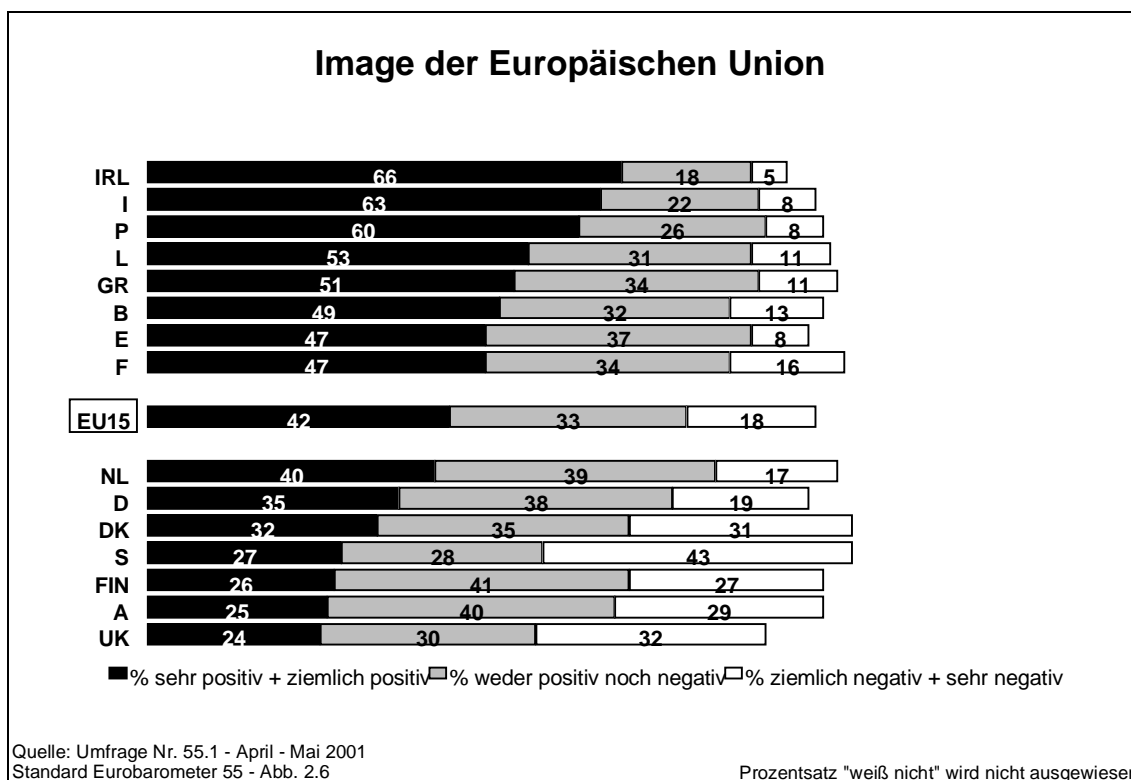
In Bezug auf die generellen Einstellungen stellen wir fest, dass 45% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, der Meinung sind, sie hätten persönlich mehr Vorteile als Nachteile von der Mitgliedschaft. Am anderen Ende stellen wir fest, dass 62% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen, der Meinung sind, sie hätten persönlich mehr Nachteile als Vorteile durch die Mitgliedschaft. (Tabelle 2.3b)

2.3. Das Image der Europäischen Union im Jahre 2001

Die folgende Frage, die seit ihrer Einführung im Frühjahr 2000 zum zweiten Mal gestellt wurde, gibt uns einen Eindruck vom Image der Europäischen Union bei den Bürgern:

Haben Sie von der Europäischen Union generell ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild?

Im Durchschnitt haben 42% der EU Bürger ein positives Bild von der Europäischen Union (7% „sehr positiv“, 35% „ziemlich positiv“). 33% stehen der EU neutral gegenüber. Nur 18% geben an, ein negatives Bild zu haben (13% „ziemlich negativ“, 5% „sehr negativ“).



Wie das oben stehende Diagramm zeigt, haben mehr als die Hälfte der Menschen in Irland (66%), Italien (63%), Portugal (60%), Luxemburg (53%) und Griechenland (51%) ein positives Bild von der EU. In Belgien (49%), Frankreich, Spanien (beide 47%) und den Niederlanden (40%), wird diese Ansicht von einer Mehrheit der Befragten geteilt. Die dänische Bevölkerung ist hier in drei Teile geteilt: Ein Drittel hat ein positives Bild, ein Drittel ist neutral, und ein Drittel hat ein negatives Bild. In Finnland (41%), Österreich (40%) und Deutschland (38%) haben die meisten der Befragten ein neutrales Bild von der EU. Im Vereinigten Königreich (32%) und vor allem in Schweden (43%) haben die meisten der Befragten ein negatives Bild von der EU.

Im Vergleich mit dem Frühjahr 2000 stellen wir in Luxemburg und dem Vereinigten Königreich positive Veränderungen fest. In Österreich haben die Menschen jetzt wesentlich seltener ein negatives Bild von der EU, dafür haben sie häufiger ein neutrales. In Spanien, Finnland, Frankreich, Portugal und Italien stellen wir eine Bewegung von vollkommen positiven hin zu eher neutralen Ansichten fest. (Tabelle 2.4a)

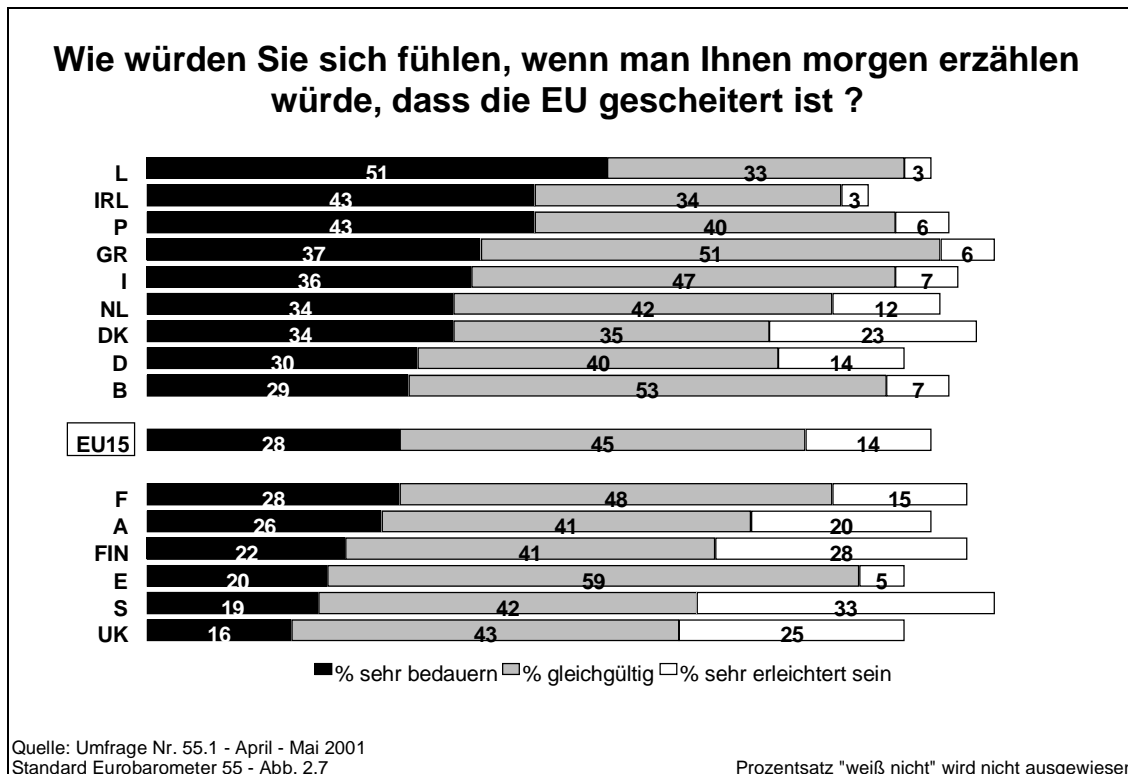
Die demografische Analyse zeigt, dass mindestens die Hälfte der Studenten (56%), der Selbständigen, derer, die bis zum Alter von 20 oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (beide 53%) und der Führungspersonen (50%) angeben, sie hätten ein positives Bild von der EU. Mit 35% teilen Arbeitslose am seltensten diese Ansicht. In keiner der demografischen Gruppen hat mehr als ein Viertel der Befragten ein negatives Bild von der Europäischen Union.

Die folgende Tabelle stellt die Beziehung zwischen dieser und einer anderen, das Image der Europäischen Union messenden Frage, dar. Sie verdeutlicht, dass unter denen, die ein Scheitern der EU bedauern würden, 83% ein positives Bild von der EU haben. Am anderen Extrem geben 72% derer, die durch ein Scheitern der EU erleichtert wären an, sie hätten ein negatives Bild von der EU.

Zusammenhang zwischen dem Image der EU und der Reaktion auf ein Scheitern der EU		
Image der EU:	Reaktion auf ein Scheitern der EU:	
	Großes Bedauern	Sehr erleichtert
	%	%
Positiv	83	5
Neutral	13	21
Negativ	3	72
(Weiß nicht)	1	3
<i>Gesamt</i>	100	101

Weiterhin hat die Mehrheit (75%) derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, wie zu erwarten, ein positives Bild von der EU. Genauso hat die Mehrheit (75%) derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen, von ihr ein negatives Bild. (Tabelle 2.4b)

In Betrachtung der Ergebnisse für die Frage, wie die Menschen auf ein Scheitern der Europäischen Union reagieren würden, stellen wir fest, dass 28% der Befragten dies sehr bedauern würden, 45% demgegenüber gleichgültig wären und 14% sehr erleichtert wären.



Das oben stehende Diagramm zeigt, dass die Menschen in Luxemburg am häufigsten angeben, sie würden es bedauern, wenn die EU scheitern würde (51%), gefolgt von Irland und Portugal (beide 43%). Wie bereits erwähnt, ist die Befürwortung der EU Mitgliedschaft in Luxemburg und Irland auch am höchsten. In Schweden (33%), Finnland (28%) und dem Vereinigten Königreich (25%) ist der Anteil derer, die durch das Scheitern der EU erleichtert wären, am höchsten.

Der Anteil der Befragten, die angeben, einem Scheitern der EU gegenüber gleichgültig zu sein ist in der gesamten EU recht hoch, die Werte reichen von 33% in Luxemburg bis zu 59% in Spanien. In allen Ländern außer in Luxemburg, Irland und Portugal, ist die Anzahl der Bürger, die diese Ansicht vertreten größer, als die Anzahl derer, die ein Scheitern der EU sehr bedauern würden. Dies lässt auf einen, für westliche Gesellschaften typischen allgemeinen Mangel an politischem Engagement schließen. Dennoch ist der Anteil derer, die sich bei einem Scheitern der EU erleichtert fühlen würden, sehr gering. Nach Schweden, Finnland und dem Vereinigten Königreich wird diese Ansicht von mindestens zwei von zehn Personen in Dänemark und Österreich geteilt.

Der allgemeine Trend ist, im Vergleich zum Herbst 1998, dass die EU Bürger einem Scheitern der EU jetzt eher gleichgültig gegenüber stehen. Der größte Anstieg wurde in Griechenland (+15) und Spanien (+14) festgestellt. In den meisten Ländern geht dieser Anstieg auf Kosten des Anteils derer, die das Scheitern sehr bedauern würden. Nur im Vereinigten Königreich und in Schweden ist der Anteil derer, die gleichgültig sind, nicht angestiegen. Der Anteil derer, die das Scheitern der EU sehr erleichtern würde ist in Österreich (+6), Italien (+4), den Niederlanden, Finnland und Schweden (alle +3) am meisten angestiegen. (Tabelle 2.5a)

Die demografische Analyse zeigt, dass Männer häufiger als Frauen angeben, sie würden ein Scheitern der EU sehr bedauern (jeweils 32% und 24%), wobei beide Geschlechter gleich häufig angeben, sie wären sehr erleichtert (jeweils 14% und 13%). Innerhalb der vier Altersgruppen stellen wir fest, dass Menschen im Alter von 40 bis 54 Jahren ein Scheitern am häufigsten sehr bedauern würden (31%), während Menschen im Alter von 55 Jahren und älter am häufigsten angeben, sie wären sehr erleichtert (18%). In Bezug auf den Bildungsstand stellen wir fest, dass die positiven Antworten mit steigender Vollausbildungszeit zunehmen. Nur 21% derer, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben, geben an, sie würden es sehr bedauern, im Vergleich zu 40% derer, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind. Die Analyse der Berufsgruppen zeigt, dass 43% der Führungspersonen ein Scheitern sehr bedauern würden, gefolgt von Selbständigen (38%), während nur 17% der Arbeitslosen diese Ansicht teilen. Menschen im Ruhestand (19%) geben am häufigsten an, sie wären sehr erleichtert. (Tabelle 2.5b)

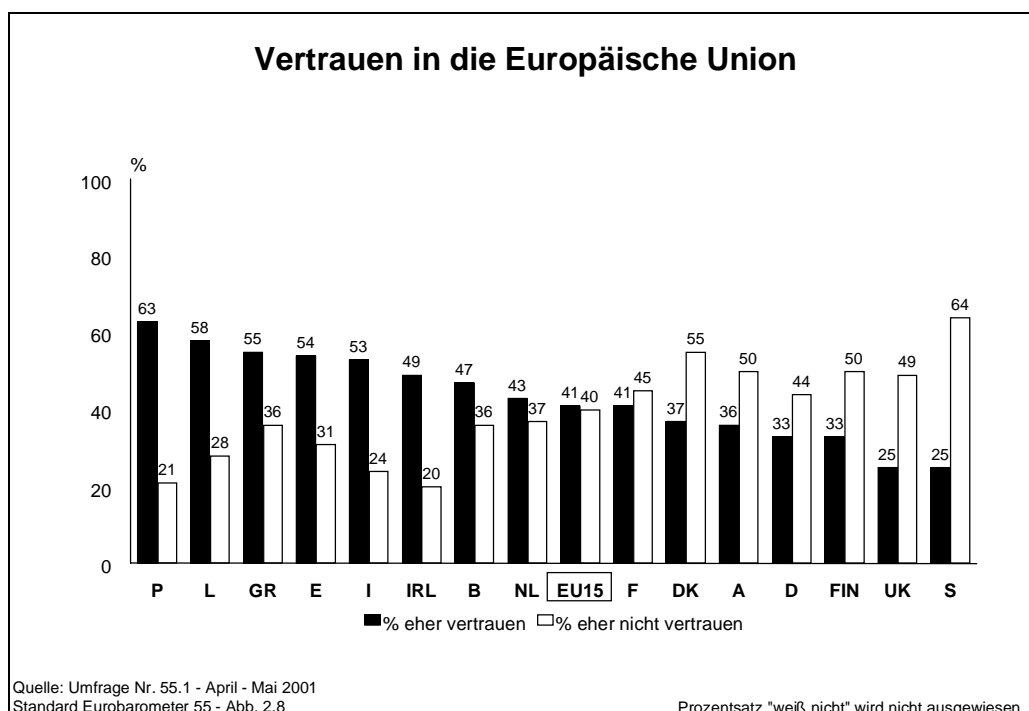
Die unten stehende Tabelle zeigt einen starken Zusammenhang zwischen der Einstellung der Menschen gegenüber der Mitgliedschaft ihres Landes in der EU und der Reaktion auf ein Scheitern der EU.

Zusammenhang zwischen der Reaktion auf ein Scheitern der EU und der Befürwortung der Mitgliedschaft			
Reaktion auf ein Scheitern der EU	Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist:		
	Eine gute Sache	Weder gut noch schlecht	Eine schlechte Sache
	%	%	%
Sehr bedauern	53	7	3
Gleichgültig	35	68	28
Sehr erleichtert	2	13	65
Weiß nicht	10	12	4
Gesamt	100	100	100

Wie man sehen kann, würden 53% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, auf ein Scheitern mit großem Bedauern reagieren, während 65% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen, mit Erleichterung reagieren würden. Dennoch stellen wir fest, dass im Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Herbst 1998 die Befürworter der EU jetzt weniger häufig angeben, sie würden ein Scheitern bedauern (-8). Diese geben jetzt häufiger an, es wäre ihnen gleichgültig (+8). Die Gegner der EU geben jetzt noch häufiger an, sie wären sehr erleichtert (+5). 68% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes weder befürworten noch ablehnen, geben an, es wäre ihnen gleichgültig – ein Anstieg im Vergleich zu den 62% im Herbst 1998.

2.4. Das Vertrauen in die EU und ihre Institutionen und Organe

Wie weit verbreitet ist das Vertrauen in die Europäische Union und 9 ihrer Institutionen und Organe in den 15 Mitgliedstaaten? In Bezug auf das Vertrauen in die Europäische Union insgesamt, stellen wir fest, dass 41% der Europäer der Europäischen Union eher vertrauen, während 40% ihr eher nicht vertrauen, und 20% keine Meinung dazu haben⁶.



⁶ Diese Frage gehört zu einer Serie von Fragen. Der Rest dieser Serie wird in Kapitel 1 analysiert. (siehe Tabelle 1.4a-c).

Das oben stehende Diagramm zeigt, dass es zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten starke Unterschiede gibt. Die Bürger in Portugal neigen am häufigsten dazu, der Europäischen Union zu vertrauen (63%), und mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Luxemburg (58%), Griechenland (55%), Spanien (54%) und Italien (53%) teilen diese Ansicht. Die Bevölkerung in Schweden (64%) neigt bei weitem am häufigsten dazu, der EU nicht zu vertrauen, gefolgt von Dänemark (55%), Finnland, Österreich (beide 50%) und dem Vereinigten Königreich (49%).

Obwohl es auf EU15 Ebene im Vergleich zum Frühjahr 1999 keine deutliche Veränderung gegeben hat, gab es in mehreren einzelnen Mitgliedstaaten sehr große, meist positive Veränderungen. Die größten positiven Veränderungen gab es in Griechenland (+10), Irland (+7), Belgien, Luxemburg, Portugal (alle +6), Dänemark, dem Vereinigten Königreich (beide +5), Österreich und Schweden (beide +4). Dennoch geben die Menschen in Schweden und Österreich auch jetzt noch häufiger an, kein Vertrauen zu haben. Finnland ist das einzige Land, in dem ein negativer Trend gemessen wurde. Der Anteil der Menschen, die angeben, der Europäischen Union eher nicht zu vertrauen, stieg um fünf Prozentpunkte. (Tabelle 2.6a)

Der Anteil derer, die der EU eher vertrauen variiert nicht nur von Land zu Land, er hängt auch von der allgemeinen Einstellung der Menschen zur Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ab. Wie die unten stehende Tabelle zeigt, bringen ihr 65% derer, die ein Scheitern der EU sehr bedauern würden, Vertrauen entgegen, während 75% derer, die sehr erleichtert reagieren würden, ihr eher nicht vertrauen.

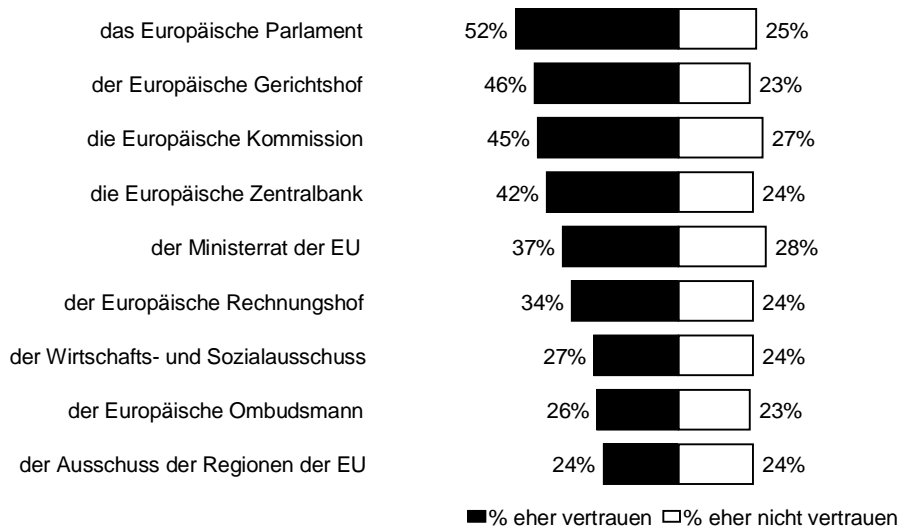
Zusammenhang zwischen der Reaktion auf ein Scheitern der EU und dem Vertrauen in die EU (in %)			
	Großes Bedauern	Gleichgültig	Sehr erleichtert
% eher vertrauen	65	37	11
% eher nicht vertrauen	23	42	75
% weiß nicht	12	21	14
<i>% Gesamt</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

Weiterhin zeigt die Analyse, dass 60% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, der EU Vertrauen entgegen bringen, während 77% derer, die die Mitgliedschaft ablehnen, angeben, ihr eher nicht zu vertrauen.

Die demografische Analyse zeigt, dass Männer etwas häufiger als Frauen angeben, dass sie der EU vertrauen oder nicht vertrauen, während Frauen häufiger keine Meinung angeben als Männer. Die jüngste Altersgruppe (47%) gibt bei weitem häufiger an, der Europäischen Union Vertrauen entgegenzubringen als ältere Menschen. In den verschiedenen Bildungsgruppen stellen wir fest, dass Studenten der EU am häufigsten vertrauen (52%), während 38% derer, die die Vollzeitausbildung vor dem 16. Lebensjahr verlassen haben angeben, der EU zu vertrauen. Mit 48% stellen Selbständige die Berufsgruppe dar, die der EU am häufigsten Vertrauen entgegenbringt, während es Arbeitslosen mit 47% am häufigsten an Vertrauen fehlt. (Tabelle 2.6b)

Wir betrachten als nächstes den Grad des Vertrauens in 9 Institutionen und Organe. Obwohl der Grad des Vertrauens in den einzelnen Mitgliedstaaten stark schwankt, stellen wir als erstes einen hohen Anteil an „weiß nicht“ Antworten fest, insbesondere in Bezug auf den Ausschuss der Regionen, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Europäischen Ombudsmann. Dies erklärt zumindest teilweise den Grund für das geringe Vertrauen, das im folgenden Diagramm veranschaulicht wird.

Vertrauen in die europäischen Institutionen und Organe (EU15)



Quelle: Umfrage Nr. 55.1 - April - Mai 2001
Standard Eurobarometer 55 - Abb. 2.9a

Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

Mit 52% wird dem Europäischen Parlament am meisten Vertrauen entgegengebracht, gefolgt vom Europäischen Gerichtshof (46%) und der Europäischen Kommission (45%). Während diese Ergebnisse mit denen aus dem Herbst 2000 identisch sind, wurde ein deutlicher Abfall des Anteils derer festgestellt, die der Kommission nicht vertrauen (-3)⁷.

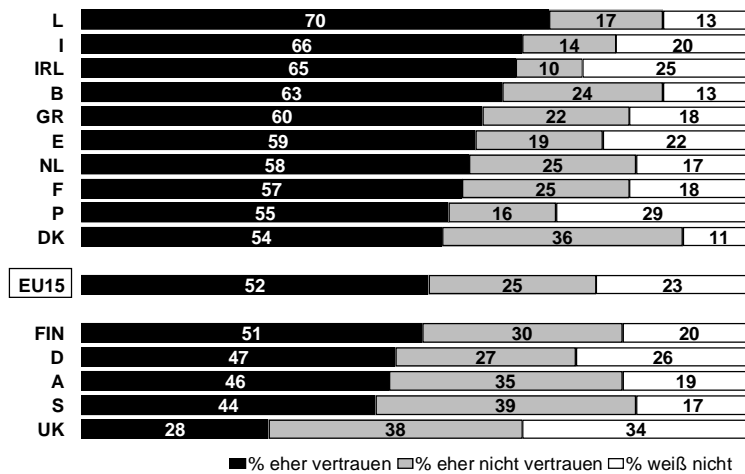
Die folgende Tabelle zeigt für jeden Mitgliedstaat die Institutionen und Organe, denen am meisten Vertrauen entgegengebracht wird. Das Europäische Parlament befindet sich in allen 15 Mitgliedstaaten unter den ersten drei Plätzen. In 8 Ländern steht es an erster Stelle, in drei weiteren Ländern steht es an zweiter und in vier Ländern an dritter Stelle. Der Gerichtshof steht in sechs Ländern an erster Stelle, in weiteren zwei Ländern an zweiter und in vier Ländern an dritter Stelle. Italien, Spanien und Portugal sind die einzigen Länder, in denen er nicht unter die ersten drei kommt. Die Europäische Kommission steht in neun Ländern an zweiter oder dritter Stelle, während die Europäische Zentralbank in sieben Ländern an zweiter oder dritter Stelle steht. Spanien ist das einzige Land, in dem der Ministerrat unter den ersten drei steht. Der z.Zt. finnische Europäische Ombudsmann steht in seinem Heimatland an erster Stelle, befindet sich aber ansonsten in keinem anderen Mitgliedstaat unter den ersten drei. (Siehe auch Tabelle 2.7)

⁷ Siehe Eurobarometer Bericht 54, Tabelle 4.5.

DIE DREI INSTITUTIONEN UND ORGANE, DENEN AM MEISTEN VERTRAUEN ENTGEGENGEBRACHT WIRD (IN %, PRO MITGLIEDSTAAT)			
Belgien		Luxemburg	
Europäisches Parlament	63	Europäisches Parlament	70
Europäische Kommission	59	Gerichtshof	69
Gerichtshof	51	Europäische Kommission	64
Dänemark		Die Niederlande	
Gerichtshof	67	Gerichtshof	65
Europäisches Parlament	54	Europäische Zentralbank	63
Europäische Zentralbank	51	Europäisches Parlament	58
Deutschland		Österreich	
Gerichtshof	53	Gerichtshof	51
Europäische Zentralbank	50	Europäisches Parlament	46
Europäisches Parlament	47	Europäische Zentralbank	44
Griechenland		Portugal	
Europäisches Parlament	60	Europäisches Parlament	55
Europäische Kommission	51	Europäische Kommission	51
Gerichtshof	51	Europäische Zentralbank	49
Spanien		Finnland	
Europäisches Parlament	59	Europäischer Ombudsmann	59
Europäische Kommission	54	Gerichtshof	56
Ministerrate	49	Europäisches Parlament	51
Frankreich		Schweden	
Europäisches Parlament	57	Gerichtshof	52
Europäische Kommission	53	Europäische Zentralbank	44
Gerichtshof	45	Europäisches Parlament	44
Irland		Vereinigtes Königreich	
Europäisches Parlament	65	Gerichtshof	28
Europäische Kommission	61	Europäisches Parlament	28
Gerichtshof	56	Europäische Kommission	25
Italien			
Europäisches Parlament	66		
Europäische Kommission	57		
Europäische Zentralbank	43		

Wenn wir die Länderergebnisse für das Europäische Parlament näher betrachten, stellen wir fest, dass die Bevölkerung in Luxemburg (70%), Italien (66%), Irland (65%), Belgien (63%) und Griechenland (60%) am häufigsten angibt, ihm zu vertrauen. Die Menschen in Schweden (39%), dem Vereinigten Königreich (38%) und Dänemark (36%) geben am häufigsten an, dem Europäischen Parlament nicht zu vertrauen. Der Anteil der "weiß nicht" Antworten reicht von 11% in Dänemark bis zu 34% im Vereinigten Königreich.

Vertrauen in das Europäische Parlament

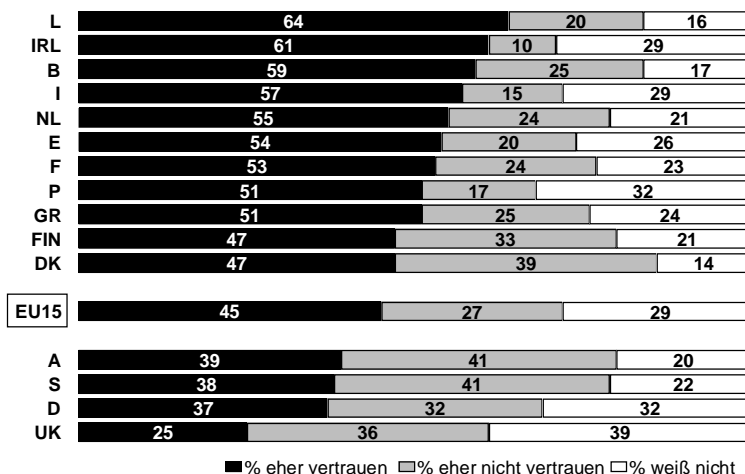


Quelle: Umfrage Nr. 55.1 - April - Mai 2001
Standard Eurobarometer 55.1 - Abb. 2.9b

Im Vergleich zum Herbst 2000 vertrauen in Luxemburg, Dänemark und den Niederlanden (alle +4) deutlich mehr Befragte dem Europäischen Parlament. In Frankreich (-5), Deutschland und dem Vereinigten Königreich (beide -4), geben die Menschen jetzt wesentlich seltener an, dem Europäischen Parlament nicht zu vertrauen. Deutlich weniger Spanier vertrauen dem EP (-12). In Italien sinkt sowohl der Anteil derer, die eher Vertrauen haben (-5) als auch der Anteil derjenigen, die kein Vertrauen haben (-3), begleitet von einer Erhöhung des Anteils an "weiß nicht" Antworten. Der Anteil derer, die kein Vertrauen haben, hat sich in allen Mitgliedstaaten erhöht, in 9 Ländernin signifikantem Ausmass.⁸

Die Länderanalyse für die Europäische Kommission zeigt, dass mehr als 6 von 10 Menschen in Luxemburg (64%) und Irland (61%) ihr vertrauen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in sieben weiteren Ländern bringt der Europäischen Kommission ebenfalls Vertrauen entgegen. Die Menschen in Schweden, Österreich (beide 41%), Dänemark (39%) und dem Vereinigten Königreich (36%) geben am häufigsten an, dieser europäischen Institution nicht zu vertrauen. Der Anteil der "weiß nicht" Antworten reicht von 14% in Dänemark bis zu 39% im Vereinigten Königreich.

Vertrauen in die Europäische Kommission



Quelle: Umfrage Nr. 55.1 - April - Mai 2001
Standard Eurobarometer 55 - Abb. 2.9c

⁸ Siehe Eurobarometer Bericht 54, Tabelle 4.5.

Die Veränderungen seit dem Herbst 2000 ähneln den oben beschriebenen Veränderungen für das Europäische Parlament. Es gab positivere Antworten in Dänemark, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Deutschland, Portugal und Belgien, wo die Menschen jetzt entweder häufiger angeben, der Kommission zu vertrauen, seltener angeben, ihr nicht zu vertrauen, oder beides. In Spanien und Italien ist eine negative Entwicklung zu beobachten, aber in letzterem Land finden wir wiederum einen Rückgang des Anteils der Menschen, die kein Vertrauen haben und eine Erhöhung der „weiß nicht“ Antworten. Außerdem hat sich der Anteil derer, die keine Meinung dazu haben, in 9 Mitgliedstaaten deutlich erhöht⁹.

Zum Schluss betrachten wir den Mittelwert des Vertrauens in die 9 Institutionen und Organe für jeden einzelnen Mitgliedstaat¹⁰. Wie die folgende Tabelle zeigt, ist der Durchschnitt in Luxemburg am höchsten (61%) und im Vereinigten Königreich am niedrigsten (18%).

Das Vertrauen in die Institutionen und Organe der EU (Durchschnitt in % des Anteils derer, die den 9 Institutionen und Organen eher vertrauen, pro Land)	
Land	Mittelwert
Luxemburg	61
Irland	51
Die Niederlande	48
Finnland	47
Dänemark	46
Portugal	45
Spanien	45
Belgien	43
Italien	41
Griechenland	41
Frankreich	40
Österreich	39
Schweden	38
EU15	37
Deutschland	37
Vereinigtes Königreich	18

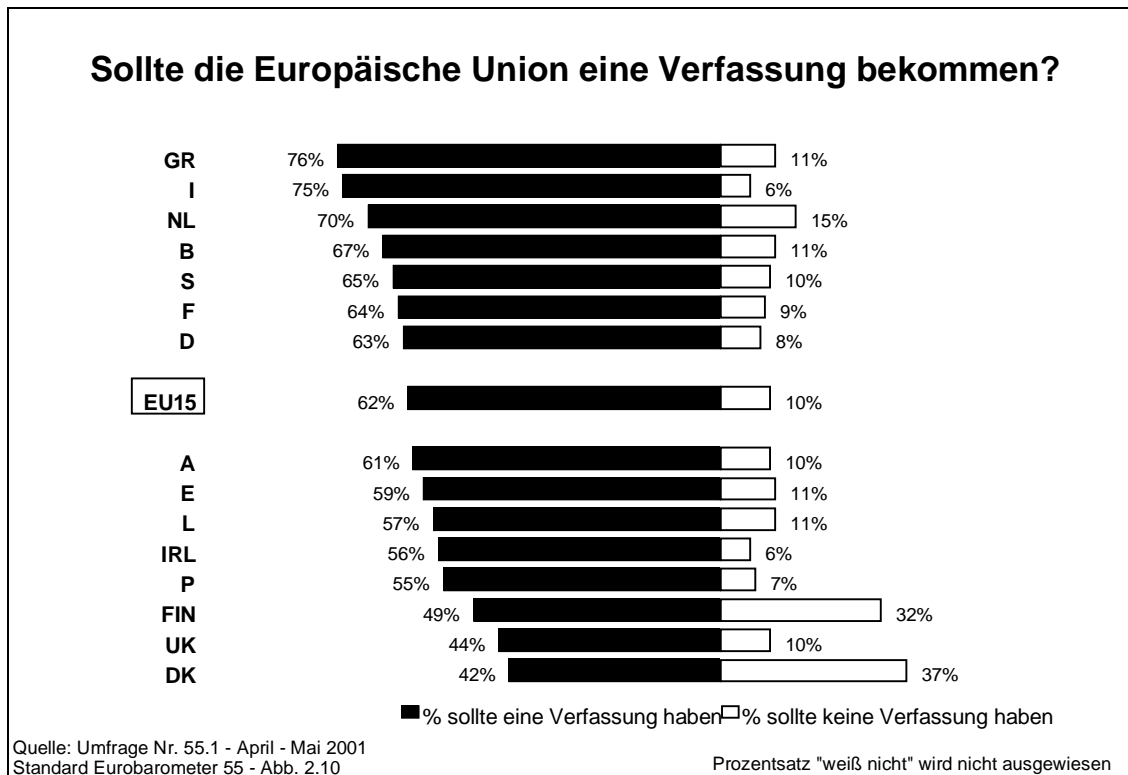
2.5. Die Befürwortung einer Verfassung der Europäischen Union

In einer Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union, einem Anhang zum Vertrag von Nizza, ruft die Regierungskonferenz zu einer tieferen und weiterreichenden Debatte zur Zukunft der Europäischen Union auf. Eines der Themen, die zur Debatte stehen, ist die Frage, ob die Europäische Union im Hinblick auf die erwartete Erweiterung eine Verfassung haben sollte.

⁹ Siehe auch Eurobarometer Bericht 54, Tabelle 4.5.

¹⁰ Wir geben hier den Median „% Vertrauen“ anstelle des Durchschnitts an, da der Median ein angemessenerer Wert für die Messung einer Tendenz im Falle von Verteilungen mit extremen Werten ist. Wir erinnern den Leser noch einmal daran, dass ein niedriger Vertrauensgrad meistens einem hohen Anteil von „weiß nicht“ Antworten entspricht, und nicht einem hohen Anteil von Misstrauensbekundungen.

In diesem Zusammenhang hat diese Umfrage die Meinung der Menschen in Bezug auf eine Verfassung der Europäischen Union gemessen. Das Ergebnis zeigt, dass 62% der EU Bürger der Ansicht sind, die EU sollte eine Verfassung haben, während 10% dies ablehnen. Die restlichen 29% geben keine Meinung dazu an.



In allen 15 Mitgliedstaaten unterstützt eine Mehrheit der Öffentlichkeit diese Ansicht. Dennoch gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, der Anteil der Befürworter reicht von 76% in Griechenland bis zu 42% in Dänemark. Der Anteil der „weiß nicht“ Antworten ist sehr hoch und reicht von 13% in Griechenland bis zu 47% im Vereinigten Königreich. Folglich ist der Anteil der tatsächlichen Gegner einer Verfassung gering. In den meisten Ländern ist nur etwa eine von zehn Personen dagegen, ausgenommen Dänemark, wo 37% und Finnland, wo 32% dagegen sind.

Im Vergleich mit dem Frühjahr 2000, als diese Frage schon einmal gestellt wurde, stellen wir fest, dass die Bevölkerung in den meisten Ländern jetzt häufiger keine Meinung zu dem Thema angibt. Irland ist das einzige Land, in dem die Menschen jetzt häufiger eine Meinung angeben. Es wurde ein Anstieg von drei Prozentpunkten im Anteil sowohl der Gegner als auch der Befürworter einer Verfassung gemessen. Obwohl in den meisten Ländern ein gewisser Anstieg der Opposition gemessen wurde, und dies auf Kosten der ausgesprochenen Befürworter einer Verfassung der Europäischen Union in 14 der 15 Mitgliedstaaten, ist der Anteil der Gegner weiterhin gering. (Tabelle 2.8a)

Die demografische Analyse zeigt, dass sich am meisten Befürworter einer Verfassung unter den Führungspersonen (72%), Menschen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (71%) und Selbständigen (69%) finden. Es gibt eher wenige Gegner, und die Werte reichen von 7% der Angestellten bis zu 12% der Menschen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind und Arbeitslosen. Die Unterschiede im Grad der Befürwortung sind daher durch relativ große Schwankungen im Anteil der „weiß nicht“ Antworten zu erklären.

Wie zu erwarten, haben Menschen, die glauben, sehr viel über die Europäische Union zu wissen, sehr viel häufiger eine Meinung zu dieser Frage als solche, die glauben, wenig über die EU zu wissen. Die folgende Tabelle zeigt, dass es in der ersten Gruppe sehr viel mehr Befürworter gibt (79%), als in der zweiten Gruppe (51%).

Befürwortung einer Verfassung der Europäischen Union im Zusammenhang mit dem Kenntnisstand über die EU (in %)			
	Guter Kenntnisstand	Durchschnittlicher Kenntnisstand	Schlechter Kenntnisstand
% Befürworter	79	70	51
% Gegner	12	10	9
% ohne Meinung	9	20	40
% Gesamt	100	100	100

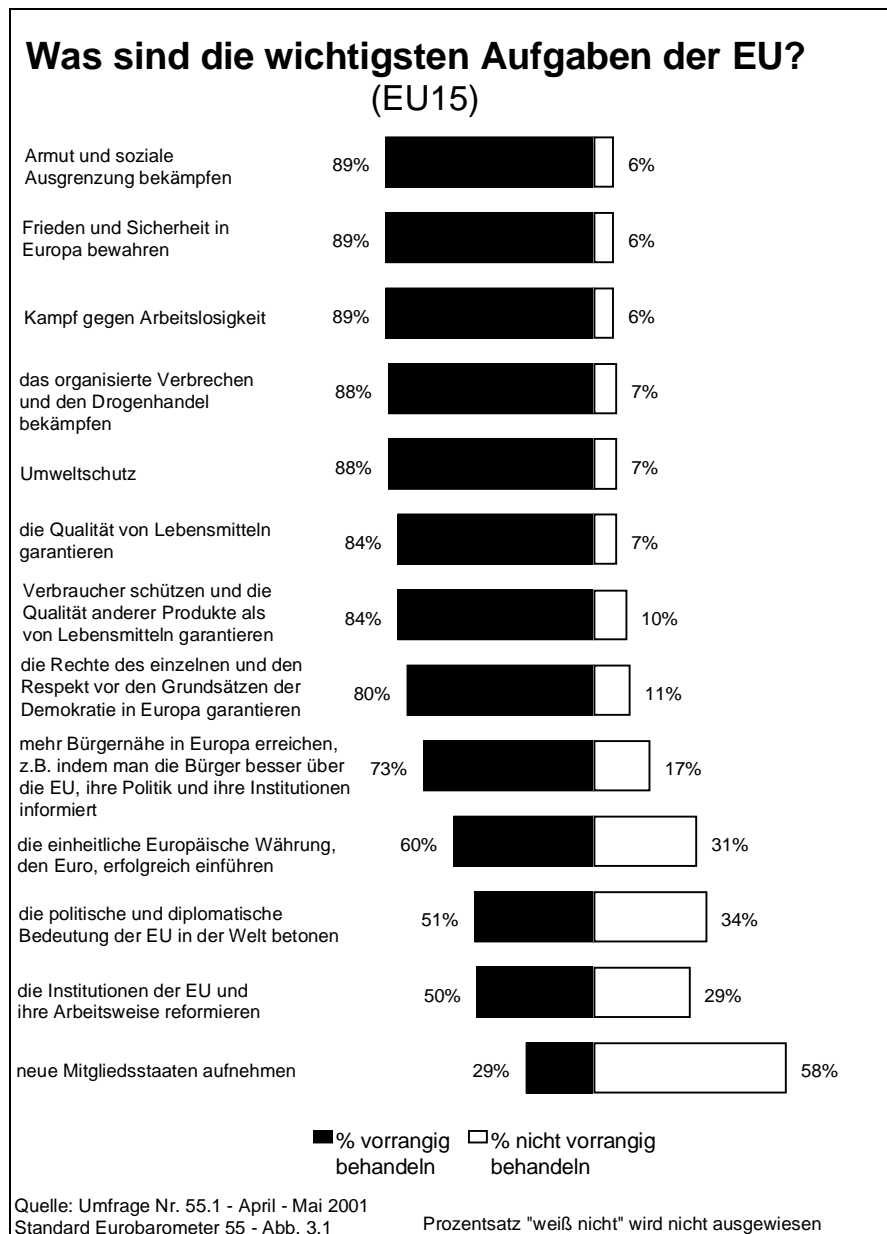
Es ist wohl auch keine Überraschung, dass die Befürworter der EU häufiger auch die Idee einer Verfassung befürworten als die Gegner der EU (74% zu 49%). 21% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union ablehnen, sind gegen eine Verfassung, verglichen mit nur 8% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten. (Tabelle 2.8b)

3. Die Zustimmung zu aktuellen politischen Themen

Dieses Kapitel stellt die Ergebnisse des Eurobarometers vor, die die Kenntnis der EU Bürger über einige aktuelle politische Themen und deren Befürwortung messen. Das Kapitel beginnt mit der Frage, inwieweit die europäische Öffentlichkeit einige der aktuellen Aktivitäten der Europäischen Union für vorrangig hält. Weiterhin beschäftigt es sich mit der Frage nach der Zustimmung zu Schlüsselthemen, wie dem Euro, der Erweiterung und der Außen- und Verteidigungspolitik. Die letzten beiden Abschnitte des Kapitels behandeln die Einstellungen der EU Bürger gegenüber dem Euro und der Erweiterung etwas ausführlicher.

3.1. Zustimmung zu den Prioritäten der EU

Über viele Jahre hinweg hat das Eurobarometer eine Frage gestellt, die messen soll, inwieweit die Öffentlichkeit die aktuellen Aktivitäten der Europäischen Union als vorrangig ansieht¹¹.



¹¹ Eine Beschreibung des Arbeitsprogramms der Kommission für das Jahr 2001 finden Sie unter http://www.europa.eu.int/comm/off/work_programme/index_de.htm.

Der Außerordentliche Europäische Rat in Stockholm am 23.-24. März 2001 war das erste von einer Reihe von Gipfeltreffen, deren Ziel es ist, die Europäische Union zur konkurrenzfähigsten und wissensbasiertesten Wirtschaftskraft der Welt zu machen, fähig zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und mehr sozialem Zusammenhalt. Die sogenannte „Strategie von Lissabon“ soll die EU dazu befähigen, Voraussetzungen für eine Vollbeschäftigung zu schaffen und zeigt den Einsatz der Union im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass im Durchschnitt 89% der EU Bürger der Ansicht sind, der Kampf gegen Arbeitslosigkeit solle eine Priorität in der EU sein. Die Werte reichen von 77% im Vereinigten Königreich bis zu 96% in Griechenland und Portugal. In diesem Zusammenhang wurde auch festgestellt, dass 89% der EU Bürger die Ansicht vertreten, der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung solle eine Priorität sein. Hier reichen die Werte von 82% im Vereinigten Königreich bis zu 97% in Portugal.

Mehr als acht von zehn Europäern sind außerdem der Ansicht, die Erhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa, der Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel, der Umweltschutz und der Verbraucherschutz, sowie die Garantie der Qualität von Lebensmitteln sollten Prioritäten der Europäischen Union sein.

Das Ziel der Europäischen Union, sich ihren Bürgern anzunähern, wird von der Öffentlichkeit begrüßt. Im Durchschnitt sind 73% der EU Bürger der Ansicht, dies solle eine Priorität der EU sein. Auf der Länderebene reicht die Unterstützung dieser Priorität von 54% im Vereinigten Königreich bis zu 87% in den Niederlanden.

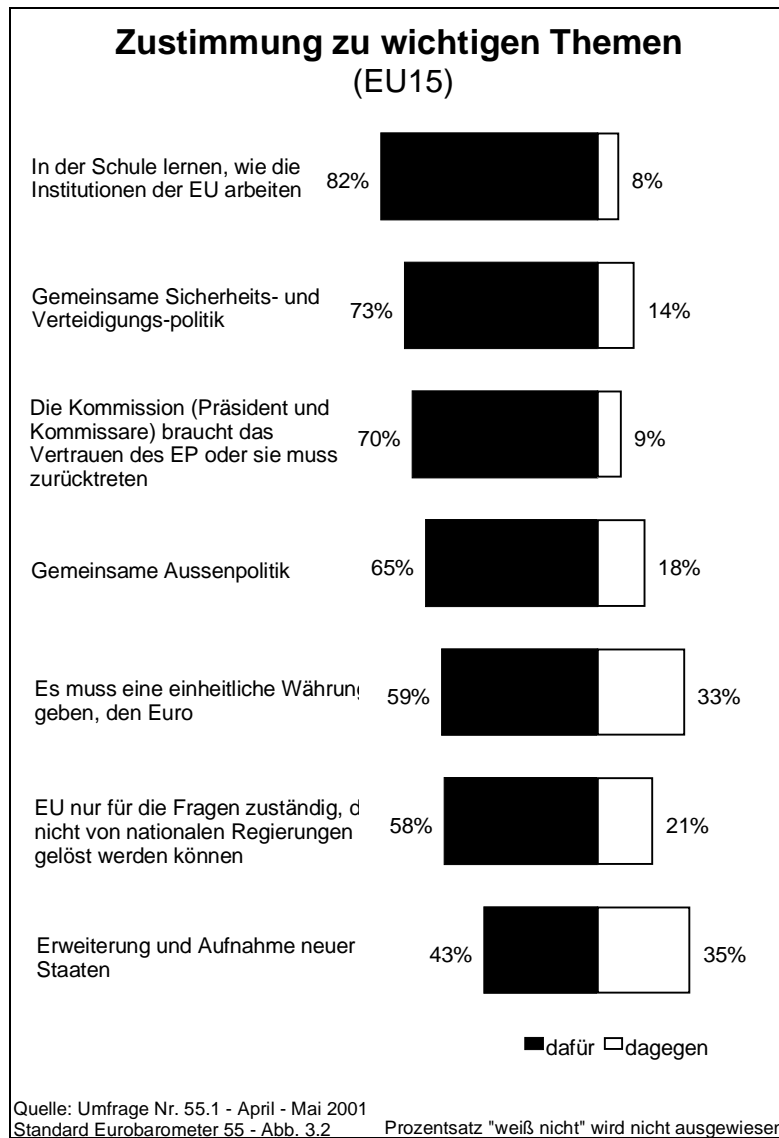
Der am 26. Februar 2001 unterzeichnete Vertrag von Nizza greift viele in der Regierungskonferenz des Jahres 2000 behandelte Themen auf und zielt auf eine Reform der Institutionen der Europäischen Union zur Vorbereitung der Erweiterung ab¹². Die Meinungen in Bezug auf die Notwendigkeit einer Reform sind in den einzelnen Ländern sehr verschieden. In Dänemark geben die Menschen mit 73% am häufigsten an, die Reform solle eine Priorität der EU sein, und die Menschen im Vereinigten Königreich und Belgien (beide 44%) teilen am seltensten diese Ansicht.

Das Diagramm zeigt, dass 60% der EU Bürger der Meinung sind, die Einführung des Euro solle eine Priorität sein. 68% der Bürger, die in den zwölf Ländern der Euro-Zone leben, teilen diese Ansicht. Es ist kaum überraschend, dass nur 26% derer, die in den drei nicht zur Euro-Zone gehörenden Ländern leben (Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich), der Ansicht sind, die Einführung des Euro solle eine Priorität der EU sein. Obwohl die Ansicht, die Erweiterung solle eine Priorität sein, nur von einer Minderheit geteilt wird, geht der Trend doch im Vergleich zum Herbst 2000 mehr zu einer Befürwortung. 29% sehen diese jetzt als eine Priorität an (+3). (Siehe auch Tabelle 3.1)

3.2. Die Zustimmung zu wichtigen Themen

Seit 1993 hat das Eurobarometer die öffentliche Meinung zu einer Reihe von Schlüsselthemen der Europäischen Union gemessen. Einige der Themen sind ganz eindeutig politische Angelegenheiten, während andere mit den demokratischen Prozessen, die die Funktionsweise der Europäischen Union regeln, zusammenhängen.

¹² Auf der Webseite der Kommission (Regierungskonferenz) finden Sie mehr Details zur Reform: http://www.europa.eu.int/comm/archives/igc2000/index_de.htm.



In allen 15 Mitgliedstaaten gibt es eine breite Zustimmung dazu, dass Kinder in der Schule lernen sollten, wie die Institutionen der Europäischen Union funktionieren. Die Zustimmung reicht hier von 65% im Vereinigten Königreich bis zu 90% in Luxemburg und Schweden.

Der Vertrag von Nizza behandelt auch die Schaffung eines Rahmens für eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Im Durchschnitt stimmen 73% der EU Bürger einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu, wobei die Griechen dem am häufigsten zustimmen (87%) und die Finnen (40%) und Schweden (38%) dies am häufigsten ablehnen. Eine gemeinsame Außenpolitik wird von 65% der EU Bürger unterstützt, wobei es in Frankreich die größte (75%) und in Finnland die geringste Unterstützung gibt (39%).

In Dänemark (86%) und Schweden (81%), beides Länder in denen die Öffentlichkeit der Ansicht ist, die EU habe zu viel Macht und es gäbe nur unzureichende Mittel, diese Macht zu kontrollieren, finden wir eine breite Zustimmung für die Idee, der Präsident der Europäischen Kommission und die Europäischen Kommissare sollten von einer Mehrheit des Europäischen Parlamentes unterstützt werden müssen. Auch in den Niederlanden, Finnland und Griechenland sind acht von zehn Menschen dieser Ansicht, obwohl die Bevölkerung in diesen Ländern grundsätzlich eine recht positive Meinung von der EU hat.

Die Zustimmung zum Subsidiaritätsprinzip, also dem Grundsatz, dass die Kompetenzen der Europäischen Union sich auf solche Bereiche beschränken sollen, die von den nationalen, regionalen und lokalen Regierungsinstanzen nicht auf effektive Weise geregelt werden können, liegt bei 58%. Die Bevölkerung in Griechenland (67%), Irland und Italien (beide 66%) ist am häufigsten dieser Ansicht, während die Menschen im Vereinigten Königreich am seltensten dieses Prinzip unterstützen (41%). Der Anteil der Befragten, die keine Meinung zu dieser Frage haben, ist jedoch sehr hoch und reicht von 11% in Griechenland bis zu 30% im Vereinigten Königreich.

Die Befürwortung der Einheitswährung liegt bei 59%, eine Verbesserung im Vergleich zu 55% im Herbst 2000. Die Öffentliche Meinung zur Einheitswährung wird in den Abschnitten 3.3 und 3.4 näher behandelt. 43% der EU Bürger sind der Ansicht, die Europäische Union solle erweitert werden und neue Länder aufnehmen. Die Erweiterung wird in den Abschnitten 3.5 und 3.8 näher behandelt. (Tabelle 3.2)

Die folgende Tabelle zeigt den durchschnittlichen Grad der Unterstützung für die sieben in der Umfrage behandelten Schlüsselthemen für jeden Mitgliedstaat¹³. Wie man sehen kann, ist der Grad der Unterstützung in Griechenland am höchsten und im Vereinigten Königreich am niedrigsten.

DURCHSCHNITTliche UNTERSTÜTZUNG DER SIEBEN SCHLÜSSELTHEMEN NACH LAND, IN %	
Land	Durchschnittliche Unterstützung in %
Griechenland	78
Luxemburg	73
Italien	71
Belgien	70
Die Niederlande	69
Spanien	68
Frankreich	68
Irland	67
Deutschland	66
EU15	64
Portugal	63
Finnland	61
Dänemark	60
Österreich	58
Schweden	58
Vereinigtes Königreich	44

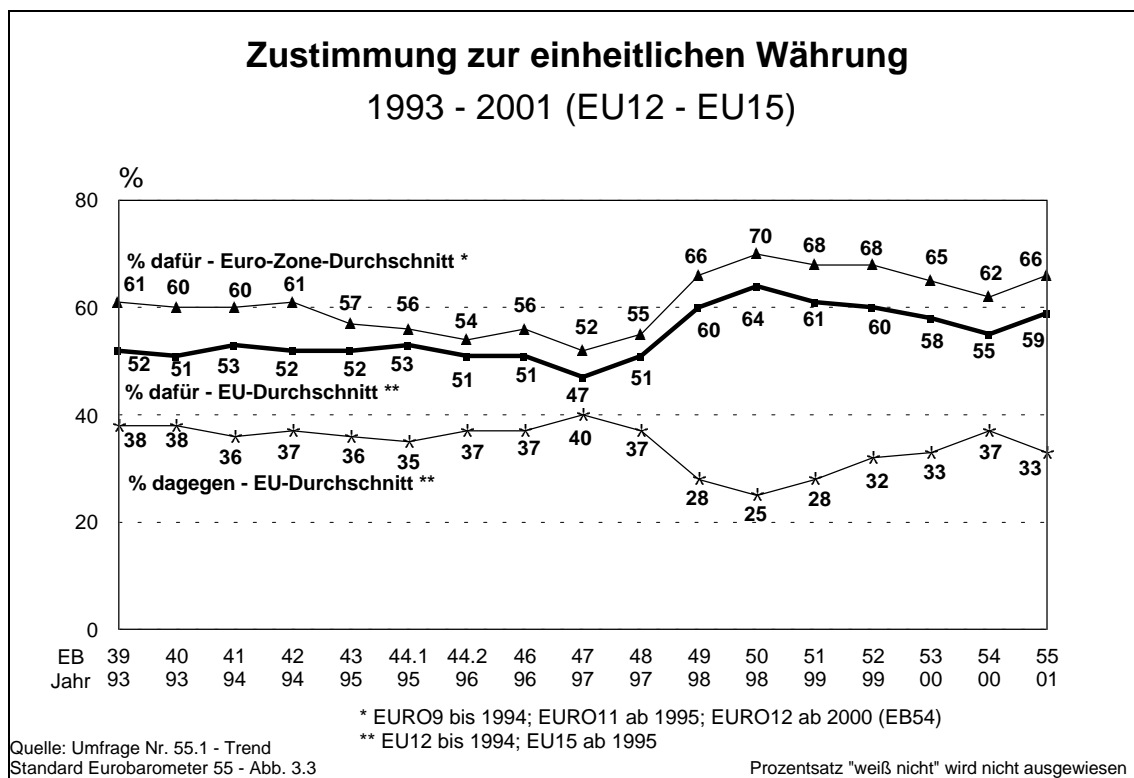
¹³ Der Leser möge beachten, dass in einigen Ländern eine geringe Unterstützungsrate einem hohen Anteil an "weiß nicht" Antworten entspricht, und nicht etwa einem hohen Anteil an ablehnenden Antworten.

3.3. Zustimmung zur Einheitswährung

Zwölf der fünfzehn Mitgliedstaaten¹⁴ haben die europäische Einheitswährung, den Euro, bereits eingeführt, und in einigen Monaten werden diese 12 Nationen Euro Banknoten und Münzen in Umlauf bringen. Nachdem Griechenland die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beitritt zur Einheitswährung erfüllt hat, ist auch dieses Land seit dem Januar 2001 Teil der Euro-Zone.

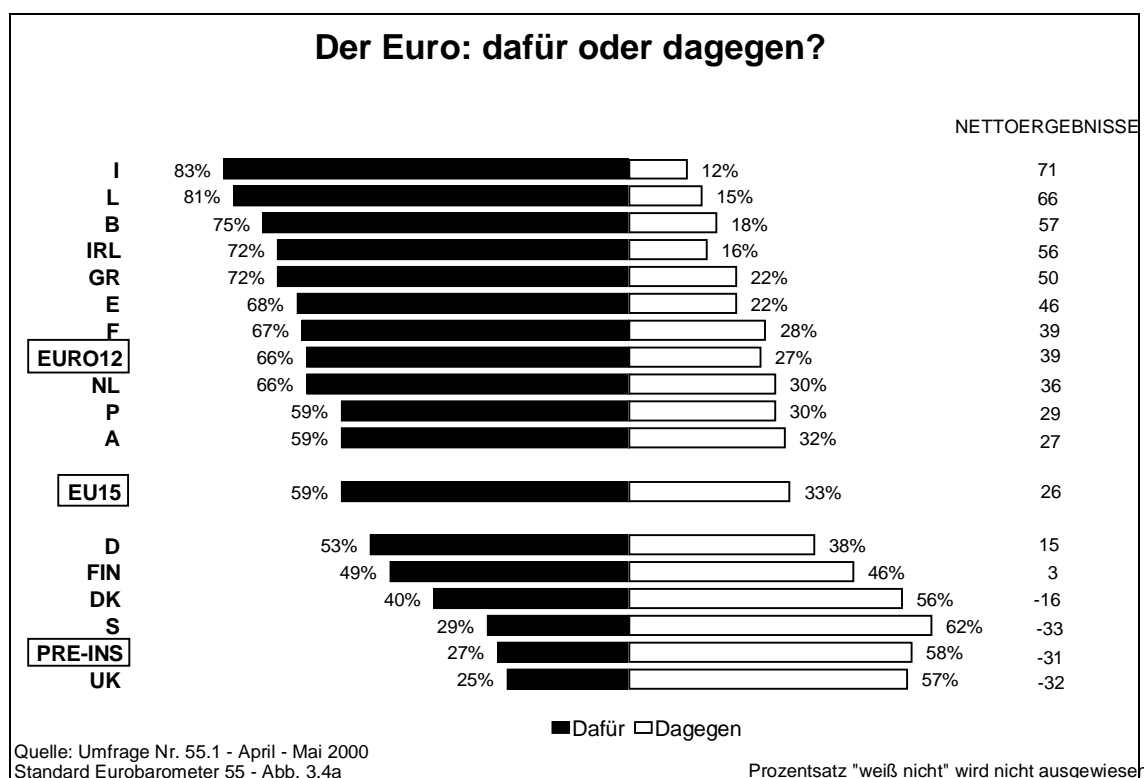
Die Ergebnisse des Eurobarometers aus dem Frühjahr 2001 zeigen, dass 59% der EU Bürger der Ansicht sind, es müsse eine Einheitswährung, den Euro, geben, welche die nationalen Währungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ersetzt, während 33% der EU Bürger gegenteiliger Ansicht sind. Die übrigen 9% geben keine Meinung dazu an. Die Unterstützung des Euro ist in den „EURO 12“ Ländern wesentlich höher als in den drei anderen Ländern (66% zu 27%).

Das folgende Diagramm zeigt, wie sich die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Euro seit der ersten Messung durch das Eurobarometer im Jahre 1993 entwickelt hat.



Wie man sehen kann, ist die Unterstützung durch die Öffentlichkeit kurz vor dem 1. Januar 1999, dem Datum der Einführung des Euro, stark angestiegen, mit einem Hoch von 64% im Herbst 1998. Die Unterstützung sank dann auf ein Tief von 55% im Herbst 2000. Während der Euro der europäischen Wirtschaft die erwarteten Vorteile bringt, ist sein Wert im Vergleich zu ausländischen Währungen wie dem amerikanischen US Dollar und dem Pfund Sterling seit seiner Einführung deutlich gefallen, obwohl er über die letzten Monate wieder etwas an Wert gewonnen hat. Diese subjektiv empfundene Schwäche des Euro könnte das Zögern eines Teils der Öffentlichkeit (33%) erklären, wenn es darum geht, die eigenen Währung aufzugeben. Dennoch zeigt die letzte Umfrage, dass die Unterstützung des Euro sich seit Herbst 2000 um 4 Prozentpunkte verbessert hat, die Ablehnungen sind im selben Umfang zurückgegangen.

¹⁴ Es handelt sich um Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien. Im Folgenden wird diese Gruppe als „EURO 12“ Länder bezeichnet. Die drei Länder außerhalb der Euro-Zone sind Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich. Diese werden als „pre-in“ Länder bezeichnet.

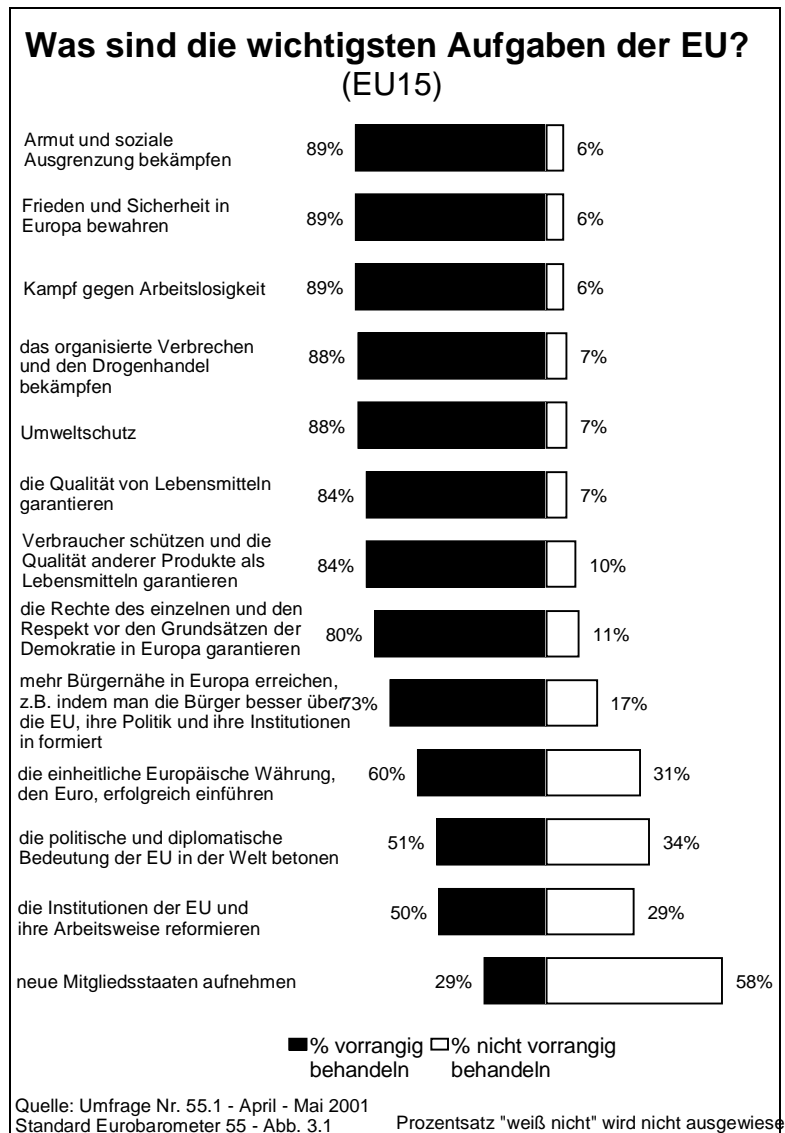


Das oben stehende Diagramm zeigt, dass die Unterstützung für den Euro innerhalb der „EURO 12“ Länder in Italien (83%) und Luxemburg (81%) am höchsten ist, gefolgt von 70% der Personen, die ihn in Belgien, Irland und Griechenland befürworten. In Spanien, Frankreich und den Niederlanden unterstützen mehr als sechs von zehn Personen den Euro, während dies für mehr als fünf von zehn Personen in Portugal, Österreich und Deutschland der Fall ist. Finnland ist das einzige „EURO 12“ Land, in dem knapp weniger als 50% der Bevölkerung den Euro befürworten, obwohl auch hier wie in allen anderen Ländern die Befürworter den Gegnern zahlenmäßig überlegen sind.

Innerhalb der „pre-in“ Länder ist die Unterstützung in Dänemark am höchsten (40%), während im Vereinigten Königreich und Schweden weniger als drei von zehn Personen für den Euro sind. In allen drei Ländern ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung gegen den Euro.

Eine Analyse der Veränderungen seit dem Herbst 2000 in den „EURO 12“ Ländern zeigt, dass die Unterstützung in vielen Ländern zugenommen hat. Die deutlichsten Erhöhungen sind in Deutschland, Österreich und Luxemburg fest zu stellen (alle +6), gefolgt von Frankreich (+5), Italien und Finnland (beide +4), Belgien und Irland (beide +3). In den Niederlanden, Griechenland und Spanien wurden keine bedeutenden Veränderungen gemessen. Portugal ist das einzige Land, in dem eine Erhöhung des Anteils an Gegnern registriert wurde (+4), obwohl auch der Anteil der Befürworter sich hier erhöht hat (+2), der Anteil der „weiß nicht“ Antworten ging entsprechend zurück.

Wenn wir die „pre-in“ Länder betrachten, stellen wir fest, dass die Bevölkerung des Vereinigten Königreiches den Euro jetzt wesentlich häufiger unterstützt (+4), während der Anteil der Gegner um 6 Prozentpunkte gefallen ist. Der Anteil der Befürworter ist auch in Schweden gestiegen (+3), während in Dänemark keine deutlichen Veränderungen gemessen wurden. (Tabelle 3.3a)

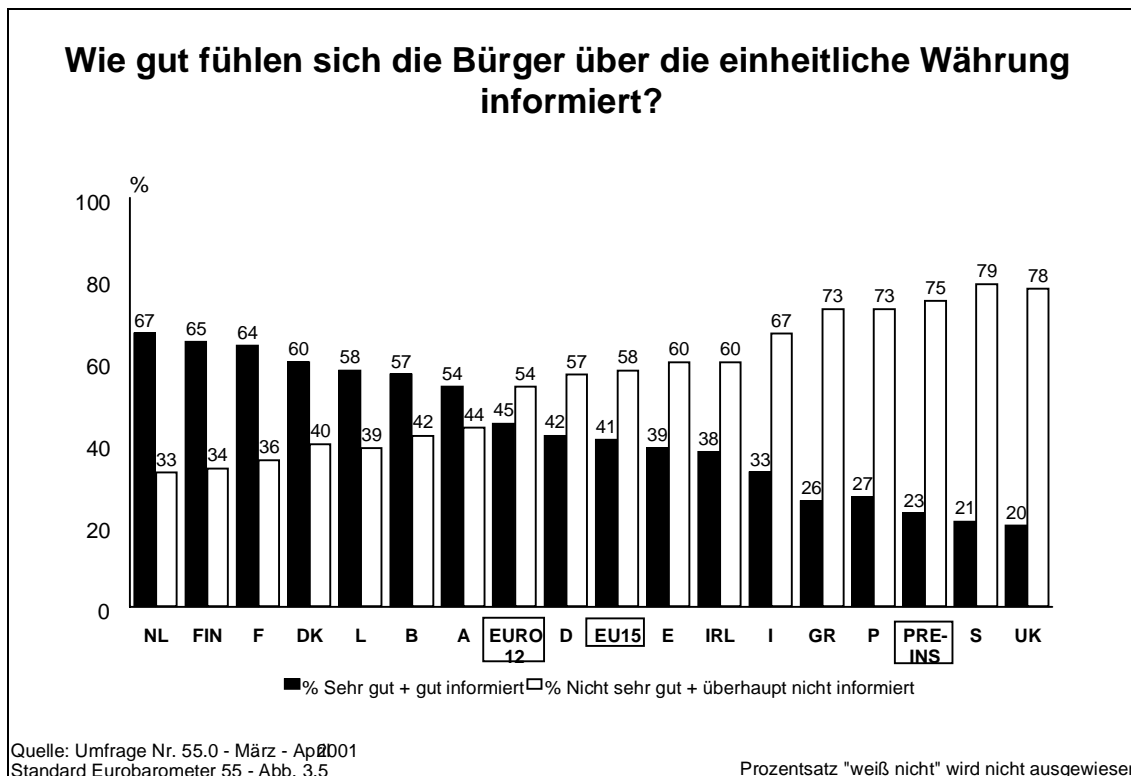


Innerhalb der verschiedenen demografischen Gruppen in der Bevölkerung ist die Unterstützung des Euros am höchsten bei den Selbständigen (70%), bei solchen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (69%) und bei Studenten (67%). Der Anteil der Gegner ist unter den Arbeitern und Menschen im Ruhestand am größten (beide 39%).

Bei der Analyse der Einstellungen zum Euro stellen wir fest, dass eine breite Kluft besteht zwischen der Unterstützung solcher, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten (81%) und der Unterstützung solcher, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen (20%). (Tabelle 3.3b)

3.4. Informationen über die Einheitswährung¹⁵

Im Frühjahr 2001 fühlen sich 41% der EU Bürger sehr gut oder gut über die Einheitswährung informiert. 58% der Befragten geben an, sie fühlen sich nicht gut informiert. Das übrige Prozent gibt keine Meinung an. Es geben jetzt weniger Menschen an, sich informiert zu fühlen, als im Herbst 2000, als 45% eine positive Antwort gaben.



Die Länderanalyse zeigt, dass die Menschen in den „EURO 12“ Ländern sich häufiger gut informiert fühlen (45%) als die Menschen in den „pre-in“ Ländern (23%). In den „EURO 12“ Ländern stellen wir fest, dass die Menschen in den Niederlanden (67%) sich am häufigsten gut informiert fühlen, gefolgt von den Menschen in Finnland (65%), Frankreich (64%), Luxemburg (58%) und Belgien (57%). Die Bevölkerung in Portugal (27%) und Griechenland (26%) fühlt sich weiterhin am wenigsten gut informiert. In allen anderen „EURO 12“ Ländern fühlt sich mindestens ein Drittel der Bevölkerung gut informiert.

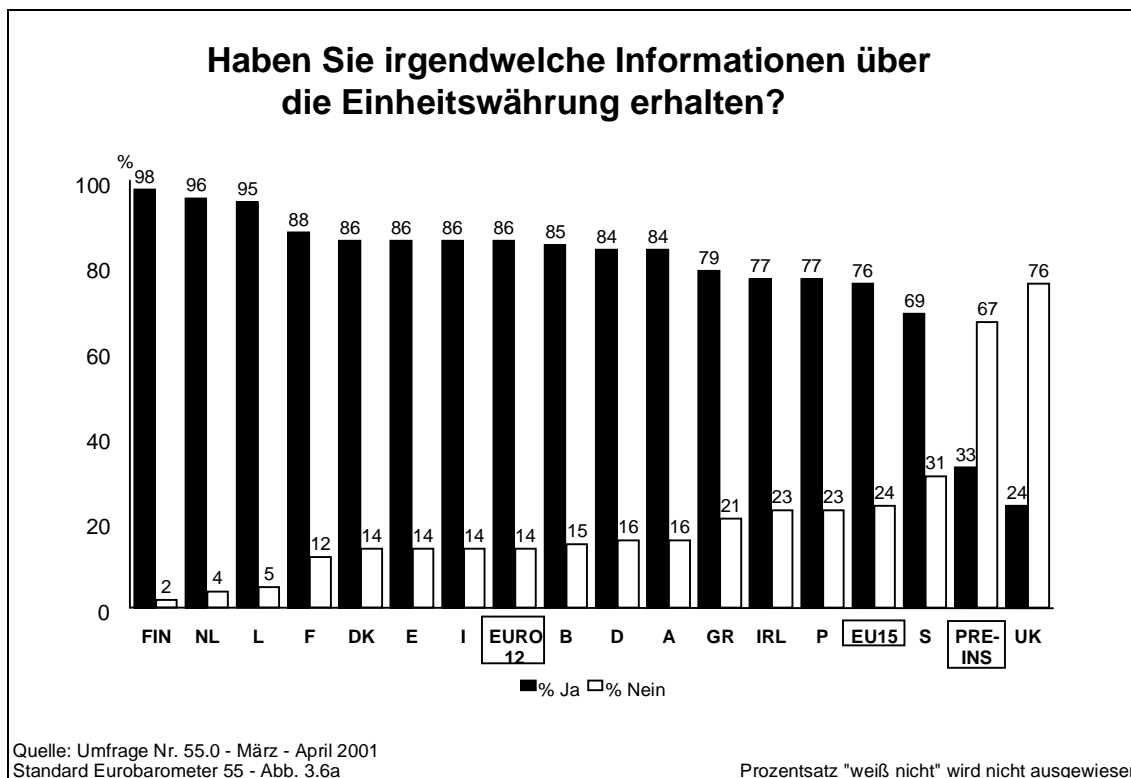
Im Vergleich zum Herbst 2000 stellen wir fest, dass Frankreich (+8) und Finnland (+3) die beiden einzigen „EURO 12“ Länder sind, in denen sich der Anteil derer, die sich informiert fühlen, deutlich erhöht hat. Die größte Abnahme wurde in Deutschland (-12) und Luxemburg (-9) festgestellt, gefolgt von Österreich, Spanien, Irland (alle -6), Belgien (-5) und Italien (-4). In den übrigen 3 „EURO 12“ Ländern wurden keine bedeutenden Veränderungen gemessen. Wenn wir die Veränderungen zwischen Frühjahr und Herbst 2000 analysieren und sie mit den jüngsten Veränderungen vergleichen, stellen wir fest, dass in den „EURO 12“ Ländern der Anteil derer, die sich gut informiert fühlen, von einer Periode zur nächsten stark variiert, und dass es in den meisten dieser Länder keinen nachhaltigen Trend gibt.

Wenn wir nun die „pre-in“ Länder betrachten, stellen wir fest, dass 60% der Bevölkerung in Dänemark sich sehr gut informiert fühlen. Dies ist eine deutliche Verschlechterung im Vergleich zum Herbst 2000 (-7), als die Empfindungen der Bevölkerung durch die Informationen über den Euro, die sie zur Vorbereitung auf das bevorstehende Euro Referendum im September 2000 erhalten hatte, stark beeinflusst wurden. Im Vereinigten Königreich und Schweden fühlen sich nur zwei von zehn Menschen gut über den Euro informiert. In beiden Ländern ist der Anteil derer, die sich gut informiert fühlen, jetzt deutlich geringer als im Herbst 2000. (Tabelle 3.4a)

¹⁵ Die in diesem Abschnitt behandelten Fragen wurden in der ersten Umfrage des Eurobarometers 55 zwischen dem 5. März und dem 24. April 2001 gestellt.

Die demografische Analyse zeigt, dass Männer sich wesentlich häufiger gut über den Euro informiert fühlen als Frauen (48% zu 34%). Innerhalb der verschiedenen Altersgruppen fühlen sich Menschen im Alter von 40 bis 54 Jahren am häufigsten gut informiert (45%), während sich Menschen im Alter von 55 Jahren und älter am seltensten gut informiert fühlen (36%). Der Anteil derer, die sich gut informiert fühlen, hängt stark vom Alter ab, in dem die Menschen die Vollzeitausbildung abgeschlossen haben. Nur 26% derer, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben, fühlen sich gut informiert, verglichen mit 59% derer, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben. Innerhalb der verschiedenen Berufsgruppen fühlen sich Führungspersonen am häufigsten gut informiert (59%), während nur 29% der Hausfrauen/männer sich gut informiert fühlen.

Das folgende Diagramm veranschaulicht, dass drei von vier EU Bürgern angeben, Informationen über den Euro erhalten zu haben.

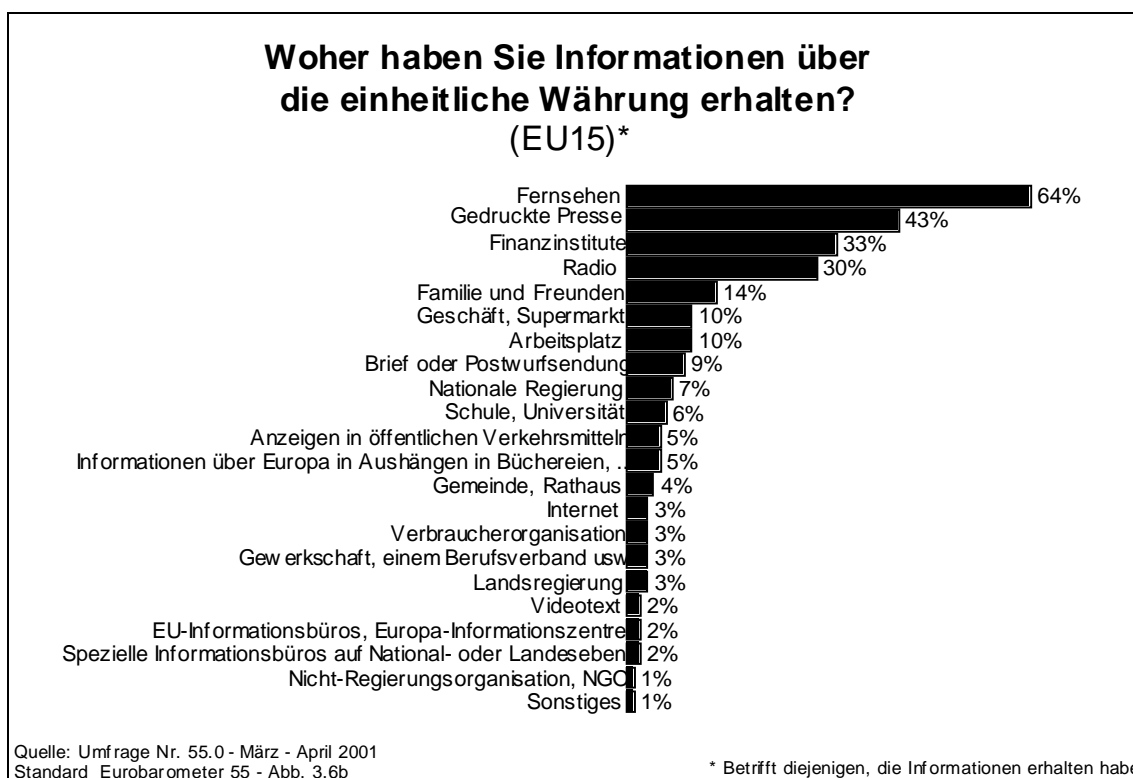


In allen "EURO 12" Ländern geben mindestens drei von vier Personen an, Informationen über den Euro erhalten zu haben. Die Werte reichen von 77% in Portugal und Irland bis zu 98% in Finnland.

In den meisten "EURO 12" Ländern hat sich der Anteil derer, die Informationen über den Euro erhalten haben, nicht verändert. In Portugal jedoch wurde ein deutlicher Anstieg des Anteils derer, die Informationen erhalten haben, festgestellt (+16). Während dies erklären könnte, warum die Portugiesen sich jetzt etwas häufiger gut über den Euro informiert fühlen, unterstützen die Entwicklungen in den anderen Ländern diese Hypothese nicht. In einigen Ländern hat sich der Anteil derer, die sich gut informiert fühlen, verringert, obwohl der Anteil derer, die Informationen erhalten haben, gleich geblieben ist, oder sich sogar erhöht hat.

Innerhalb der "pre-in" Länder geben 86% der dänischen Befragten an, Informationen über den Euro erhalten zu haben, im Vergleich zu 100% im Herbst 2000. Vor dem Referendum im September 2000 haben alle Dänen von ihrer Kommunalverwaltung Informationen zum Euro erhalten. Die jüngsten Ergebnisse zeigen jedoch, dass nur 3% der Dänen angeben, von ihrer Kommunalverwaltung Informationen über den Euro erhalten zu haben. In Schweden geben 69% an, Informationen über den Euro erhalten zu haben, verglichen mit 73% im Herbst 2000. Nur 24% der Menschen im Vereinigten Königreich haben Informationen über die Einheitswährung erhalten, ein Rückgang um 3 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2000.

Wie das folgende Diagramm zeigt, geben die Menschen am häufigsten an, ihre Informationen über den Euro durch das Fernsehen erhalten zu haben (64%), ein Anstieg um 5 Prozentpunkte seit dem Herbst 2000. 43% der Befragten geben an, Informationen durch die Printmedien erhalten zu haben (+4) und 33% sagen, sie hätten durch Finanzinstitute Informationen erhalten (-2). Drei von zehn der Befragten geben an, Informationen durch das Radio bekommen zu haben (+4). Alle anderen im Fragebogen aufgelisteten Quellen liegen bei weniger als zwei von zehn Befragten¹⁶.



Die nächste Tabelle zeigt, dass Fernsehen, Printmedien und Finanzinstitute in den „EURO 12“ Ländern die drei am häufigsten genannten Quellen sind, ausgenommen Griechenland, Spanien, Italien, Luxemburg und Portugal. In diesen Ländern ist das Radio anstelle der Finanzinstitute eine der drei am häufigsten genannten Quellen, ausgenommen in Portugal, wo Familie und Freunde an dritter Stelle stehen. Logischerweise stehen Finanzinstitute auch in den drei „Pre-in“ Ländern nicht an erster, zweiter oder dritter Stelle. In diesen Ländern steht das Radio an dritter Stelle. Während es zwischen den Ländern wenig Unterschiede in den Angaben über die Quellen, welche die ersten drei Plätze belegen gibt, gibt es doch große Unterschiede im Anteil derer, die angeben, Informationen von jeder dieser Quellen erhalten zu haben. (Siehe auch Tabelle 3.5)

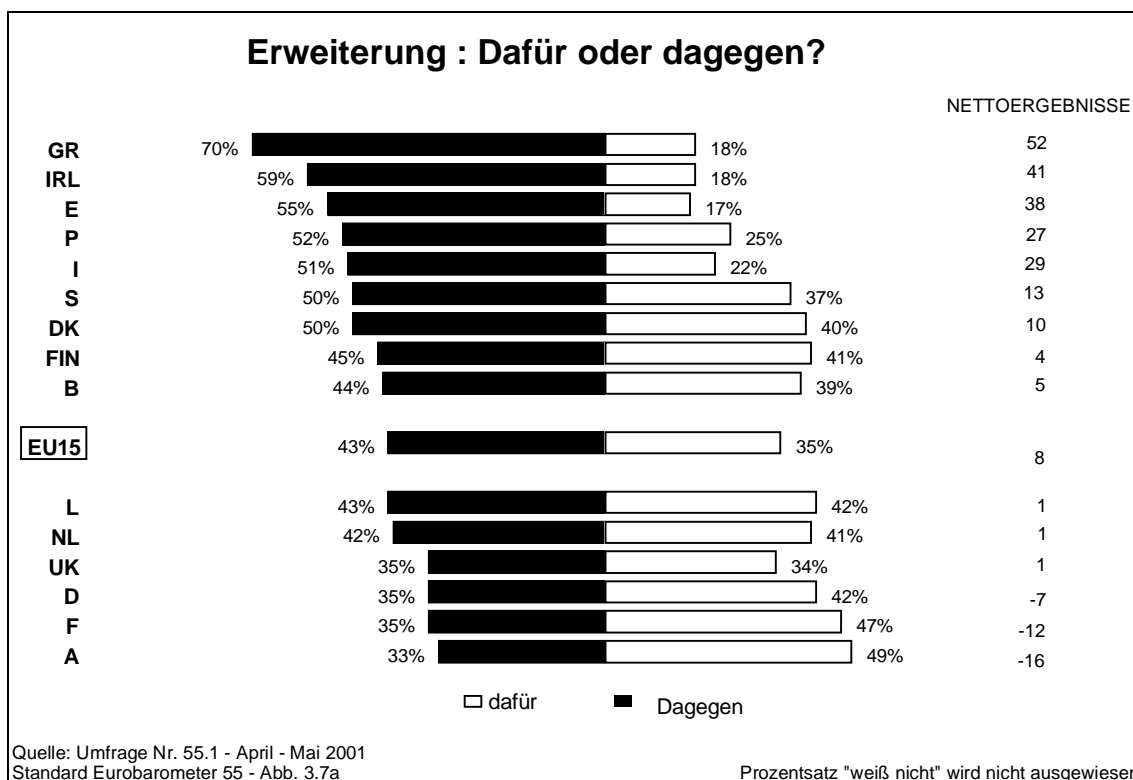
¹⁶ Die Gesamtzahl der Antworten ist größer als der Anteil der Menschen, die Informationen erhalten haben, weil die Befragten jede der ihnen vorgelegten Quellen, von denen sie Informationen erhalten haben, wählen konnten. Die Ergebnisse aus dem Herbst 2000 finden Sie in Tabelle 5.6 des Eurobarometer Berichts Nr. 54.

DIE DREI AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN QUELLEN, VON DENEN DIE MENSCHEN INFORMATIONEN ÜBER DEN EURO ERHALTEN HABEN (IN %, NACH MITGLIEDSTAAT)			
Belgien		Luxemburg	
Fernsehen	65	Fernsehen	79
Finanzinstitute	54	Gedruckte Presse	62
Gedruckte Presse	46	Radio	62
Dänemark		Die Niederlande	
Fernsehen	79	Fernsehen	86
Gedruckte Presse	61	Finanzinstitute	66
Radio	47	Gedruckte Presse	64
Deutschland		Österreich	
Fernsehen	68	Fernsehen	59
Gedruckte Presse	56	Gedruckte Presse	52
Finanzinstitute	41	Finanzinstitute	50
Griechenland		Portugal	
Fernsehen	68	Fernsehen	69
Gedruckte Presse	35	Gedruckte Presse	27
Radio	24	Freunde und Familie	21
Spanien		Finnland	
Fernsehen	77	Fernsehen	80
Gedruckte Presse	34	Gedruckte Presse	75
Radio	34	Finanzinstitute	47
Frankreich		Schweden	
Fernsehen	73	Fernsehen	62
Finanzinstitute	63	Gedruckte Presse	50
Gedruckte Presse	44	Radio	35
Irland		Vereinigtes Königreich	
Fernsehen	42	Fernsehen	18
Finanzinstitute	39	Gedruckte Presse	13
Gedruckte Presse	30	Radio	6
Italien			
Fernsehen	74		
Gedruckte Presse	48		
Radio	24		

3.5. Zustimmung zur Erweiterung

Die Europäische Union plant, sich in Richtung Süden und Osten zu erweitern. Neue Länder sollten in ein paar Jahren in der Lage sein, der Union beizutreten. 13 Bewerberstaaten bewerben sich derzeit um den Beitritt zur Europäischen Union¹⁷.

Wie bereits in Abschnitt 3.2 erwähnt, sind 43% der Befragten der Ansicht, die Europäische Union solle erweitert werden und neue Länder aufnehmen, 35% sind nicht dieser Ansicht und 23% haben dazu keine Meinung.



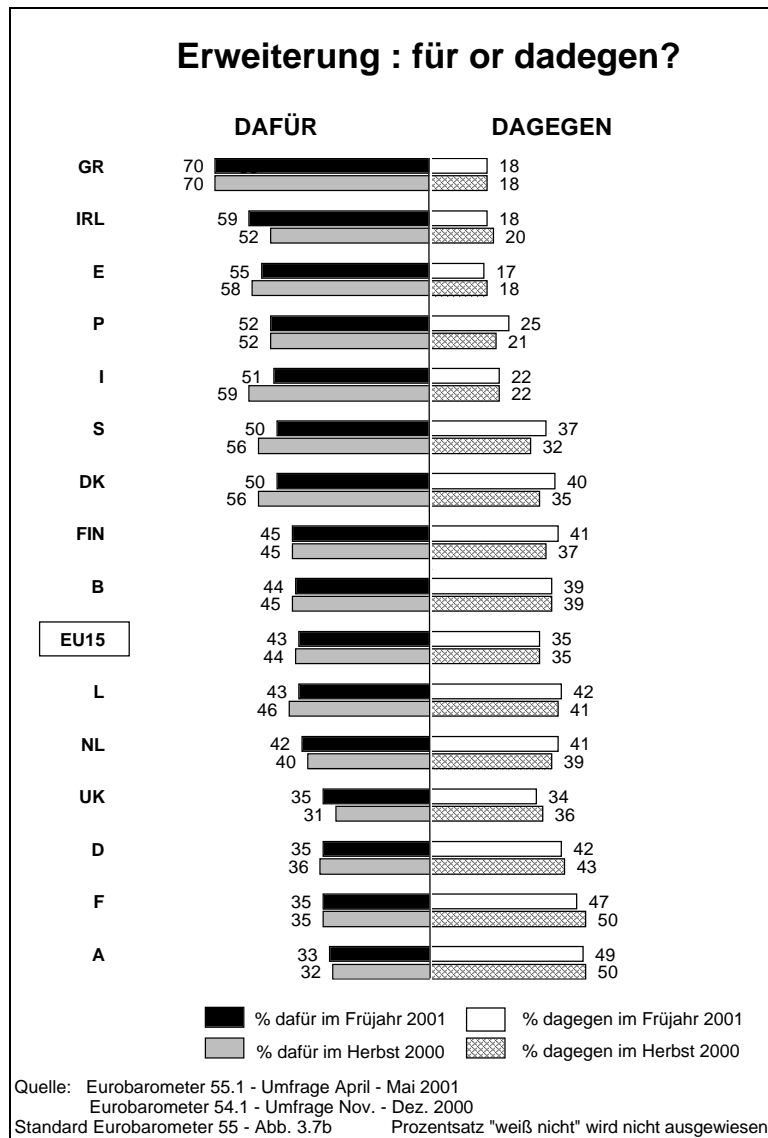
Die Länderanalyse zeigt, dass die Zustimmung zur Erweiterung in Griechenland am weitesten verbreitet ist (70%), mit einigem Abstand gefolgt von Irland (59%)¹⁸, Spanien (55%), Portugal (52%), Italien (51%), Schweden und Dänemark (beide 50%). In Österreich (49%) und Frankreich (47%) gibt es den höchsten Anteil von Menschen, die die Erweiterung ablehnen.

Seit dem Herbst 2000 hat sich der Anteil derer, die die Erweiterung unterstützen, in Irland (+7) und dem Vereinigten Königreich (+4) deutlich erhöht, während der Anteil der Gegner sich in Frankreich deutlich verringert hat (-3). In Dänemark und Schweden ist der Anteil derer, die für die Erweiterung sind, deutlich gesunken (-6). Auch in Italien (-8), Spanien und Luxemburg (beide -3) ist eine Abnahme des Anteils der Befürworter gemessen worden, aber im Unterschied zu Dänemark und Schweden wurde in diesen Ländern kein deutlicher Zuwachs im Anteil der Gegner festgestellt. Portugal und Finnland (beide +4) sind die einzigen anderen Länder außer Dänemark und Schweden, in denen der Anteil der Gegner gestiegen ist. (Tabelle 3.6a)

¹⁷ Die 13 Bewerberstaaten sind Bulgarien, Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und die Türkei. Die EU steht mit den ersten 12 erwähnten Ländern in Verhandlungen für den Beitritt.

Für mehr Informationen zur Erweiterung, gehen Sie bitte zu:
<http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/index.htm>.

¹⁸ Die Öffentlichkeit in Irland lehnte den Vertrag von Nizza in einem Referendum am 7. Juni 2001 ab, allerdings war die Beteiligung an dieser Volksentscheidung mit 34% sehr gering. Die Umfrage des EB55.1 wurde in Irland zwischen dem 16. April und dem 11. Mai 2001 durchgeführt.



Die unterschiedlichen Ergebnisse für Frauen und Männer können hauptsächlich dadurch erklärt werden, dass Frauen häufiger keine Meinung angeben. Es gibt jedoch wirkliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen. In der jüngsten Altersgruppe, also Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren, ist der Anteil derer, die die Erweiterung unterstützen, wesentlich größer als in der Gruppe derer im Alter von 55 Jahren und älter (49% zu 38%). Der Anteil der Befürworter ist unter den Studenten am höchsten (53%) und unter Menschen im Ruhestand am niedrigsten (36%).

Die Analyse der Einstellungen zeigt, dass 59% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten, auch für die Erweiterung sind, verglichen mit nur 20% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen.

Die folgende Tabelle zeigt, dass es zwischen der Gruppe derer, die ein Scheitern der Europäischen Union sehr bedauern würden, und der Gruppe derer, die dadurch sehr erleichtert wären, sogar noch mehr polarisierte Ansichten über die Erweiterung gibt. (Siehe auch Tabelle 3.6b)

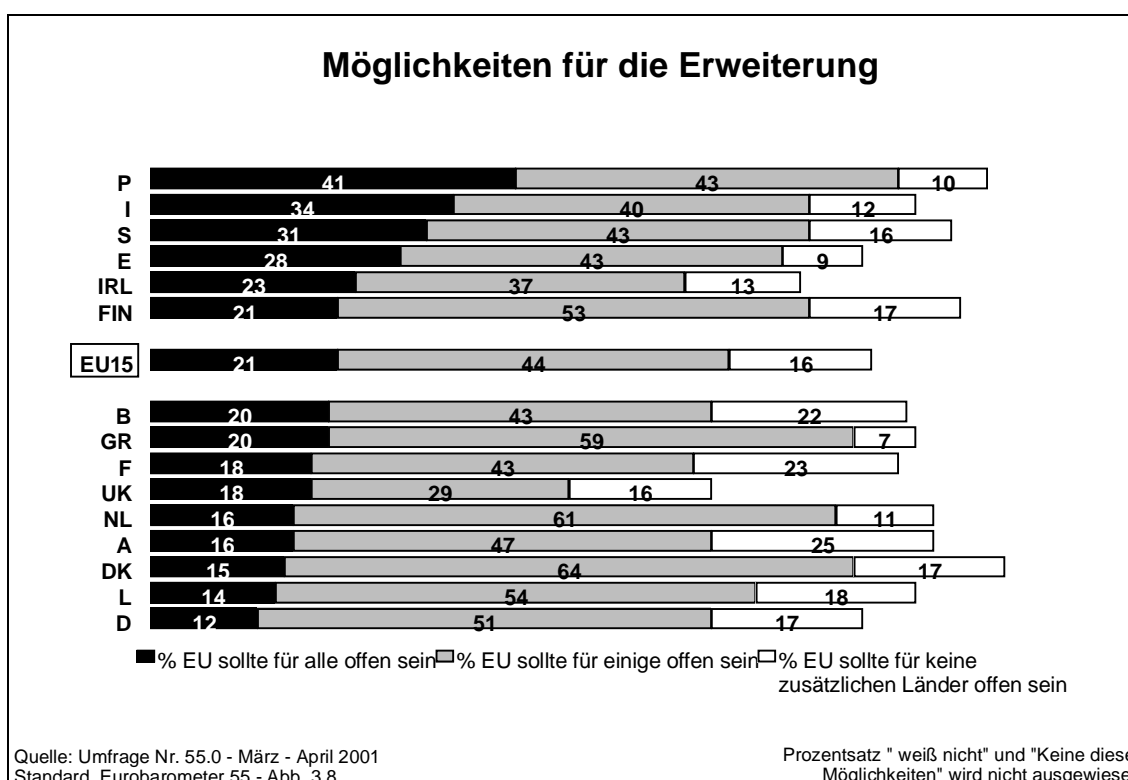
Zusammenhang zwischen der Befürwortung der Erweiterung und der Reaktion auf ein Scheitern der EU			
	Reaktion auf ein Scheitern der EU		
	Sehr bedauern	Gleichgültig	Sehr erleichtert
	%	%	%
Für die Erweiterung	63	40	19
Gegen die Erweiterung	21	36	67
Weiß nicht	16	24	15
<i>Gesamt</i>	100	100	101

Die Grundfrage "Für oder gegen die Erweiterung" zieht die Tatsache, dass die 13 Bewerberstaaten nicht gleichzeitig der Union beitreten werden, nicht in Betracht. Daher wurde eine andere Frage, die die Zustimmung zur Erweiterung messen soll in die erste Umfrage des Eurobarometer 55 aufgenommen. Es wurde gefragt:

"Welche der drei Möglichkeiten würden Sie für die nahe Zukunft der EU vorziehen?"

- a) *Die Europäische Union sollte bei der Erweiterung alle Staaten aufnehmen, die ihr beitreten möchten*
 - b) *Die Europäische Union sollte bei der Erweiterung nur einige der Staaten aufnehmen, die ihr beitreten möchten*
 - c) *Die Europäische Union sollte überhaupt nicht um weitere Staaten erweitert werden*
- Keine der genannten (spontane Antwort)*
Weiß nicht"

Die von den meisten EU Bürgern bevorzugte Möglichkeit ist die, dass die Europäische Union nur einige der Staaten aufnehmen sollte, die ihr beitreten möchten. 44% der EU Bürger teilen diese Ansicht, während 21% eine unbegrenzte Aufnahme neuer Länder bevorzugen. Nur 16% sind der Ansicht, die EU solle überhaupt keine neuen Länder aufnehmen. Diese Ergebnisse zeigen, dass der Anteil der Gegner der Erweiterung, wenn man den Befragten spezifischere Antwortmöglichkeiten gibt, bei weitem nicht so hoch ist, als wenn sie nur angeben können, dafür oder dagegen zu sein.



Die Länderergebnisse zeigen, dass die Unterstützung einer unbegrenzten Erweiterung in Portugal am weitesten verbreitet ist: 41% der Befragten wählen dort diese Möglichkeit. Mit 34% in Italien und 31% in Schweden, bevorzugt ungefähr einer von drei der Befragten dies für die nahe Zukunft der EU, mehr als ein Viertel der Befragten in Spanien teilen ebenfalls diese Ansicht (28%).

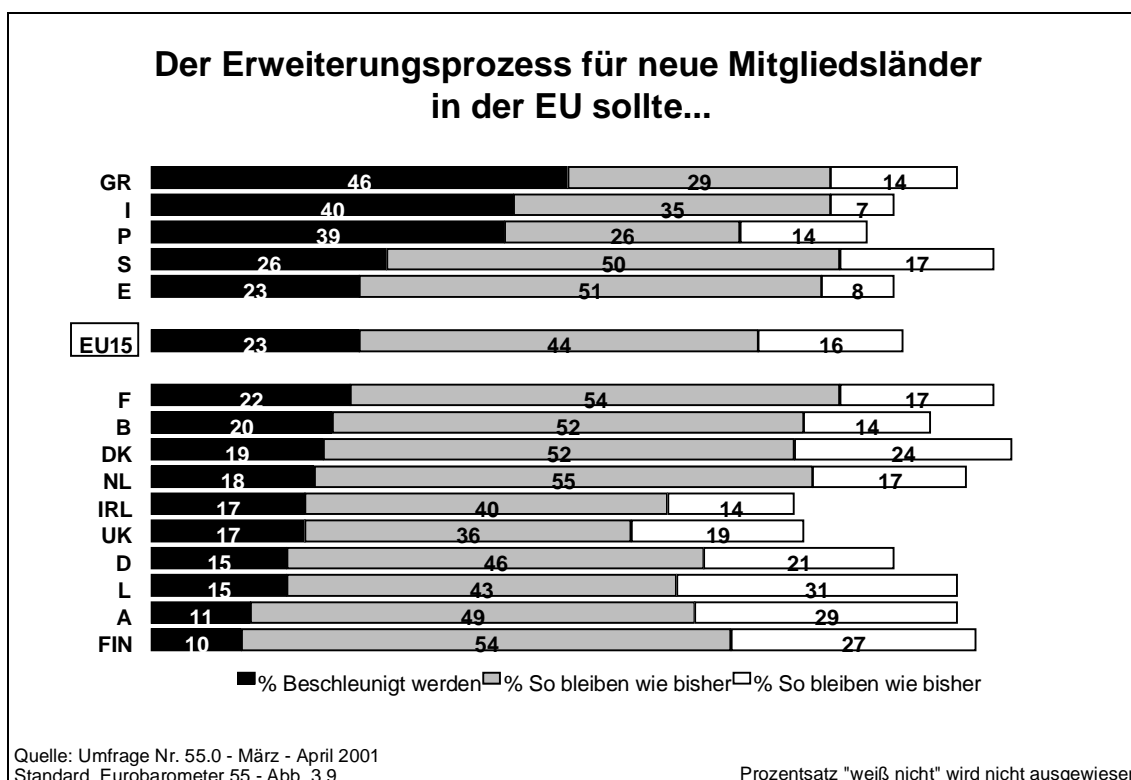
Die begrenzte Erweiterung ist in allen Mitgliedstaaten die am häufigsten gewählte Lösung für die nahe Zukunft Europas. Am häufigsten wird diese Lösung in Dänemark (64%), den Niederlanden (61%) und Griechenland (59%) angegeben. In Luxemburg (54%), Finnland (53%) und Deutschland (51%) teilen mehr als die Hälfte der Befragten diese Ansicht.

Österreich (25%), Frankreich (23%) und Belgien (22%) sind die einzigen drei Mitgliedstaaten, in denen mehr als 2 von 10 der Befragten der Ansicht sind, die Europäische Union solle überhaupt keine neuen Länder aufnehmen. Der Anteil der „weiß nicht“ Antworten reicht von 3% in Dänemark bis zu 31% im Vereinigten Königreich. (Tabelle 3.7a)

In der demografischen Analyse stellen wir fest, dass die Befürwortung einer unbegrenzten Erweiterung von 18% derer im Alter von 55 Jahren und älter (inklusive Menschen im Ruhestand) bis zu 26% der Studenten reicht. Die Zustimmung für eine begrenzte Erweiterung ist unter Führungspersonen die am häufigsten angegebene Antwort (57%) und unter Hausfrauen und –männern die am seltensten angegebene Antwort (35%). Die Ablehnung jeglicher Erweiterung reicht von 9% unter Studenten bis zu 20% unter Menschen im Ruhestand. Der Anteil derer, die mit keiner der drei Lösungen einverstanden ist, ist in allen demografischen Gruppen sehr niedrig. Der Anteil der „weiß nicht“ Antworten reicht von 6% der Selbständigen bis zu 24% der Hausfrauen/männer.

Vergleicht man diese Ergebnisse mit den Ergebnissen für die Frage, ob der Erweiterungsprozess für neue Mitgliedsländer beschleunigt, gleich bleiben oder verlangsamt werden sollte, dann stellt man fest, dass die begrenzte Erweiterung von allen drei Gruppen bevorzugt wird. Dennoch sind, wie zu erwarten, diejenigen, die einen beschleunigten Erweiterungsprozess wünschen, wesentlich häufiger für eine unbegrenzte Erweiterung (37%), als diejenigen, die einen verlangsamen Erweiterungsprozess wünschen (11%). (Tabelle 3.7b)

Als nächstes betrachten wir die Ergebnisse für die Frage nach der Geschwindigkeit der Erweiterung im Einzelnen. 44% der Befragten geben an, der Prozess solle gleich bleiben, 23% wünschen einen beschleunigten Prozess und 17% geben keine Meinung an.



Die Länderanalyse zeigt, dass die Befragten in Griechenland (46%), Italien (40%) und Portugal (39%) am häufigsten angeben, der Erweiterungsprozess solle beschleunigt werden. In allen anderen Ländern sind die Menschen am häufigsten der Ansicht, der Prozess solle so bleiben, wie er ist. In den Niederlanden (55%), Frankreich, Finnland (beide 54%), Belgien, Dänemark (beide 52%), Spanien (51%) und Schweden (50%) geben dies mindestens die Hälfte der Befragten an. Die Ansicht, der Erweiterungsprozess solle verlangsamt werden, ist am häufigsten in Luxemburg (31%), Österreich (29%), Finnland (27%), Dänemark (24%) und Deutschland (21%) vertreten. In allen anderen Ländern wünschen weniger als 2 von 10 der Befragten einen verlangsamten Erweiterungsprozess. (Tabelle 3.8a)

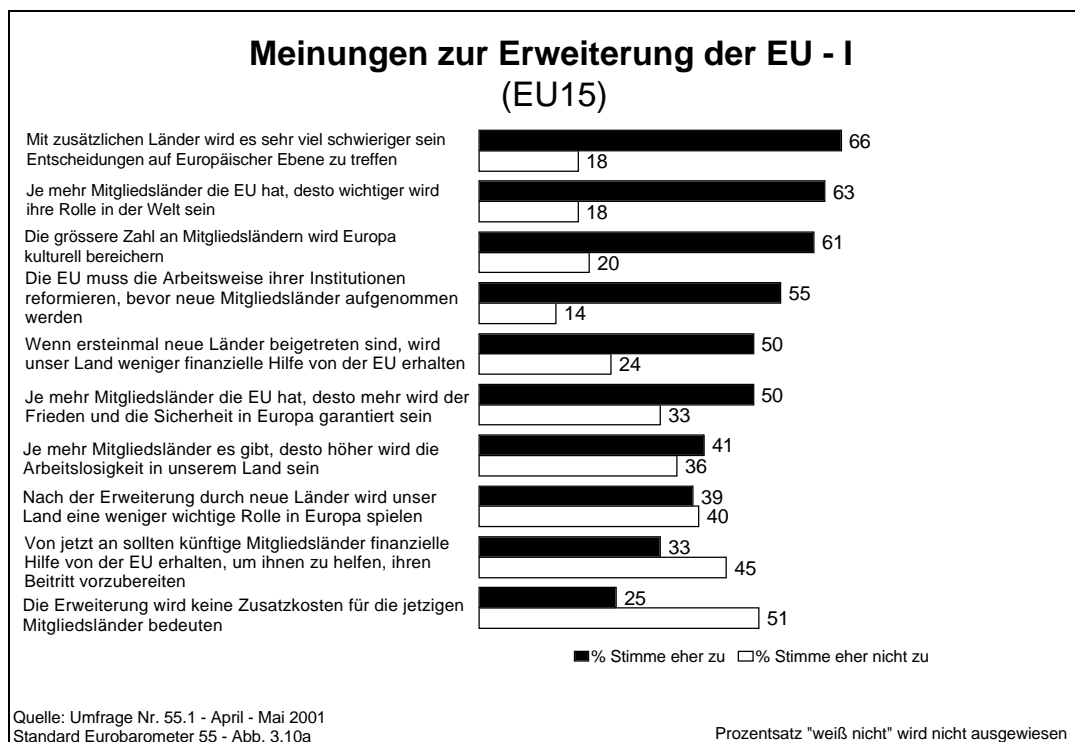
In der demografischen Analyse stellen wir fest, dass der Anteil derer, die eine beschleunigte Erweiterung wünschen, von 19% bei Menschen im Alter von 55 Jahren und älter bis zu 30% bei Studenten reicht. In allen demografischen Gruppen wünschen weniger als 20% einen verlangsamten Erweiterungsprozess.

Auch hier stellen wir fest, dass die gleichbleibende Geschwindigkeit des Erweiterungsprozesses die am häufigsten gewählte Lösung ist, egal, ob die Menschen der Ansicht sind, die Erweiterung solle unbegrenzt sein, oder es solle überhaupt keine Erweiterung geben. Dennoch zeigt sich, dass unter denen, die eine unbegrenzte Erweiterung bevorzugen, 40% einen beschleunigten Erweiterungsprozess wünschen, während 33% derer, die gegen eine Erweiterung sind auch der Ansicht sind, der Prozess solle verlangsamt werden. (Tabelle 3.8b)

3.6. Einstellungen zur Erweiterung

Obwohl es in der Öffentlichkeit einen gewissen Grad an Zögerlichkeit gibt, sind viele doch der Ansicht, die Erweiterung habe einige positive Seiten.

Die Mehrheit der EU Bürger ist der Ansicht, die Union würde eine wichtigere Position in der Welt einnehmen, wenn sie mehr Länder umfasste (63%), während nur 39% glauben, ihr eigenes Land werde durch die Erweiterung eine weniger wichtige Position einnehmen. 61% der EU Bürger betrachten eine Union mit mehr Mitgliedstaaten als eine kulturelle Bereicherung und 50% sind der Meinung, eine erweiterte Union garantiere mehr Frieden und Sicherheit.



Viele Europäer teilen auch die offizielle Ansicht, dass die Institutionen der Union reformiert werden müssen (55%), und es gibt ebenfalls eine breite Übereinstimmung in der Sorge, dass der Entscheidungsprozess auf europäischer Ebene durch eine erweiterte EU erschwert werden könnte. (66%).

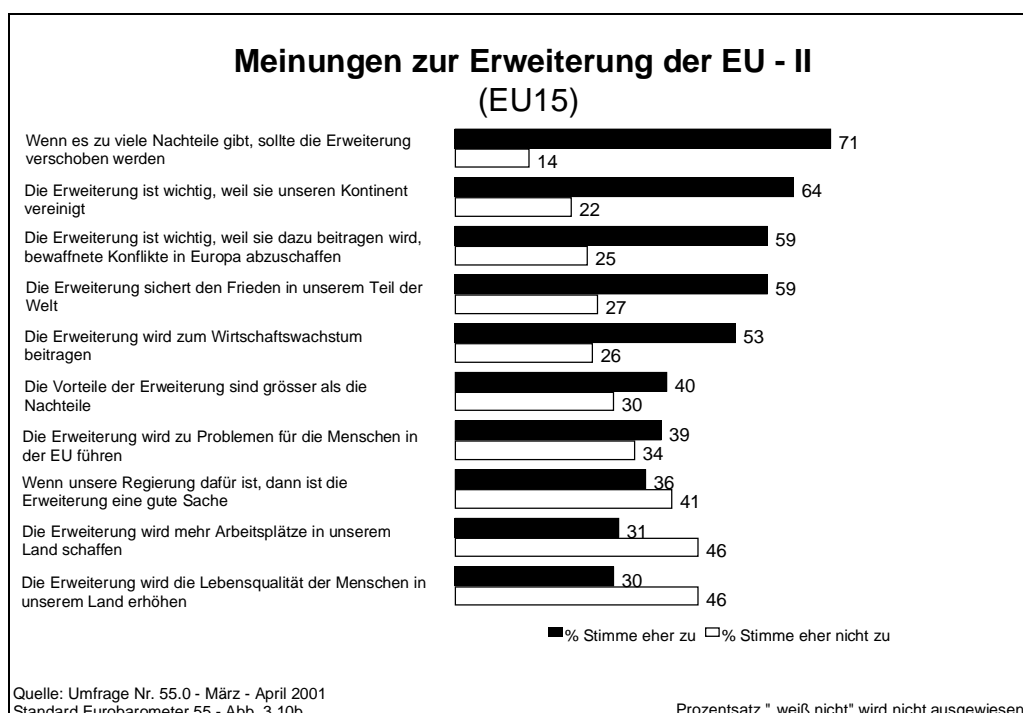
Dennoch ist es einfacher zu verstehen, warum die Erweiterung für viele Europäer ein Grund zur Sorge ist, wenn man die empfundenen wirtschaftlichen Implikationen betrachtet. 51% der EU Bürger glauben, dass die Erweiterung ihr Land mehr Geld kosten wird. Viele vermuten außerdem, dass das Budget anders aufgeteilt würde, wobei 50% der Ansicht sind, ihr Land bekäme weniger finanzielle Unterstützung, sobald neue Länder der Union beitreten. Außerdem stellen wir fest, dass relativ viele EU Bürger der Meinung sind, zukünftige Mitgliedstaaten sollten keine finanzielle Unterstützung von der Europäischen Union erhalten, um ihnen die Vorbereitung auf den Beitritt zu erleichtern (nur 33% sind der Ansicht, dies sollte geschehen). Die Ergebnisse zeigen auch, dass 41% der Europäer der Ansicht sind „je mehr Länder in der EU sind, desto mehr Arbeitslosigkeit wird es in unserem eigenen Land geben“, sie glauben also, dass die Erweiterung zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen wird.

Die folgende Tabelle zeigt die Meinungsunterschiede zwischen denjenigen, die die Erweiterung unterstützen und denjenigen, die sie ablehnen für jede einzelne Meinungshaltung.

Zusammenhang zwischen den Einstellungen zur Erweiterung und der Zustimmung zur Erweiterung		
Einstellungen zur Erweiterung:	Zustimmung zur Erweiterung	
	Dafür	Dagegen
	%	%
Positive Einstellungen:		
Die EU wird wichtiger	83	49
Es ist eine kulturelle Bereicherung	80	47
Es wird mehr Frieden und Sicherheit geben	71	32
Neue Mitglieder sollten finanziell unterstützt werden	50	21
Es wird nicht mehr kosten	35	19
Neutrale Einstellung:		
Es wird eine Reform der Institutionen geben	62	58
Negative Einstellungen:		
Es wird mehr Arbeitslosigkeit geben	31	58
Mein Land wird weniger wichtig sein	34	54
Mein Land wird weniger Unterstützung erhalten	48	63
Die Entscheidungsfindung wird schwieriger	63	78

In der ersten Umfrage des Eurobarometers 2001 wurde eine andere Reihe von Fragen, die die unterschwelligsten Einstellungen der Leute gegenüber der Erweiterung messen sollen, gestellt¹⁹. Auch hier stellen wir fest, dass die Leute die politischen Vorteile der Erweiterung erkennen. 64% der EU Bürger stimmen dem zu, dass die Erweiterung wichtig ist, weil sie unseren Kontinent vereinigt und eine Mehrheit der Menschen unterstützt die Erweiterung aufgrund von Frieden und Sicherheit. Dennoch enthüllen einige der in der zweiten Reihe von Fragen vorkommenden Punkte, dass die Einstellungen der Bürger zur Erweiterung oft recht widersprüchlich sind. In Bezug auf den wirtschaftlichen Wohlstand stellen wir fest, dass obwohl die Mehrheit der Befragten (53%) der Ansicht sind, die Erweiterung werde das wirtschaftliche Wachstum fördern, sind nur 31% der Meinung, sie werde in ihrem Land die Schaffung neuer Arbeitsplätze fördern und nur 30% glauben, sie werde eine Verbesserung der Lebensqualität der EU Bürger fördern. Ein weiterer Widerspruch liegt darin, dass 40% glauben, es werde mehr Vorteile durch die Erweiterung geben als Nachteile, und gleichzeitig glauben 39%, die Erweiterung werde für die Menschen in der Europäischen Union Probleme schaffen. Die Unsicherheit der Menschen über die Konsequenzen der Erweiterung wird deutlich, wenn man die große Anzahl derer betrachtet, die angeben, die Erweiterung solle verschoben werden, wenn sie viele Nachteile mit sich bringe (71%).

¹⁹ Die erste Umfrage dieses Eurobarometers wurde vom 5. März bis zum 24. April 2001 durchgeführt. Sie finden den vollständigen Bericht unter: <http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/eb/ebrep1/ebrep1.html>



Der Anteil der "weiß nicht" Antworten für alle Meinungen zur Erweiterung ist weiterhin wesentlich größer als für diese Umfrage normal ist, was bedeuten könnte, dass hier Raum für eine Verbesserung der öffentlichen Meinung ist (Tabellen 3.9a+b)

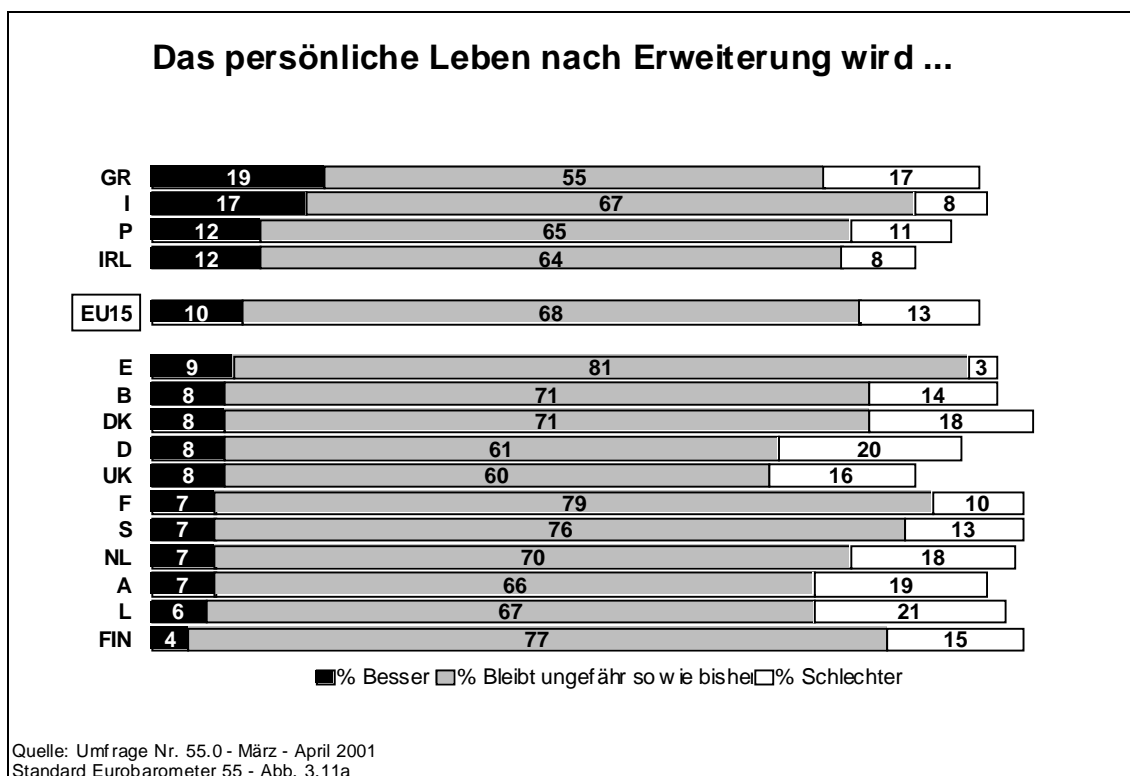
Die folgende Tabelle zeigt für die 20 oben diskutierten Punkte den durchschnittlichen Anteil positiver Meinungen zur Erweiterung²⁰. Wie man sehen kann, ist der Durchschnittswert in Griechenland am höchsten und im Vereinigten Königreich am niedrigsten.

DURCHSCHNITTLICHER ANTEIL POSITIVER MEINUNGEN ZUR ERWEITERUNG IN % (20 PUNKTE, NACH LÄNDERN)	
Land	Durchschnittlicher Anteil positiver Meinungen
Griechenland	56
Spanien	48
Italien	47
Schweden	44
Portugal	43
Dänemark	42
Frankreich	42
Luxemburg	41
EU15	41
Die Niederlande	41
Belgien	41
Irland	40
Finnland	40
Deutschland	37
Österreich	34
Vereinigtes Königreich	33

²⁰ Dieser Durchschnittswert besteht aus allen 10 Fragen, die im EB55.0 gestellt wurden und den 10 Fragen aus dem EB55.1. Er wurde durch die Errechnung des Durchschnitts für die ersten 10 Fragen und die Errechnung des Durchschnitts für die übrigen 10 Fragen errechnet, beide Ergebnisse wurden addiert und der erhaltene Wert durch zwei geteilt.

3.7. Das persönliche Leben nach der Erweiterung

Wie schon erwähnt, antworten auf die Frage, ob die Erweiterung die Lebensqualität der Menschen in ihrem Land erhöhen wird, 30% mit ja und 46% mit nein. Auf die Frage, ob das Privatleben der Menschen sich nach der Erweiterung verbessern, verschlechtern oder gleich bleiben wird, antworten die meisten der Befragten (68%), es werde gleich bleiben²¹. Dieses Ergebnis ist deshalb wichtig, weil es zeigt, dass trotz aller falschen Annahmen über die wirtschaftlichen Konsequenzen der Erweiterung die meisten Menschen nicht glauben, sie werde für sie persönlich Folgen haben. Die Menschen in Griechenland (19%) und Italien (17%) geben am häufigsten an zu glauben, ihr Leben werde sich durch die Erweiterung verbessern. Die Ansicht, die Erweiterung werde das Leben negativ beeinflussen, ist in Luxemburg (21%) und Deutschland (20%) am weitesten verbreitet – in allen anderen Ländern teilen weniger als 2 von 10 Menschen diese Ansicht. (Tabelle 3.10a)



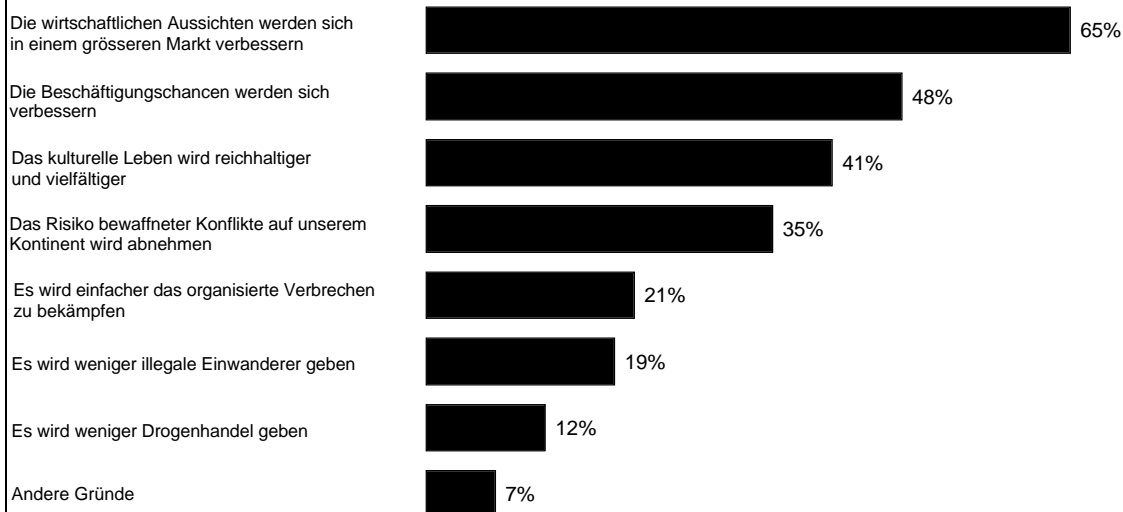
In der demografischen Analyse stellt sich heraus, dass der Anteil derer, die glauben, ihr Leben werde sich durch die Erweiterung verbessern, zwischen 7% bei jenen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben und der Hausfrauen/männer, und 16% bei Studenten liegt. Es gibt auch sehr wenige Schwankungen unter denjenigen, die glauben, ihr Leben werde sich verschlechtern. Die Werte reichen von 6% bei Studenten bis zu 16% bei Menschen im Alter von 40 bis 54 Jahren, Arbeitslosen, Arbeitern und Menschen im Ruhestand.

Auch hier stellen wir fest, dass diejenigen, die für eine unbegrenzte Erweiterung sind, eine positivere Einstellung haben als diejenigen, die gegen die Erweiterung sind. In der ersten Gruppe sind 18% der Ansicht, das Leben werde nach der Erweiterung besser sein, in der zweiten Gruppe sind 30% der Ansicht, das Leben werde nach der Erweiterung schlechter sein. (Tabelle 3.10b)

Auf die Frage nach den Gründen, aus denen die Menschen glauben, ihr Leben werde sich nach der Erweiterung verbessern, geben 10% an, es werde bessere wirtschaftliche Bedingungen und einen größeren Markt geben (65%). 48% sind der Ansicht, es werde bessere Arbeitsmarktbedingungen geben, 41% glauben, ihr Leben werde kulturell reichhaltiger und abwechslungsreicher werden und 35% geben an, das Risiko eines Krieges in unserem Kontinent werde kleiner werden.

²¹ Diese Frage wurde in der ersten Umfrage des Eurobarometer 55 gestellt.

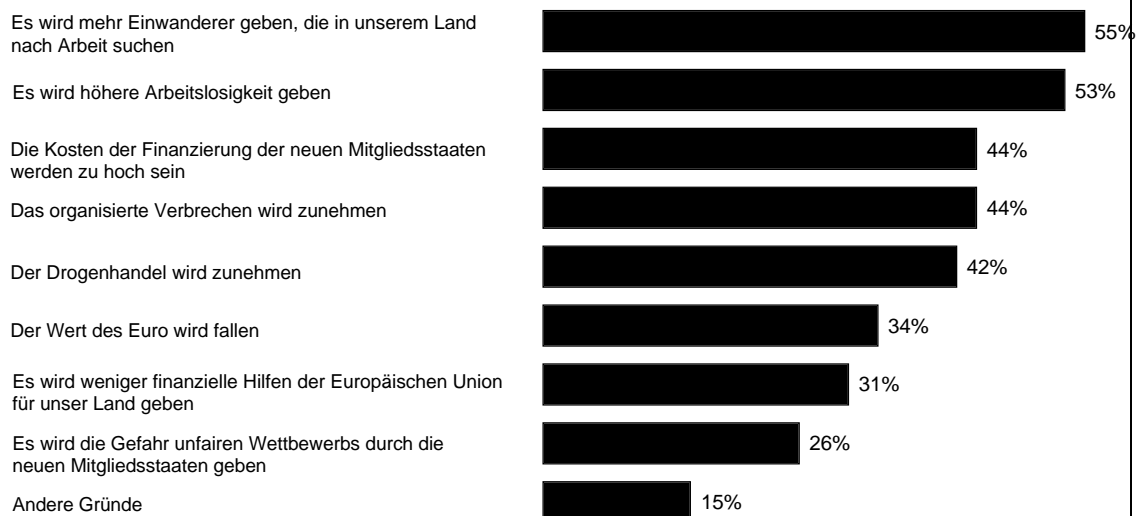
Gründe warum Menschen glauben, dass sich ihre persönliche Situation nach der Erweiterung verbessern (EU15)



Quelle: Umfrage Nr. 55.0 - März - April 2001
Standard Eurobarometer 55 - Abb. 3.11b

Wenn wir die Gründe der 13% betrachten, die glauben, ihre persönliche Situation werde sich verschlechtern, stellen wir fest, dass 55% dieser Gruppe glauben, ihre persönliche Situation werde sich verschlechtern, weil es in ihrem Land mehr Immigranten geben werde, die nach Arbeit suchen. In Verbindung hiermit stellen wir fest, dass 53% der Meinung sind, es werde eine höhere Arbeitslosigkeit geben. Außerdem zeigen die Ergebnisse, dass 44% der Ansicht sind, die Kosten für die Unterstützung neuer Mitgliedstaaten werden zu hoch sein und es werde mehr organisiertes Verbrechen geben.

Gründe warum Menschen glauben, dass sich ihre persönliche Situation nach der Erweiterung verschlechtern (EU15)



Quelle: Umfrage Nr. 55.0 - März - April 2001
Standard Eurobarometer 55 - Abb. 3.11c

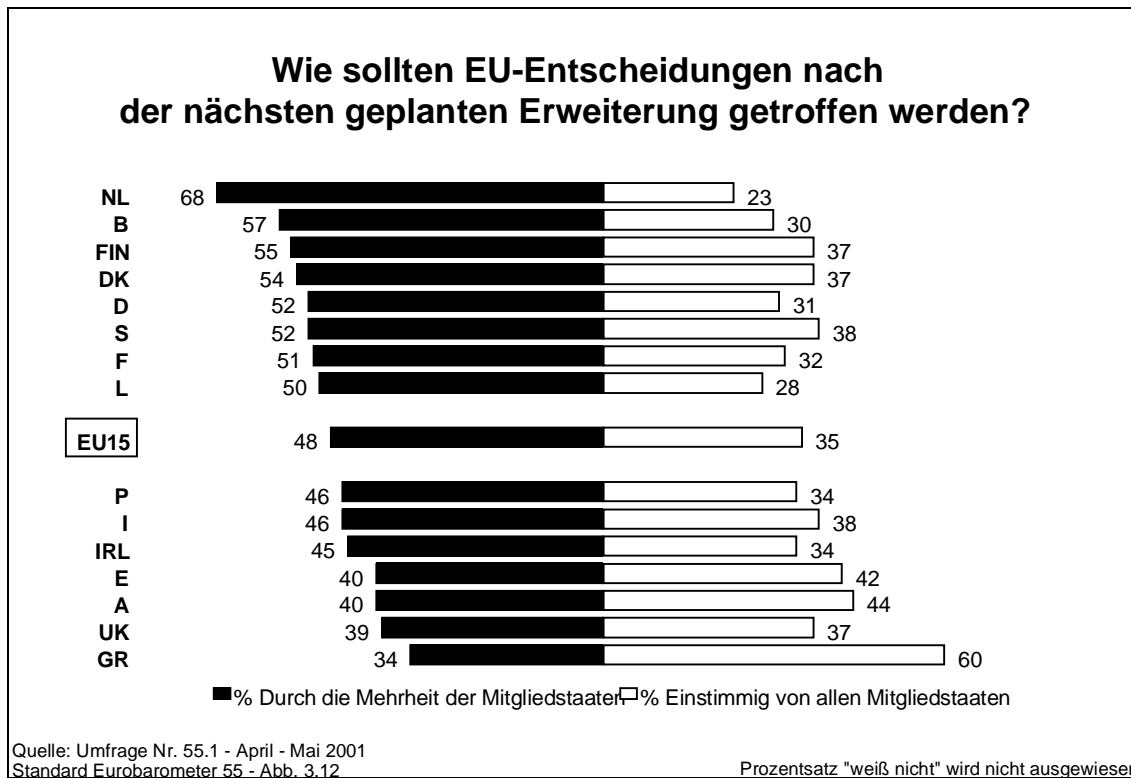
3.8. Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union

Die Europäische Union muss ihre Funktionsweise in einer Reihe von Bereichen ändern, bevor neue Länder beitreten können. Eine viel größere Union kann nicht die selben Entscheidungsprozesse haben, da es sehr schwer sein würde, einstimmige Entscheidungen mit so vielen Ländern zu treffen. Beim Europäischen Ministerrat in Nizza am 20. und 21. Dezember 2000²², haben die Regierungs- und Staatsscheffe die Anzahl der Bereiche, in denen Einstimmigkeit gefordert ist, reduziert und sich geeinigt, die Anzahl der Stimmen, die zu einer Mehrheitsbeschlussfassung notwendig sind zu ändern.

Mit der folgenden Frage hat das Eurobarometer die öffentliche Meinung zur Mehrheitsbeschlussfassung gemessen:

Nach der geplanten Erweiterung der Europäischen Union wird sich die Zahl der Mitgliedstaaten von 15 auf mehr als 25 erhöht haben. Sollten ihrer Meinung nach dann die Entscheidungen der Europäischen Union einstimmig durch alle Mitgliedstaaten oder durch Mehrheit der Mitgliedstaaten getroffen werden?

Die Ergebnisse zeigen, dass die Öffentlichkeit dazu neigt, in einer erweiterten Union Mehrheitsbeschlussfassung zu befürworten. 48% der Befragten stimmen dem zu, während 35% die Einstimmigkeit bevorzugen.



Die Länderanalyse zeigt, dass die Bevölkerung in den Niederlanden (68%) bei weitem am häufigsten für Mehrheitsbeschlussfassung ist, gefolgt von Belgien (57%), Finnland (55%), Dänemark (54%), Deutschland, Schweden (beide 52%), Frankreich (51%) und Luxemburg (50%). Griechenland bleibt weiterhin das einzige Land, in dem die Mehrheit der Leute der Ansicht ist, EU Entscheidungen sollten einstimmig getroffen werden.

Im Vergleich zum Herbst 2000 hat sich die Befürwortung der Mehrheitsbeschlussfassung in Belgien, den Niederlanden (beide +4) und Finnland (+3) deutlich erhöht. In Portugal (-8), Deutschland (-5) und Irland (-3), hat sich die Unterstützung der Einstimmigkeit verringert, aber die Unterstützung der Mehrheitsbeschlussfassung hat sich nicht erhöht. Italien (+10) und Griechenland (+9) sind die einzigen beiden Länder, in denen sich die Unterstützung der Einstimmigkeit deutlich erhöht hat. (Tabelle 3.11a)

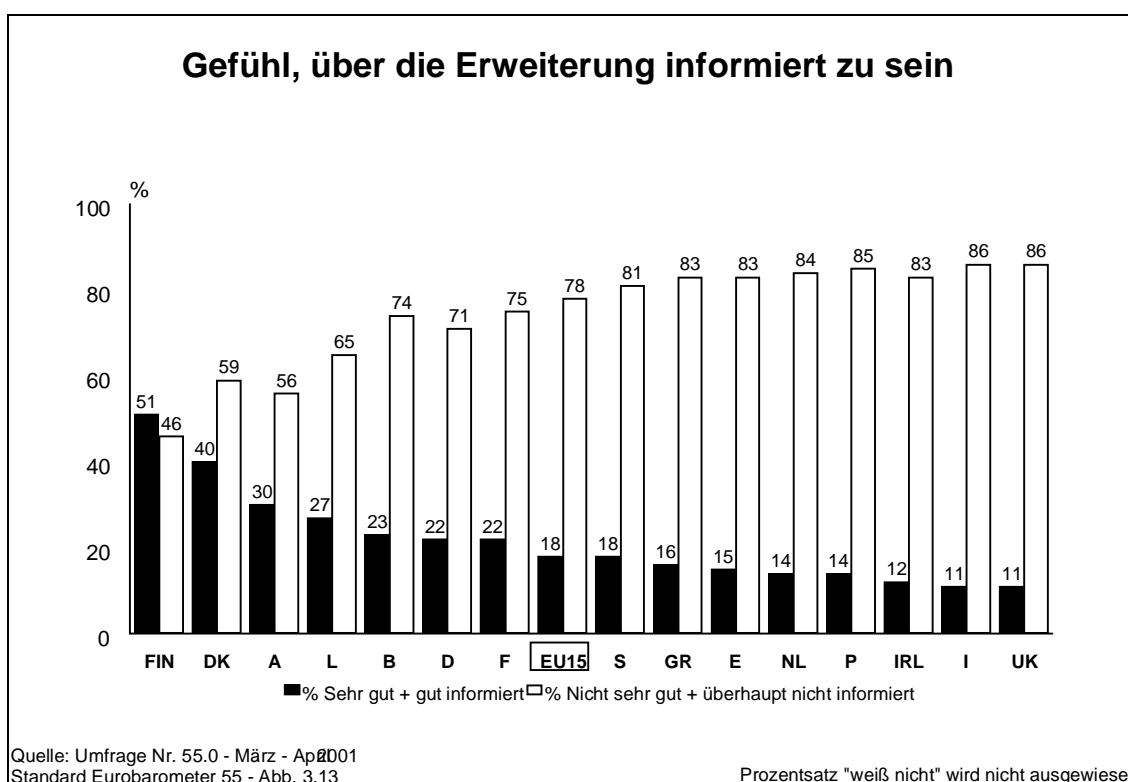
²² Mehr Informationen über den Vertrag von Nizza finden Sie unter <http://ue.eu.int/presid/conclusions.htm>.

Die demografische Analyse zeigt, dass diejenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter verlassen haben, am häufigsten die Mehrheitsentscheidung bevorzugen (59%), gefolgt von Führungskräften (57%) und anderen Angestellten (52%). Diejenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben und Arbeitslose bevorzugen diese am seltensten (beide 41%). Dennoch ist die Mehrheitsentscheidung in allen demografischen Gruppen der bevorzugte Entscheidungsprozess.

Wenn wir die Einstellungen betrachten, stellen wir fest, dass 57% derjenigen, die die EU unterstützen, die Mehrheitsentscheidung bevorzugen, verglichen mit 38% derjenigen, die die EU Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. In dieser letzten Gruppe wird die Einstimmigkeit bei weitem bevorzugt (42%). (Table 3.11b)

3.9. Informationen über die Erweiterung

Der erste Teil dieser Umfrage enthielt zum ersten Mal eine Frage, die messen sollte, inwieweit sich die EU Bürger über die Erweiterung informiert fühlen. Die Ergebnisse zeigen, dass nur 18% der EU Bürger sich sehr gut oder gut über die Erweiterung informiert fühlen, während sich 78% nicht sehr gut oder überhaupt nicht gut informiert fühlen. Das bedeutet, dass sich wesentlich weniger Menschen gut über die Erweiterung informiert fühlen, als über den Euro (siehe Abschnitt 3.4). Diese Ergebnisse sind jedoch nicht überraschend, da die Fragen über die Erweiterung immer einen wesentlich höheren Anteil an „weiß nicht“ Antworten erhielten, als normalerweise im Eurobarometer der Fall ist.



Die Länderanalyse zeigt, dass Finnland das einzige Land ist, in dem sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung gut über die Erweiterung informiert fühlt (51%), gefolgt von Dänemark (40%) und Österreich (30%). In allen anderen Ländern fühlen sich weniger als 30% gut informiert. Die Werte reichen von 11% in Italien und dem Vereinigten Königreich bis zu 27% in Luxemburg. (Tabelle 3.12a)

Die demografische Analyse zeigt, dass der Anteil derjenigen, die sich gut über die Erweiterung informiert fühlen, von 11% der Hausfrauen/männer, bis zu 30% der Führungspersonen reicht. Der Anteil derer, die sich informiert fühlen, ist unter denjenigen, die die (begrenzte oder unbegrenzte) Erweiterung befürworten, etwas höher als unter denjenigen, die eine Erweiterung der Europäischen Union ablehnen. (Tabelle 3.12b)

4. Informationsquellen und Kenntnisse der EU Bürger

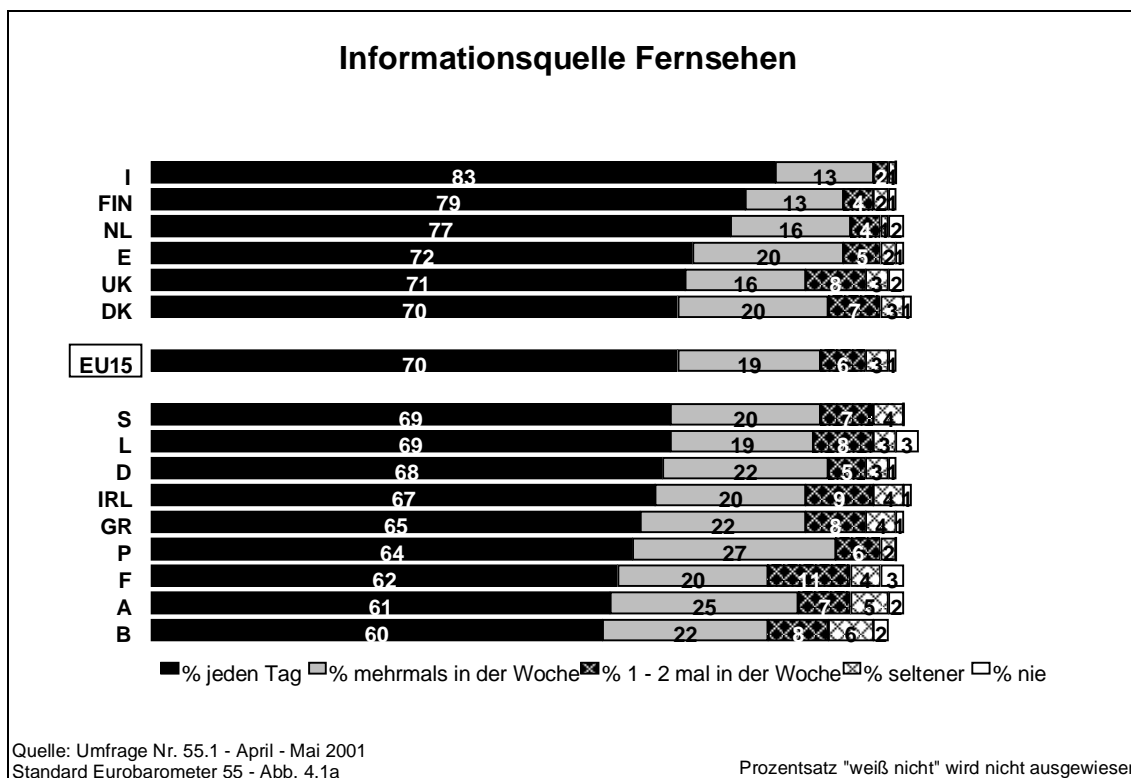
Dieses Kapitel betrachtet die Quellen, die die Menschen nutzen, wenn sie nach Informationen über die Europäische Union suchen. Es beschäftigt sich außerdem mit dem subjektiven Kenntnisstand der Menschen über die Europäische Union und ihrem Wissen über eine Reihe von EU Institutionen. Das Kapitel berichtet auch über die Ansicht der Bürger darüber, an der öffentlichen Diskussion über die Europäische Union teilzunehmen und erläutert, warum die Leute daran interessiert sind oder nicht.

4.1. Nutzung der Nachrichtenmedien und Zugang zu modernen Informationsquellen

Der erste Abschnitt dieses Kapitels berichtet, wie häufig die EU Bürger die Nachrichten im Fernsehen sehen, sie in den Tageszeitungen lesen oder im Radio hören. Es zeigt auch, wie verbreitet der Zugang der EU Bürger zu modernen Informationstechnologien ist.

Zuschauer der Fernsehnachrichten

Wie das unten stehende Diagramm zeigt, sehen 70% der Befragten täglich die Nachrichten im Fernsehen, und weitere 19% sehen die Nachrichten mehrmals pro Woche²³.



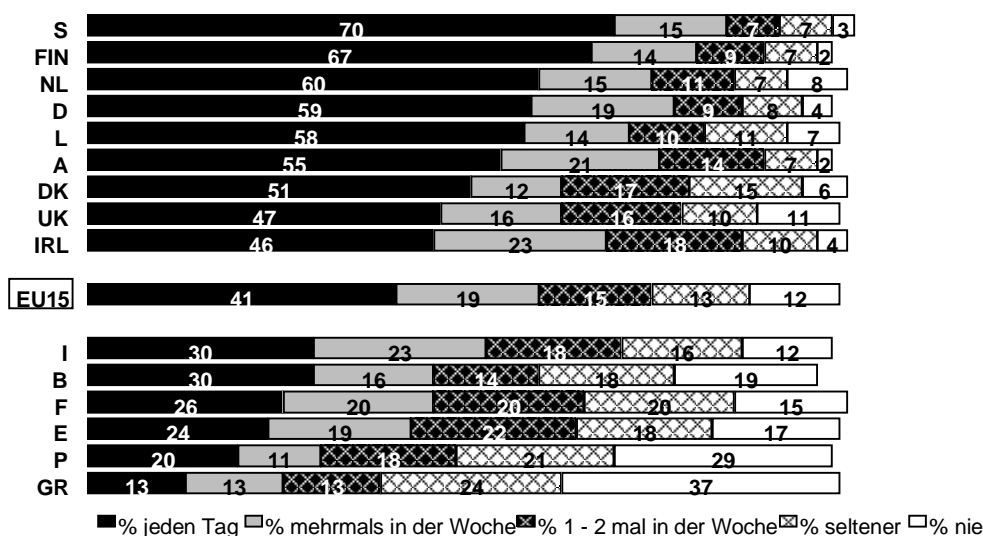
Leser der Tageszeitungen

Sechs von zehn der Befragten lesen täglich (41%) oder mehrmals pro Woche (19%) die Nachrichten in den Tageszeitungen²⁴.

²³ Siehe Tabelle 4.1a für die Länderergebnisse.

²⁴ Siehe Tabelle 4.1b für die Länderergebnisse.

Informationsquelle Tageszeitungen



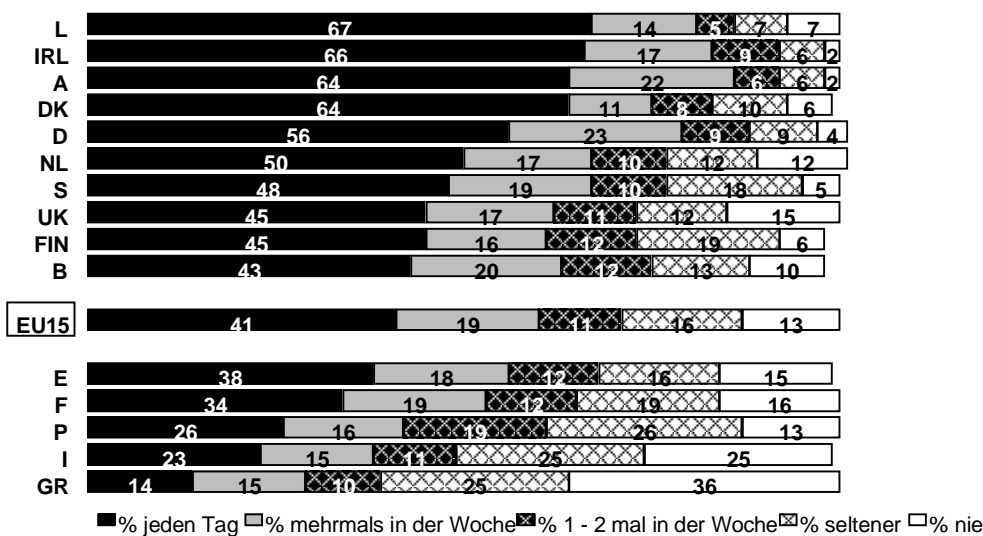
Quelle: Umfrage Nr. 55.1 - April - Mai 2001
Standard Eurobarometer 55 - Abb. 4.1b

Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

Hörer der Radionachrichten

Gleiches gilt für das Radio: Sechs von zehn der Befragten hören täglich (41%) oder mehrmals in der Woche (19%) die Nachrichten im Radio²⁵.

Informationsquelle Hörfunk



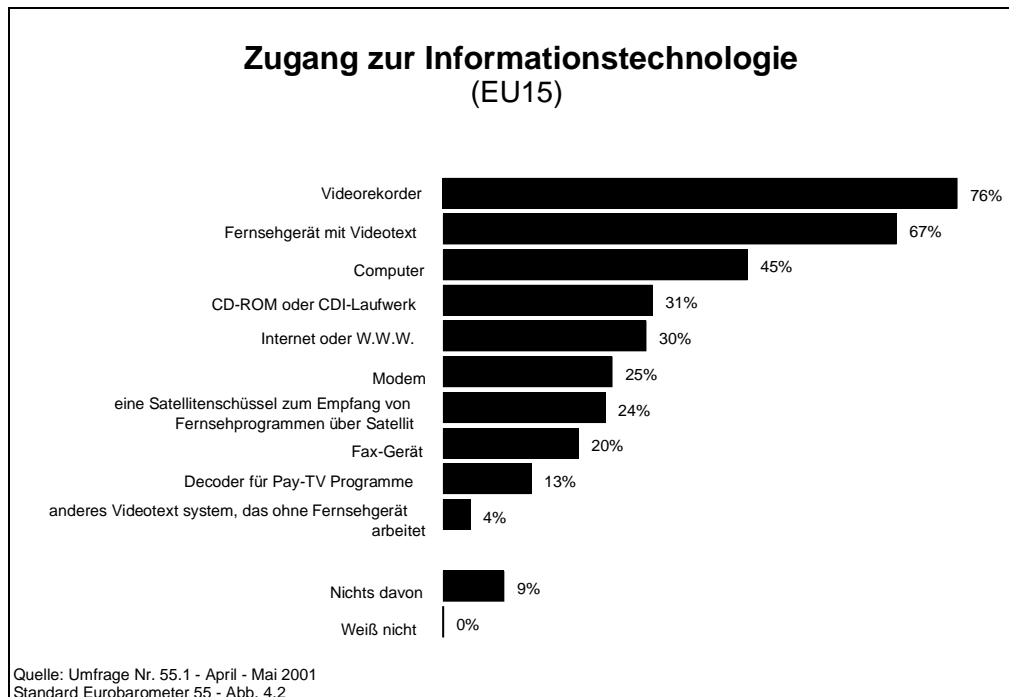
Quelle: Umfrage Nr. 55.1 - April - Mai 2001
Standard Eurobarometer 55 - Abb. 4.1c

Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

²⁵ Siehe Tabelle 4.1c für die Länderergebnisse.

Der Zugang zur Informationstechnologie

Die Umfrage misst auch die Verbreitung des Zugangs zur Informationstechnologie. Obwohl der Zugang zu traditionellen Mitteln wie dem Videorekorder (76%) und dem mit Teletext ausgestatteten Fernseher (67%) immer noch am weitesten verbreitet ist, zeigt die Umfrage eine enorme Verbesserung des Zugangs zu modernen Formen der Informationstechnologie. Beinahe die Hälfte der EU Bürger haben jetzt Zugang zu einem Computer (45%), verglichen mit nur 35% im Frühjahr 1999. Der Anteil derjenigen mit Zugang zum Internet hat sich seit dem Frühjahr 1999 auf 30% verdoppelt und 25% haben jetzt Zugang zu einem Modem (17% im Frühjahr 1999). Genauso haben auch 31% Zugang zu einem CD-ROM- oder CDI-Lesegerät, eine Erhöhung im Vergleich zu 23% im Frühjahr 1999. Der Anteil derer, die zu keinem der in der Umfrage aufgelisteten Informationsmittel Zugang haben, ist um vier Prozentpunkte auf 9% gefallen.



Die Verbreitung des Internetzugangs variiert immer noch sehr von Land zu Land. Am weitesten verbreitet ist er in Schweden (63%, eine Erhöhung von 55% im Frühjahr 1999), gefolgt von Dänemark (62%; +18) und den Niederlanden (59%; +24). Die Verbreitung des Internetzugangs hat jedoch auch in allen anderen Ländern zugenommen, so dass es im Frühjahr 2001 keine Länder mehr gab, in denen die Werte unter 10% lagen. Es gibt tatsächlich nur noch zwei Länder, in denen weniger als 2 von 10 Menschen Internetzugang haben: Portugal (15%; +9) und Griechenland (16%; +11). (Tabelle 4.2²⁶)

4.2. Interesse an Nachrichten über die Europäische Union

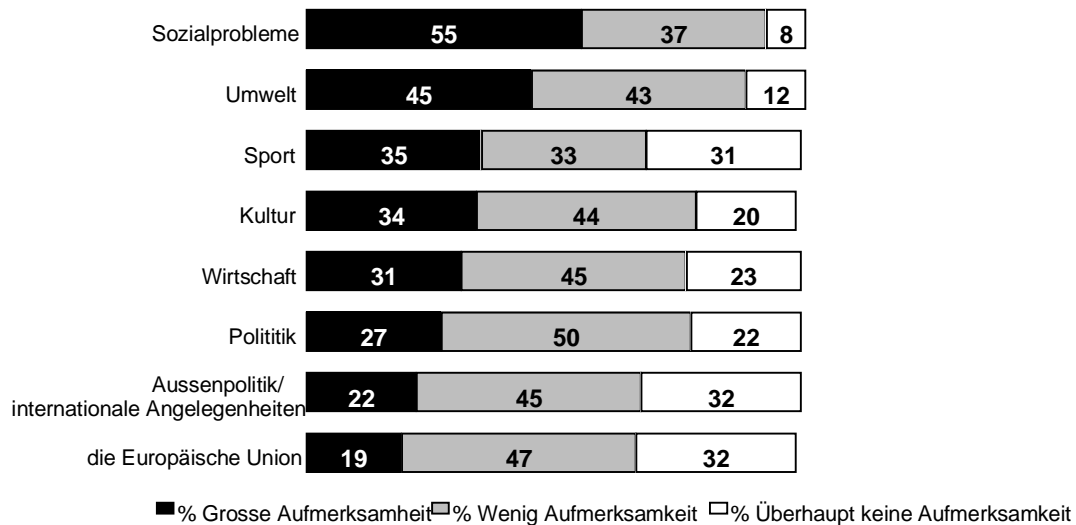
Als nächstes betrachten wir die Ergebnisse einer Frage, die das Interesse der Europäer an Nachrichten über die Europäische Union im Vergleich zu anderen Nachrichtenthemen misst. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, ob sie den Nachrichten über 8 verschiedene Themen, eines davon die Europäische Union, sehr viel Aufmerksamkeit, ein bisschen Aufmerksamkeit oder überhaupt keine Aufmerksamkeit schenken.

Wie das folgende Diagramm zeigt, geben zwei Drittel der Befragten an, den Nachrichten über die Europäische Union Aufmerksamkeit zu schenken. Das meiste Interesse wird jedoch Nachrichten über soziale Fragen geschenkt, wobei 55% ihnen sehr viel Aufmerksamkeit und weitere 37% ein bisschen Aufmerksamkeit schenken. Auch den Nachrichten über Umweltfragen wird viel Interesse geschenkt, wobei 45% ihnen sehr viel Aufmerksamkeit schenken und weitere 43% ihnen ein bisschen Aufmerksamkeit schenken. Mehr als 3 von 4 der EU Bürger interessieren sich außerdem für Nachrichten über Kultur (78%), Politik (77%) und Wirtschaft (76%)²⁷.

²⁶ Die Ergebnisse vom Frühjahr 1999 finden Sie im Eurobarometer Bericht 51, Tabelle 2.8.

²⁷ Siehe auch Tabelle 4.3.

Die den Nachrichten gewidmete Aufmerksamkeit (EU15)

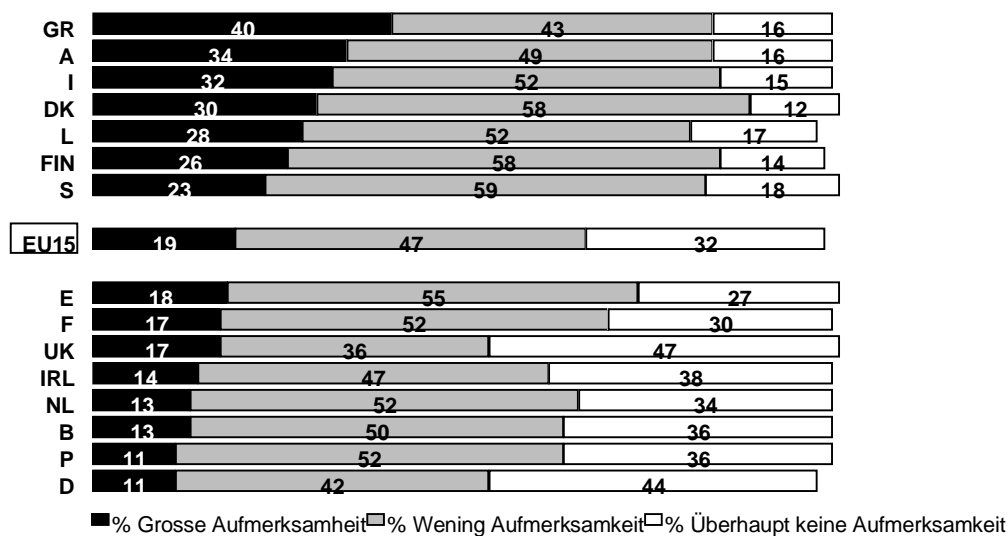


Quelle: Umfrage Nr. 55.1 - April - Mai 2001
Standard Eurobarometer 55 - Abb. 4.3a

Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

Es wurde festgestellt, dass das Interesse an Nachrichten über die Europäische Union von Land zu Land sehr unterschiedlich ist. Mindestens 8 von 10 Menschen in Dänemark (88%), Italien, Finnland, (beide 84%), Griechenland, Österreich (beide 83%), Schweden (82%) und Luxemburg (80%) schenken diesen Nachrichten (grosse oder ein wenig) Aufmerksamkeit, wobei Griechen und Österreicher ihnen am häufigsten grosse Aufmerksamkeit schenken (40% bzw. 34%). Im Vereinigten Königreich (47%) und in Deutschland (44%) ist der Anteil ohne jegliches Interesse am höchsten.

Interesse an den Nachrichten über die EU



Quelle: Umfrage Nr. 55.1 - April - Mai 2001
Standard Eurobarometer 55 - Abb. 4.3b

Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

Im Vergleich zum Herbst 1999 stellen wir fest, dass die Menschen in Griechenland, Luxemburg, Dänemark und Portugal jetzt wesentlich häufiger den Nachrichten über die Europäische Union Aufmerksamkeit schenken und dass sie ihnen jetzt wesentlich seltener überhaupt keine Aufmerksamkeit schenken. Die Menschen in Italien, Finnland, den Niederlanden, Spanien, Frankreich und Schweden schenken ihnen jetzt häufiger sehr viel Aufmerksamkeit, aber seltener ein wenig Aufmerksamkeit, daher gibt es keinen wesentlichen Rückgang im Anteil derer, die ihnen überhaupt keine Aufmerksamkeit schenken. In Österreich ist der Anteil derer, die ihnen sehr große Aufmerksamkeit schenken, gesunken und in Belgien ist der Anteil derer, die ihnen überhaupt keine Aufmerksamkeit schenken, gestiegen. (Tabelle 4.4a)

Die demografische Analyse zeigt, dass Männer den Nachrichten über die Europäische Union häufiger Aufmerksamkeit schenken als Frauen (71% zu 61%). Die jüngste Altersgruppe schenkt ihnen seltener Aufmerksamkeit als Menschen im Alter von 25 Jahren und älter. 78% derjenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren und älter abgeschlossen haben, schenken ihnen Aufmerksamkeit, verglichen mit nur 61% derjenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 16 Jahren oder jünger abgeschlossen haben. Die Analyse der Berufsgruppen zeigt, dass Führungspersonen den Nachrichten über die Europäische Union am häufigsten Aufmerksamkeit schenken (76%), während dies nur 59% der Hausfrauen/männer tun.

Wenn wir die Einstellungen der Menschen betrachten, stellen wir fest, dass die Kluft zwischen denjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten und denjenigen, die sie ablehnen nicht so groß ist, wie für andere Fragen, die die Einstellungen der Menschen zur Europäischen Union messen. Obwohl die Befürworter der EU immer noch sehr viel häufiger den Nachrichten über die Europäische Union Aufmerksamkeit schenken (80%) als ihre Gegner (58%), zeigt dieses Ergebnis, dass das Interesse an Nachrichten über die EU nicht nur durch die Einstellungen der Menschen zur Europäischen Union bestimmt wird. (Tabelle 4.4b)

Die Selbsteinschätzung der Kenntnis über die Europäische Union ist wesentlich besser geeignet zu erklären, welche Menschen sich für Nachrichten über die EU interessieren. Wie die folgende Tabelle zeigt, interessieren sich nur 47% derer, die angeben, sehr wenig über die EU zu wissen, für Nachrichten über die EU, während 90% derer, die angeben, sehr viel über die Europäische Union zu wissen, sich für diese Nachrichten interessieren.

Zusammenhang zwischen dem Interesse an Nachrichten über die EU und der subjektiven Kenntnis über die EU			
Interesse an den Nachrichten über die EU:	Empfundene Kenntnis		
	Wenig (Nummer 1-3)	Mittel (Nummer 4-7)	Viel (Nummer 8-10)
	%	%	%
Sehr viel	7	26	55
Ein bisschen	40	56	35
Keines	51	18	9
Weiß nicht	2	1	2
<i>Gesamt</i>	100	101	101

4.3. Informationsquellen über die Europäische Union

Das Eurobarometer fragt die EU Bürger regelmäßig, woher sie ihre Informationen über die Europäische Union beziehen. Wie immer, zeigen die Ergebnisse, dass die Bürger am häufigsten die Medien nutzen. 67% der Befragten geben an, den Fernseher einzuschalten, wenn sie nach Informationen suchen, 44% lesen die Tageszeitung und 32% hören Radio²⁸. Ungefähr zwei von zehn der Befragten diskutieren mit Familie, Freunden und Kollegen oder wenden sich an Zeitungen und Zeitschriften, wenn sie nach Informationen über die EU suchen. 11% der Befragten lesen Bücher, Broschüren oder Informationshefte oder surfen im World Wide Web, um Informationen zu erhalten. Die restlichen 7 im Fragebogen aufgelisteten Quellen werden jeweils höchstens von 3 Prozent der Befragten genannt. 10% der Befragten geben an, nie nach Informationen über die EU zu suchen, 1% gibt eine andere Quelle an und 2% sagen „weiss nicht“²⁹.

Woher beziehen die Europäer ihre Informationen über die EU ? (EU15)

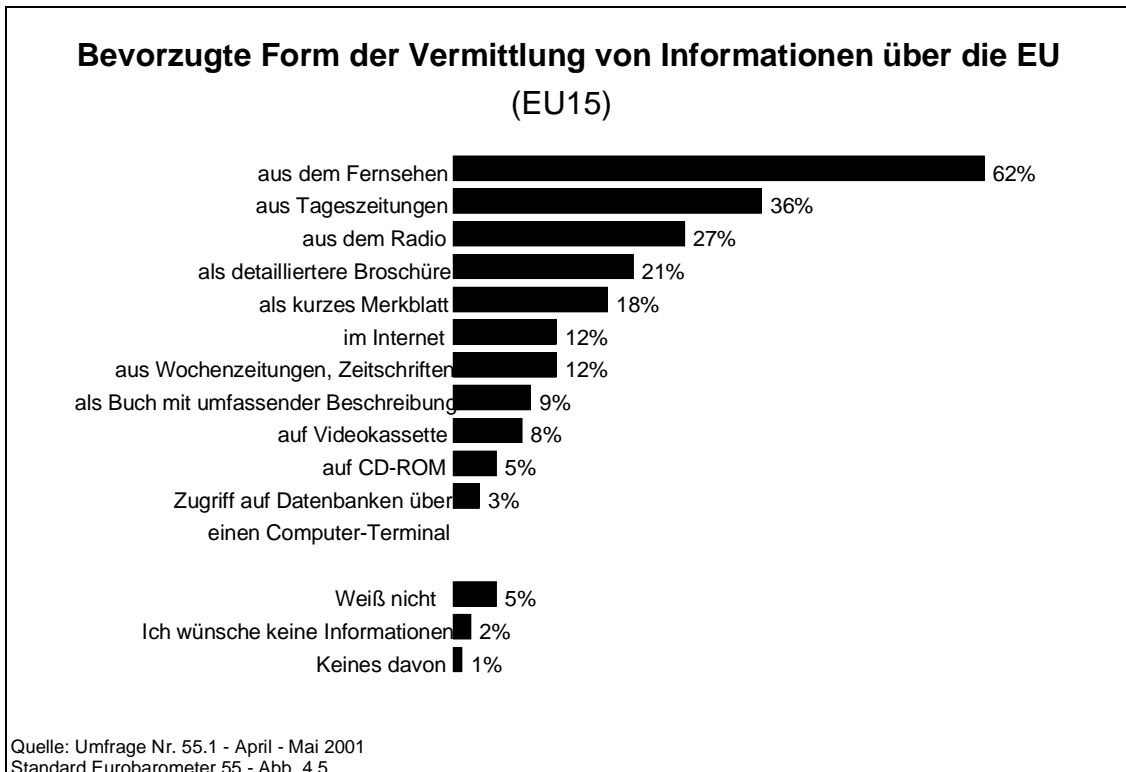


Quelle: Umfrager Nr. 55.1 - April - Mai 2001
Standard Eurobarometer 55 - Abb.4.4

²⁸ Den Teilnehmern wurde eine Karte mit einer Liste von 14 Informationsquellen vorgelegt und sie wurden gebeten, diejenigen auszuwählen, die sie nutzen, wenn sie nach Informationen über die EU suchen. Es konnten auch andere Quellen genannt werden, und die Teilnehmer konnten angeben, sie suchten nie nach Informationen über die EU (kein Interesse), oder sie konnten mit „weiß nicht“ antworten.

²⁹ Siehe auch Tabelle 4.5 für die Länderergebnisse.

In der Umfrage werden die Teilnehmer auch regelmäßig gebeten, ihre bevorzugte Informationsquelle(n) anzugeben, indem sie eine oder mehrere von 11 vorgegebenen Quellen auswählen. Es ist nicht überraschend, dass die Leute die Medien, die sie am häufigsten nutzen, auch bevorzugen. 62% der Befragten sagen, sie bevorzugen das Fernsehen, 36% bevorzugen die Tageszeitung und 27% geben das Radio als bevorzugte Quelle an. Das Internet wird von 12% der Teilnehmer ausgewählt. Die anderen, nicht zu den gedruckten Informationsquellen gehörenden Mitteln, wie Videokassetten (8%), CD-ROMs (5%) und Computer Datenbanken (3%) sind immer noch weniger beliebt als gedruckte Quellen³⁰.



4.4. Subjektive Beurteilung der Kenntnisse über die Europäische Union

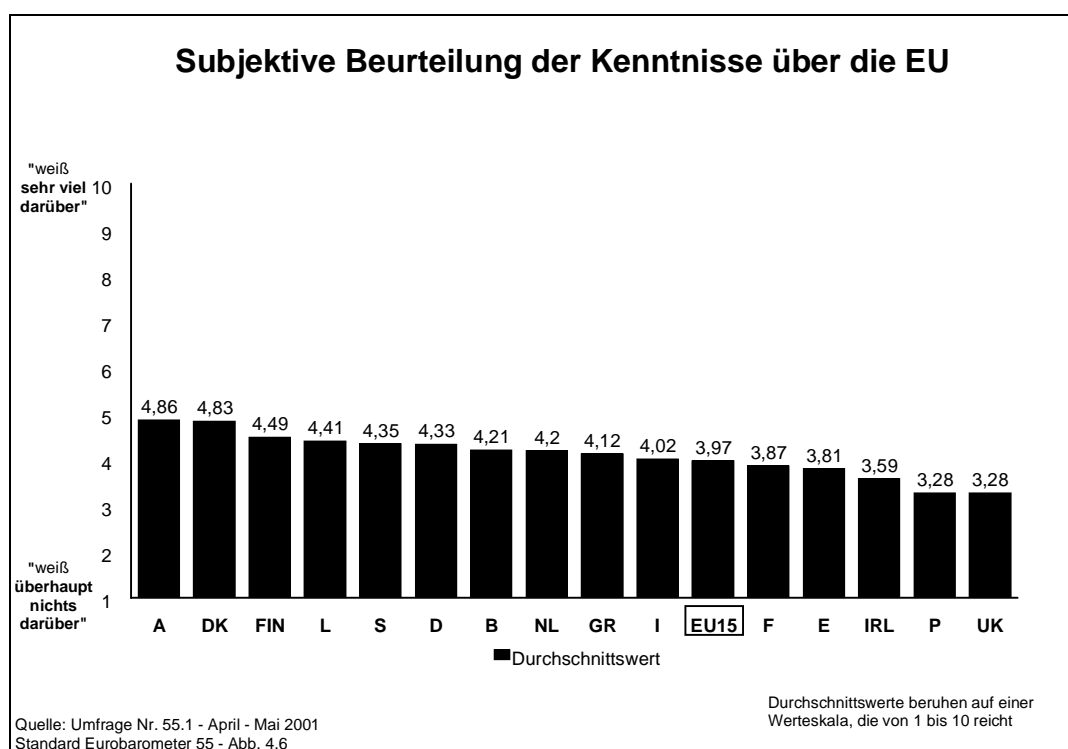
Die Frage, wie viel die Bürger glauben, über die Europäische Union zu wissen, ist ebenfalls ein Standardbestandteil des Eurobarometer³¹. Die in der unten stehenden Tabelle gezeigten Ergebnisse auf EU15 Ebene belegen, dass 21% der EU Bürger glauben, ziemlich viel bis sehr viel über die Europäische Union zu wissen (das sind alle, die auf der Skala Angaben zwischen 6 und 10 machen). Dies ist ein deutlich niedrigerer Anteil als im Herbst 2000, als 29% diese Angaben machten.

³⁰ Siehe Tabelle 4.6 für die Länderergebnisse.

³¹ Die Frage lautet: "Wie viel glauben Sie über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen zu wissen?". Die Teilnehmer wurden gebeten, von einer Karte eine Nummer von 1 bis 10 auszuwählen die ihre Kenntnisse über die Europäische Union am besten wiedergibt. Je höher die Nummer, desto mehr wissen sie über die Europäische Union.

Subjektive Beurteilung der Kenntnisse über EU Angelegenheiten Frühjahr 2001 (in %, EU15)	
Skala	%
1 (weiß gar nichts)	12
2	14
3	18
4	16
5	18
6	9
7	6
8	4
9	1
10 (weiß sehr viel)	1
Weiß nicht	3
Durchschnitt	3.97

Das folgende Diagramm zeigt die Durchschnittswerte³² für jeden der 15 Mitgliedstaaten. Es zeigt, dass der empfundene Kenntnisstand von Land zu Land sehr unterschiedlich ist.



Wie schon im Herbst 2000, ist der Kenntnisstand in Österreich mit einem Durchschnittswert von 4,86 am höchsten und er ist am niedrigsten im Vereinigten Königreich und Portugal mit einem Durchschnittswert von 3,28. Die Analyse der Verteilung der Antworten zeigt, dass 35% der Dänen glauben, ziemlich viel bis sehr viel über die EU zu wissen (das sind alle, die auf der Skala Angaben zwischen 6 und 10 machen). Mit 34%, stehen die Österreicher an zweiter Stelle, gefolgt von den Menschen in Finnland (29%), in den Niederlanden (28%), Deutschland und Luxemburg (beide 25%).

³² Der Durchschnittswert entspricht der Summe der Antworten für jede der zehn Nummern auf der Skala multipliziert mit dem Wert für jede Nummer und dann geteilt durch die Gesamtzahl der Antworten.

Das Gefühl, ziemlich viel bis sehr viel über die EU zu wissen, haben 14% der Befragten in Portugal, wenig mehr im Vereinigten Königreich und in Frankreich (beide 14%), sowie in Spanien und Irland (beide 17%). (Tabelle 4.7a³³)

In allen Ländern ist der subjektive Kenntnisstand jetzt niedriger als im Herbst 2000, wobei der Rückgang von 0,09 in Schweden bis zu 0,83 in Deutschland reicht. Dieser Rückgang der subjektiven Kenntnisse zeigt sich auch darin, dass es in den jüngsten Ergebnissen kein Land mit einem Durchschnittswert von 5 oder höher auf der Skala von 1 bis 10 gibt, während dies im Herbst 2000 für 4 Länder der Fall war. Auch gab es im Herbst 2000 nur zwei Länder mit einem Durchschnittswert von unter 4, während dies jetzt für 5 Länder der Fall ist³⁴.

Die folgende Tabelle zeigt die Durchschnittswerte für die verschiedenen soziodemografischen Gruppen in der EU. Sie zeigt, dass Führungspersonen, diejenigen, die am längsten in der Vollzeitausbildung verblieben sind und die regelmäßigen Mediennutzer sich selbst die höchsten Werte auf der Skala geben. Am unteren Ende der Tabelle finden wir diejenigen, die im Mediennutzer-Index am niedrigsten platziert sind³⁵.

Durchschnittswerte auf der Skala für den subjektiven Kenntnisstand für verschiedene Gruppen auf EU15 Ebene	
Gruppe	Wert
Führungskräfte	4,92
Vollzeitausbildung bis 20 und älter	4,70
Mediennutzer Index:+++	4,50
Selbständige	4,60
Männer	4,38
Studenten	4,25
Angestellte	4,18
Altersgruppe 40-54 Jahre	4,18
Meinungsführer Index: ++	4,17
Altersgruppe 25-39 Jahre	4,01
Meinungsführer Index: +	3,93
Vollzeitausbildung bis 16-19 Jahre	3,93
Durchschnitt für EU15	3,97
Mediennutzer Index: ++	3,91
Altersgruppe 55 Jahre und älter	3,81
Altersgruppe 15-24 Jahre	3,87
Arbeiter	3,79
Meinungsführer Index: -	3,78
Menschen im Ruhestand	3,77
Arbeitslose	3,63
Frauen	3,58
Meinungsführer Index : --	3,56
Vollzeitausbildung bis 15 Jahre oder jünger	3,39
Hausfrauen/männer	3,23
Mediennutzer Index: --	3,29
Mediennutzer Index: ---	2,93

³³ Um das Lesen der Tabelle zu vereinfachen, ist hier eine neu-kodierte Version der Skala benutzt worden, die aus vier Kategorien besteht: "weiß (fast) nichts" – Nummer 1+2; "weiß ein bisschen" – Nummern 3 bis 5; "weiß ziemlich viel" – Nummern 6 bis 8 und "weiß sehr viel" – Nummern 9 + 10.

³⁴ Siehe Eurobarometer Bericht 54, Abb. 3.6 für die Durchschnittswerte aus dem Herbst 2000.

³⁵ Für die Definition der Indexe in dieser Tabelle siehe Anhang C.4.

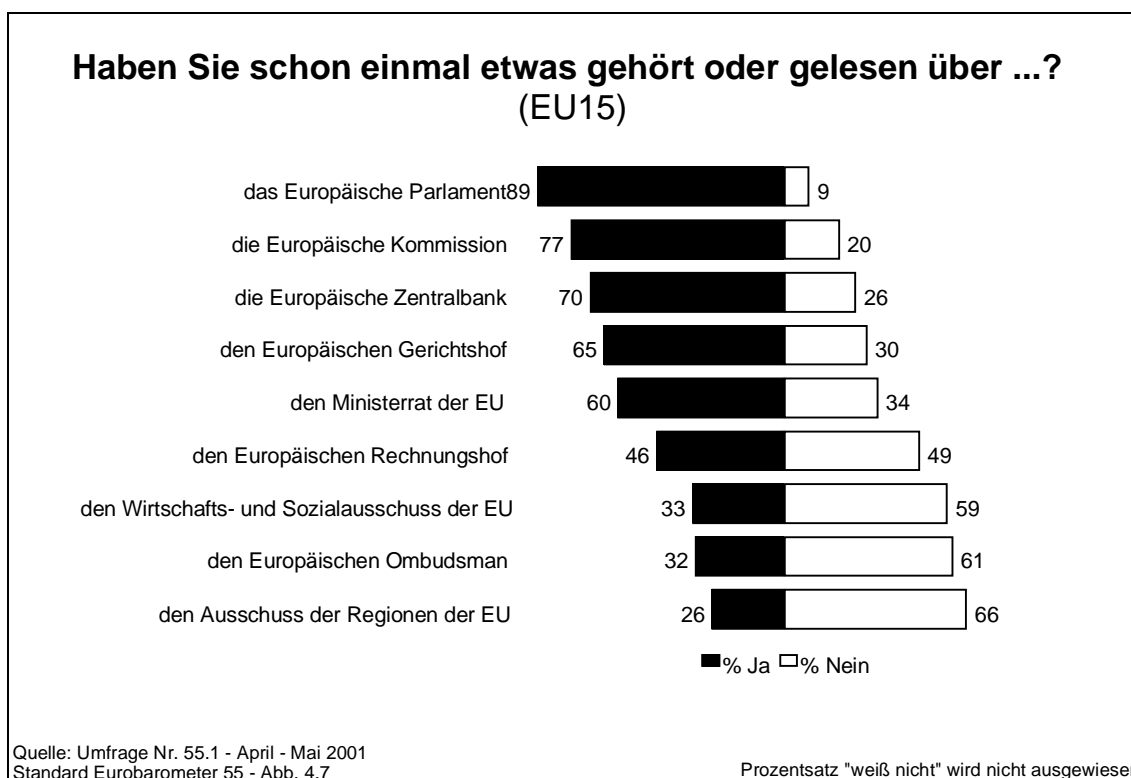
Die Ergebnisse für alle in der Tabelle vorkommenden Gruppen sind niedriger als im Herbst 2000, und auch die Rangfolge hat sich ziemlich verändert. In der Vergangenheit hatten diejenigen, die auf dem Meinungsführerindex hohe Positionen einnahmen, immer auch die höchste subjektive Kenntnis, während diejenigen, die auf dem Meinungsführerindex niedrige Positionen einnahmen, auch den niedrigsten Kenntnisstand hatten. Der Abstand zwischen diesen beiden Gruppen ist jetzt wesentlich kleiner (0,61 verglichen mit 2,64 im Herbst 2000). Auch der Abstand zwischen denjenigen, die auf der Skala der subjektiven Kenntnis die höchsten (Führungspositionen) und die niedrigsten (Mediennutzerindex:---) Positionen einnehmen, ist jetzt wesentlich kleiner (1,99).

Bei der Analyse der Einstellungen stellen wir fest, dass der Durchschnittswert derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten bei 4,52 liegt, verglichen mit 3,8 für diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen. (Siehe auch Tabelle 4.7b)

4.5. Bekanntheitsgrad und Bedeutung der europäischen Institutionen und Organe

Die Umfrage hat zum fünften Mal hintereinander die Kenntnis der Öffentlichkeit über 9 der Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union gemessen³⁶.

Die Befragten haben am häufigsten schon einmal vom Europäischen Parlament gehört (89%), gefolgt von der Europäischen Kommission (77%) und der Europäischen Zentralbank (70%). Die Bürger haben am seltensten schon einmal von den zwei jüngsten EU Institutionen gehört – dem Ausschuss der Regionen (26%) und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss (33%) – und dem Europäischen Ombudsmann (32%). Obwohl die Rangfolge sich seit dem Herbst 2000 nicht geändert hat, ist die Sichtbarkeit der 9 Institutionen und Organe leicht gesunken³⁷.



³⁶ Die Teilnehmer wurden gefragt, ob sie jemals schon einmal von den betreffenden Institutionen gehört hätten. Kapitel 2 beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit die Bürger diesen Institutionen vertrauen.

³⁷ Siehe Eurobarometer Nr. 54, Abb. und Tabelle 3.7.

Die Länderergebnisse zeigen, dass die Kenntnis des **Europäischen Parlaments** in allen Ländern außer Griechenland (83%), Deutschland (84%), dem Vereinigten Königreich (85%) und Spanien (89%) bei über 90% liegt. Mindestens 9 von 10 Menschen in Luxemburg (94%), Finnland und Dänemark (beide 93%) haben schon einmal von der **Europäischen Kommission** gehört. Deutschland (70%), Griechenland (71%), das Vereinigte Königreich, Italien (beide 75%) und Spanien (78%) sind die einzigen Länder, in denen weniger als 8 von 10 Menschen von ihr gehört haben. Die Kenntnis der **Europäischen Zentralbank** ist in Finnland (89%) und Luxemburg (87%) am weitesten verbreitet und in Griechenland (55%) und dem Vereinigten Königreich (58%) am wenigsten verbreitet. Die Menschen in Dänemark (94%) haben am häufigsten schon einmal vom **Europäischen Gerichtshof** gehört, während die Menschen in Italien (44%) am seltensten von seiner Existenz Kenntnis haben. Die Menschen in Schweden (91%), das zum Zeitpunkt der Umfrage die europäische Präsidentschaft innehatte, haben am häufigsten schon einmal vom **Ministerrat** gehört, während die Kenntnis dieser Institution im Vereinigten Königreich am geringsten ist (37%). Die Kenntnis des **Europäischen Rechnungshofes** ist in Luxemburg am weitesten verbreitet (76%) und im Vereinigten Königreich am wenigsten verbreitet (15%). Die Menschen in Luxemburg (56%) haben am häufigsten schon einmal vom **Wirtschafts- und Sozialausschuss** gehört, während die Menschen in den Niederlanden (20%) am seltensten schon einmal davon gehört haben. Der **Europäische Ombudsmann** - Jacob Söderman aus Finnland – ist weiterhin in seinem Heimatland am bekanntesten (80%). Am wenigsten bekannt ist er in Deutschland (20%). Die Kenntnis über den **Ausschuss der Regionen** ist in Portugal (50%) am weitesten verbreitet, während die Niederländer diese Institution weiterhin am seltensten kennen (10%). (Tabelle 4.8)

Es wurde ein Durchschnitt errechnet, indem der Anteil der positiven Antworten für jede Institution/jedes Organ addiert und durch die Gesamtzahl der in dieser Umfrage vorkommenden Institutionen (9) dividiert wurde. Dieser Durchschnitt soll einen generellen Eindruck des Kenntnisstands in jedem Mitgliedstaat verschaffen. Wie die folgende Tabelle zeigt, ist die Kenntnis in Luxemburg am höchsten (wo viele dieser Institutionen ansässig sind) und im Vereinigten Königreich am niedrigsten.

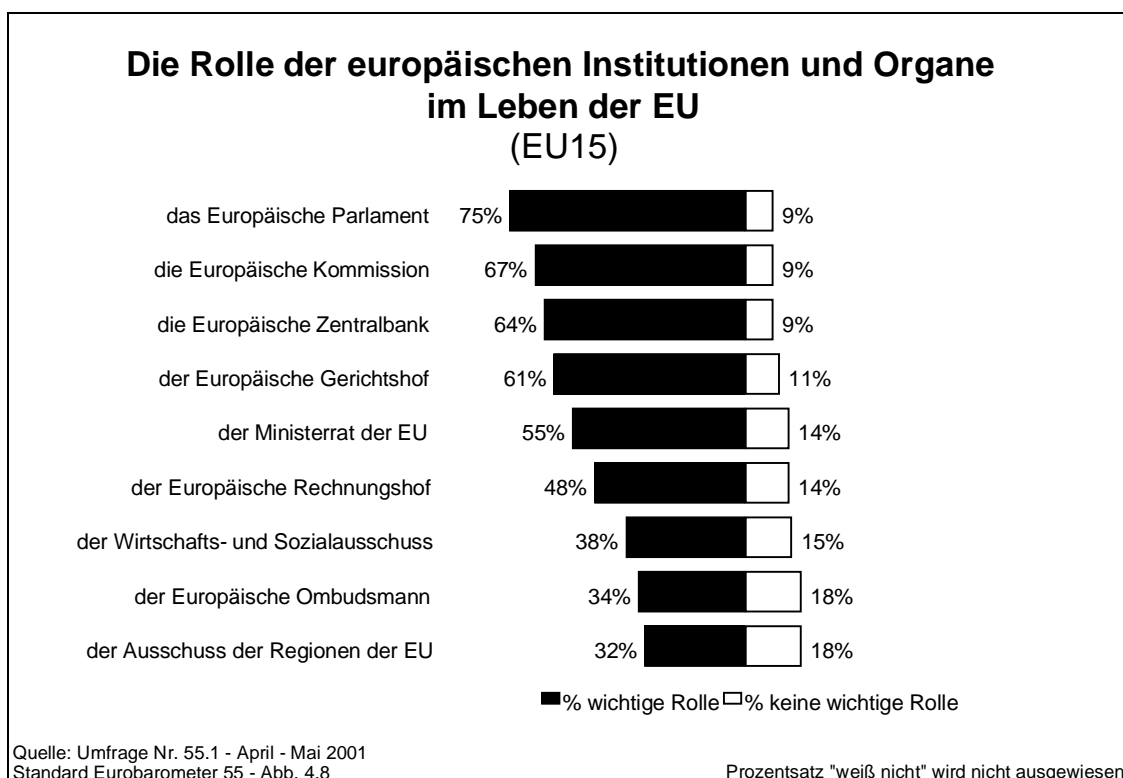
Bekanntheitsgrad der EU Institutionen und Organe (Durchschnittlicher Bekanntheitsgrad von 9 der Institutionen/Organe, in % nach Land)	
Land	%
Luxemburg	75
Finnland	69
Dänemark	67
Österreich	67
Irland	61
Portugal	64
Spanien	60
Schweden	60
Deutschland	59
Frankreich	57
Die Niederlande	57
Belgien	56
EU15	55
Griechenland	54
Italien	49
Vereinigtes Königreich	45

Der Bekanntheitsgrad variiert von Land zu Land und hängt auch damit zusammen, wie viel die Menschen glauben, über die Europäische Union zu wissen. Die folgende Tabelle zeigt, dass, je mehr die Menschen glauben, über die EU zu wissen, desto häufiger kennen sie die EU Institutionen.

Zusammenhang zwischen dem Bekanntheitsgrad der EU Institutionen/Organe und der subjektiven Beurteilung der Kenntnisse über die Europäische Union (in %)			
Institution:	Guter Kenntnisstand	Mittelmäßiger Kenntnisstand	Niedriger Kenntnisstand
Europäisches Parlament	98%	96%	82%
Europäische Zentralbank	93%	80%	56%
Europäische Kommission	92%	87%	65%
Gerichtshof	89%	76%	51%
Ministerrat	85%	72%	44%
Rechnungshof	74%	56%	31%
Wirtschafts- und Sozialausschuss	69%	42%	19%
Ausschuss der Regionen	58%	33%	14%
Europäischer Ombudsmann	55%	38%	22%

Die Teilnehmer wurden auch gefragt, ob sie der Ansicht sind, diese Institutionen und Organe spielten in der Europäischen Union eine wichtige Rolle.

Wie das unten stehende Diagramm zeigt, geben die Menschen am häufigsten an, das Europäische Parlament (75%), die Europäische Kommission (67%) und die Europäische Zentralbank (64%) spielten eine wichtige Rolle in der Europäischen Union. Die Meinung, der Ausschuss der Regionen spiele eine wichtige Rolle wurde am seltensten vertreten (32%).



Die Länderanalyse zeigt, dass der Anteil derer, die glauben, das **Europäische Parlament** spiele eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union, in Luxemburg am höchsten ist (88%), wobei auch 8 von 10 der Befragten in Italien, den Niederlanden, Schweden, Irland und Belgien diese Ansicht teilen. Die Menschen im Vereinigten Königreich (59%) geben am seltensten an, das Europäische Parlament spiele eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union. Luxemburg (85%) hat auch den höchsten Anteil derer, die der Ansicht sind, die **Europäische Kommission** spiele eine wichtige Rolle. Das Vereinigte Königreich (50%), Deutschland (61%) und Spanien (69%) sind die einzigen Länder, in denen weniger als 7 von 10 Menschen diese Ansicht teilen. Die Menschen in Luxemburg (80%) geben am häufigsten an, die **Europäische Zentralbank** spiele eine wichtige Rolle. Nur 41% der Menschen im Vereinigten Königreich teilen diese Meinung. In allen anderen Ländern außer Griechenland (59%) sind mehr als 6 von 10 Menschen der Ansicht, die Europäische Zentralbank spiele eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union. (Tabelle 4.9)

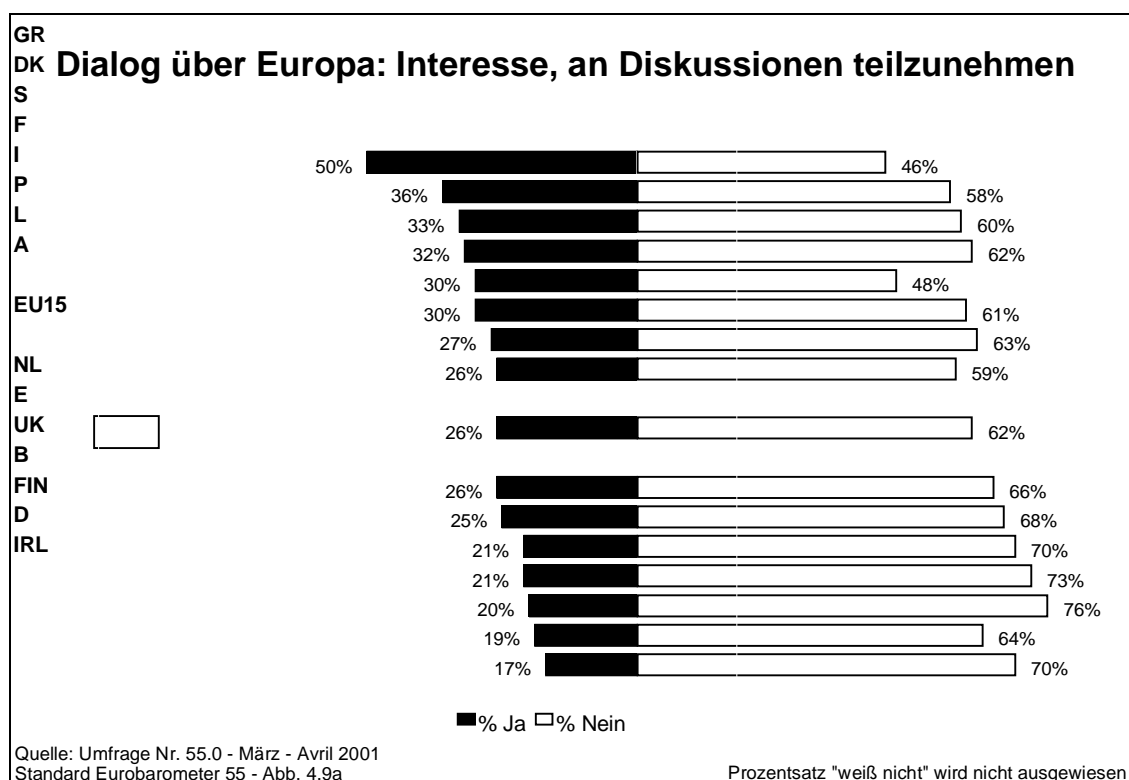
Die folgende Tabelle listet den Durchschnittswert für jeden Mitgliedstaat auf, um einen Überblick darüber zu geben, inwieweit die EU Bürger glauben, die EU Institutionen und Organe spielten eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union. Luxemburg hat den höchsten Durchschnittswert (72%) und das Vereinigte Königreich (35%) hat den niedrigsten Wert.

Die Bedeutung der EU Institutionen und Organe (Durchschnittliche Wichtigkeit für 9 Institutionen und Organe, in % nach Land)	
Land	%
Luxemburg	72
Portugal	62
Irland	61
Finnland	61
Spanien	60
Die Niederlande	59
Griechenland	59
Frankreich	57
Belgien	57
Schweden	56
Österreich	56
Dänemark	55
Italien	54
EU15	53
Deutschland	52
Vereinigtes Königreich	35

4.6. Dialog über Europa

Die erste Umfrage des Eurobarometers 2001 enthielt eine Reihe von Fragen über das Interesse der Menschen an einem Dialog über Europa³⁸. Die Ergebnisse zeigen, dass 26% der EU Bürger interessiert wären, an Diskussionen über Europa teilzunehmen, während 62% angeben, sie seien nicht interessiert.

³⁸ Diese Fragen wurden im Namen der Repräsentationsbüros der Europäischen Union gestellt. Auf der Webseite der Abteilung *Public Opinion* finden Sie detailliertere Ergebnisse. Ein vollständiger Bericht der Ergebnisse wird separat veröffentlicht.



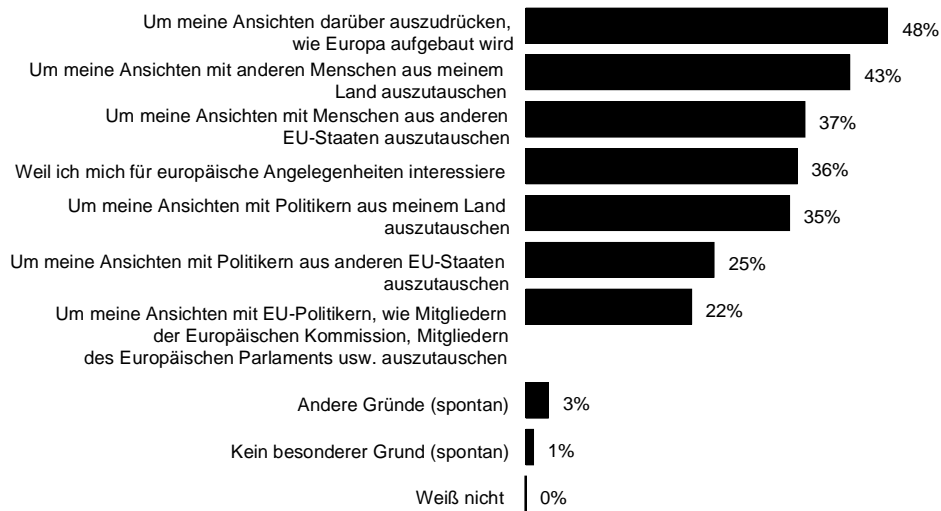
Die Länderanalyse zeigt, dass der Grad des Interesses in den 15 Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausfällt. Mit 50% sind die Menschen in Griechenland am häufigsten interessiert an solchen Diskussionen, gefolgt von den Menschen in Dänemark (36%), Schweden (33%), Frankreich (32%), Portugal und Italien (beide 30%). Die Menschen in Finnland (76%) und Belgien (73%) geben am häufigsten an, sie wären nicht an einer Teilnahme an solchen Diskussionen interessiert. (Tabelle 4.10a)

Die demografische Analyse zeigt, dass diejenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (37%) am häufigsten an der Teilnahme bei solchen Diskussionen über Europa interessiert sind, gefolgt von Führungspersonen (36%) und Studenten (34%). Diejenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben (18%), Hausfrauen und -männer (19%) und Menschen im Alter von 55 Jahren und älter, inklusive der Menschen im Ruhestand (20%) haben dieses Interesse am seltensten. (Tabelle 4.10b)

Denjenigen der Befragten, die Interesse an den Diskussionen bekundeten, wurde dann eine Liste von 7 möglichen Gründen für ihr Interesse gezeigt³⁹. Die Ergebnisse zeigen, dass der am häufigsten angegebene Grund, aus dem die Leute an solchen Diskussionen teilnehmen würden, die Möglichkeit ist, ihren Ansichten über die Art und Weise, wie Europa aufgebaut wird, Ausdruck verleihen zu können (48%). Der am zweithäufigsten angegebene Grund ist der Meinungs Austausch zwischen Mitbürgern (43%). 37% geben an, sie wären interessiert, weil sie gerne ihre Ansichten mit Menschen aus anderen Ländern der Europäischen Union austauschen würden und 36% geben an, sie wären interessiert, weil sie sich für die Angelegenheiten der Europäischen Union interessieren. 35% würden gerne die Gelegenheit ergreifen, mit Politikern aus ihrem Land Meinungen auszutauschen. (Tabelle 4.11a)

³⁹ Es war auch möglich, spontan andere Gründe anzugeben oder einfach zu sagen, man sei ohne besonderen Grund nicht interessiert.

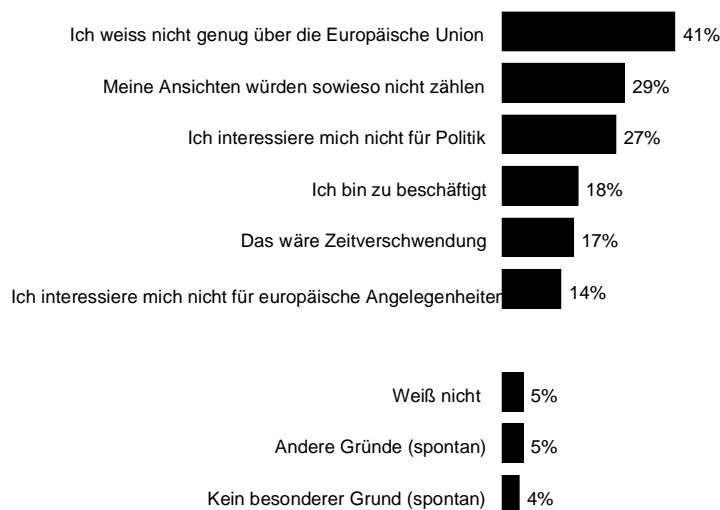
Gründe, warum Menschen am Dialog über Europa teilnehmen möchten (EU15)



Quelle: Umfrage Nr. 55.0 - März - April 2001
Standard Eurobarometer 55 - Abb. 4.9b

Denjenigen Teilnehmern, die sagten, sie seien nicht an solchen Diskussionen interessiert, wurde eine Liste von 6 möglichen Erklärungen für ihr Desinteresse vorgelegt⁴⁰. Die Ergebnisse zeigen, dass der am häufigsten angegebene Grund für Desinteresse an solchen Diskussionen das Gefühl ist, nicht genug über die Europäische Union zu wissen (41%). Beinahe 3 von 10 dieser Teilnehmer sind der Ansicht, dass ihre Meinung sowieso nicht beachtet werden würde (29%) und 27% sagen, sie interessieren sich nicht für Politik. Nur 14% wollen deshalb nicht an den Diskussionen teilnehmen, weil sie sich nicht für europäische Angelegenheiten interessieren. (Tabelle 4.11b)

Gründe, warum Menschen am Dialog über Europa nicht teilnehmen möchten (EU15)



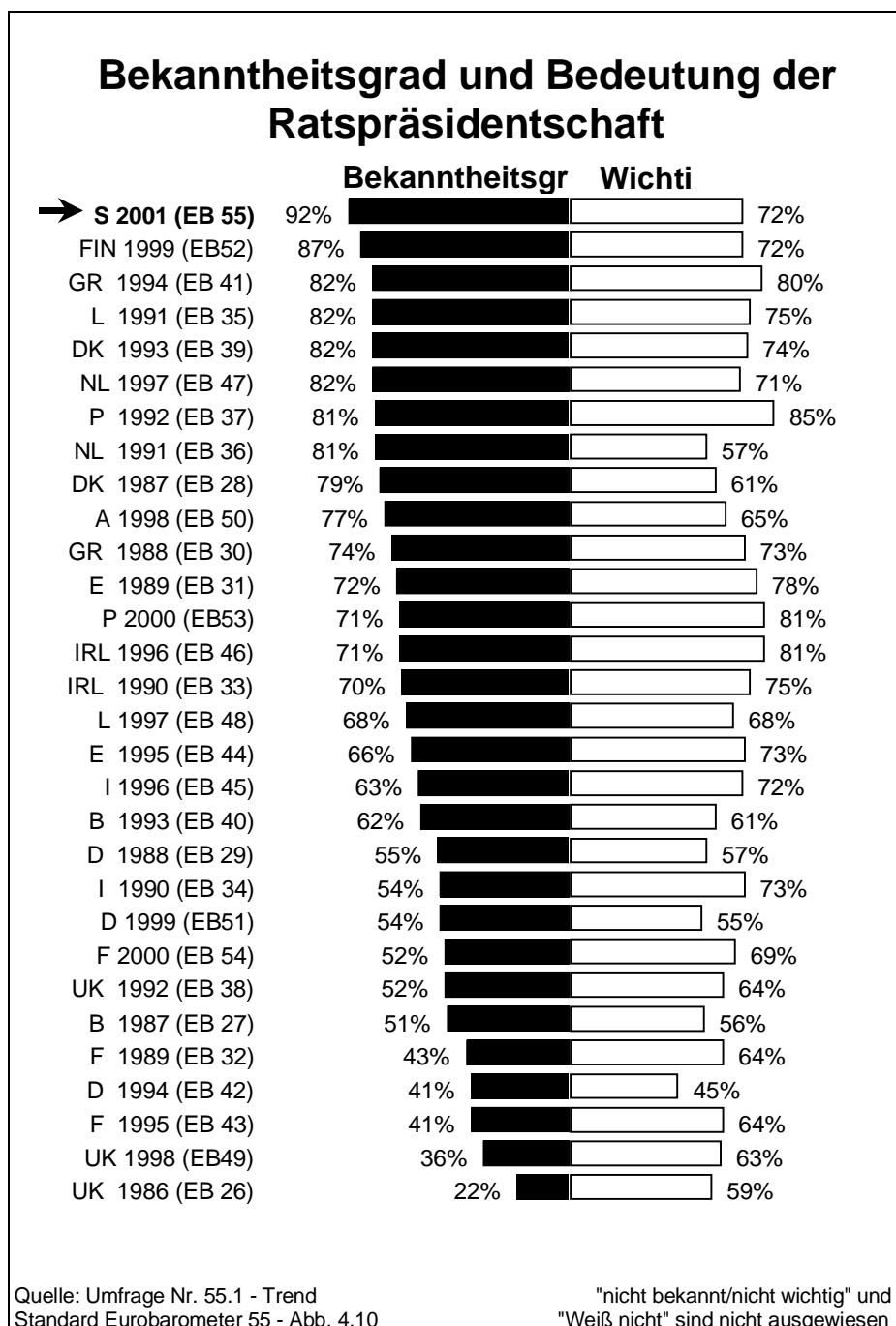
Quelle: Umfrage Nr. 55.0 - März - April 2001
Standard Eurobarometer 55 - Abb. 4.9c

⁴⁰ Auch hier konnten spontan andere Gründe angegeben oder einfach gesagt werden, man sei ohne besonderen Grund nicht interessiert.

4.7. Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Ratspräsidentschaft

Seit 1986 hat das Eurobarometer die Kenntnis und die subjektive Bedeutung der Ratspräsidentschaft im jeweiligen Land, das die Präsidentschaft zur Zeit der Umfrage innehat, gemessen⁴¹. Schweden hatte die Präsidentschaft während der ersten sechs Monate des Jahres 2001 inne.

Wie das folgende Diagramm zeigt, wissen 92% der Schweden, dass ihr Land die Präsidentschaft innehat. Dies ist der höchste Wert, der seit 1986 gemessen wurde, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde. 72% der Schweden betrachten die Präsidentschaft als ein wichtiges Ereignis – dasselbe Ergebnis wurde in Finnland gemessen, als es die Präsidentschaft in den letzten sechs Monaten des Jahres 1999 innehatte.



⁴¹ Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben abwechselnd jeweils für 6 Monate die Ratspräsidentschaft inne.

5. Die Europäer und Sprachen

Im letzten Kapitel dieses Berichtes betrachten wir die Ergebnisse für einige Fragen des Eurobarometers zu Sprachen, die die EU Bürger sprechen, und dazu, welche sie am nützlichsten finden.

5.1. Die Muttersprache

Die Muttersprache der meisten der Befragten ist die Nationalsprache ihres Landes. Es gibt jedoch einige EU Mitgliedstaaten mit mehr als einer offiziellen Landessprache – Belgien ist hierfür ein typisches Beispiel. Es gibt auch einige Länder, in denen die Menschen eine regionale Sprache als ihre Muttersprache betrachten. Die Freiheit, in einem anderen Mitgliedstaat zu studieren und zu arbeiten bedeutet, dass es in den meisten Ländern „ausländische“ EU Bürger gibt, deren Muttersprache eine andere EU Sprache ist. Außerdem gibt es noch einige EU Bürger, deren Muttersprache eine nicht-EU Sprache ist, die in ihrem Herkunftsland gesprochen wird.

Die folgende Tabelle zeigt den Anteil der EU Bürger in jedem Land, deren Muttersprache die offizielle EU Sprache⁴² des Landes ist, in dem sie leben (siehe Spalte 1). Sie zeigt auch den Anteil der Menschen, deren Muttersprache eine offizielle EU Sprache, jedoch nicht die Landessprache des Landes in dem sie leben ist (Spalte 2). Die dritte Spalte spricht für sich selbst. Die vierte Spalte zeigt den Anteil der Menschen, deren Muttersprache eine Sprache ist, die nicht im Fragebogen aufgelistet wurde. In dieser Spalte befinden sich die Regionalsprachen. In Spanien ist die dominante „andere“ Sprache Katalan, in Irland ist es Irisch (Gälisch) und im Vereinigten Königreich ist es Irisch und Walisisch. In Luxemburg befindet sich die Mehrheit der Befragten in der „anderen“ Kategorie, da ihre Muttersprache Letzeburgisch ist. In diesem Land finden wir auch den höchsten Anteil an anderen EU Sprachen, da dort eine beachtliche Anzahl von ausländischen EU Bürgern ihren Wohnsitz haben.

Die Muttersprache – in % nach Land				
Land:	EU Landessprache(n)	Andere EU Sprache(n)	Arabisch oder Chinesisch	Andere
Belgien	95 ⁴³	4	0	2
Dänemark	98	1	0	1
Deutschland	97	3	0	0
Griechenland	99	0	0	0
Spanien	91	1	0	8
Frankreich	95	4	1	1
Irland	93	1	0	7
Italien	99	1	0	0
Luxemburg	11 ⁴⁴	18	0	70
Die Niederlande	97	1	0	2
Österreich	96	1	0	2
Portugal	100	0	0	0
Finnland	99 ⁴⁵	0	0	0
Schweden	94	2 ⁴⁶	1	3
Vereinigtes Königreich	95	1	0	4

⁴² Es gibt 11 offizielle EU Sprachen. Diese sind Dänisch, Niederländisch, Englisch, Deutsch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Portugiesisch, Spanisch und Schwedisch.

⁴³ Der Anteil der Menschen, die eine von drei Landessprachen sprechen, ist wie folgt: Niederländisch - 57%, Französisch - 37% und Deutsch - 1%.

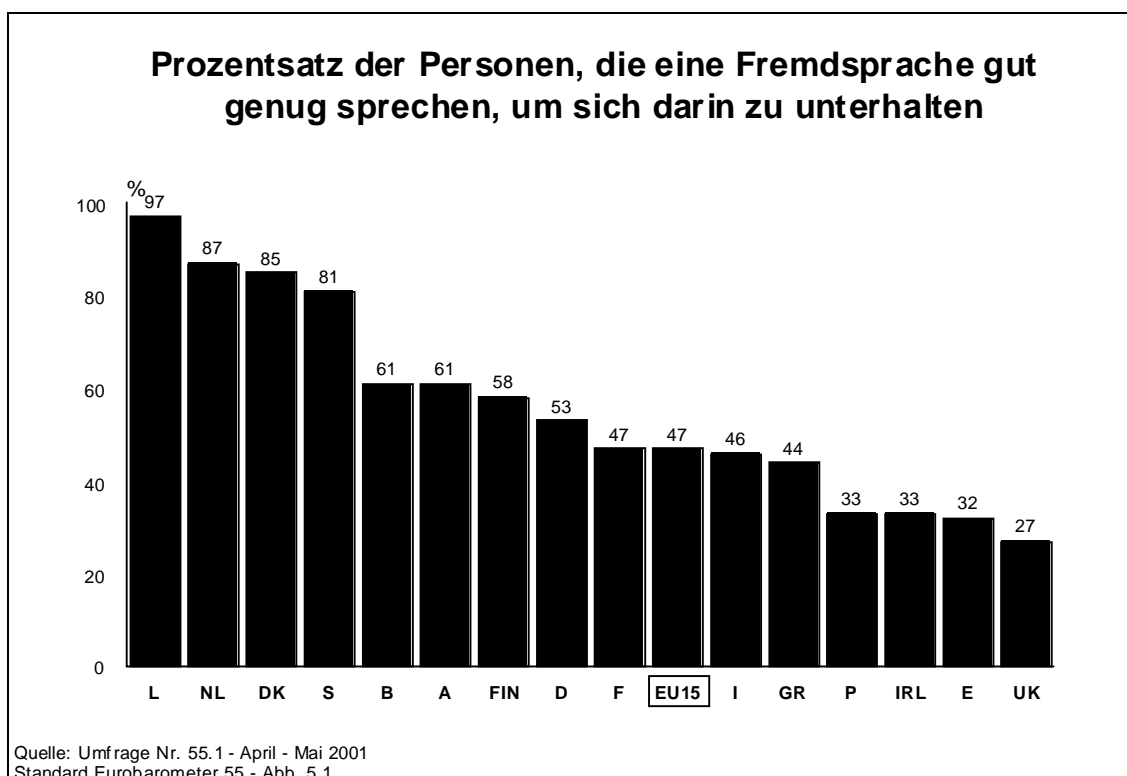
⁴⁴ Französisch (8%) und Deutsch (3%).

⁴⁵ Finnisch (92%) und Schwedisch (7%).

⁴⁶ Finnisch (1%) und andere EU Sprachen (1%).

5.2. Fremdsprachenkenntnisse

Eine beachtliche Anzahl der EU Bürger sind in der Lage, in einer anderen Sprache als ihrer Muttersprache ein Gespräch zu führen⁴⁷. Es gibt jedoch, wie in der folgenden Tabelle aufgeführt, deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. 97% der Befragten in Luxemburg sprechen eine Fremdsprache [eine andere Sprache als Letzeburgisch] gut genug, um sich in ihr zu unterhalten. Die Kenntnis von Fremdsprachen ist auch in den Niederlanden sehr verbreitet (87%), und auch in Dänemark (85%) und Schweden (81%). Im Vereinigten Königreich (27%), Spanien (32%), Irland und Portugal (beide 33%) ist der Anteil derer, die eine Fremdsprache sprechen am kleinsten.

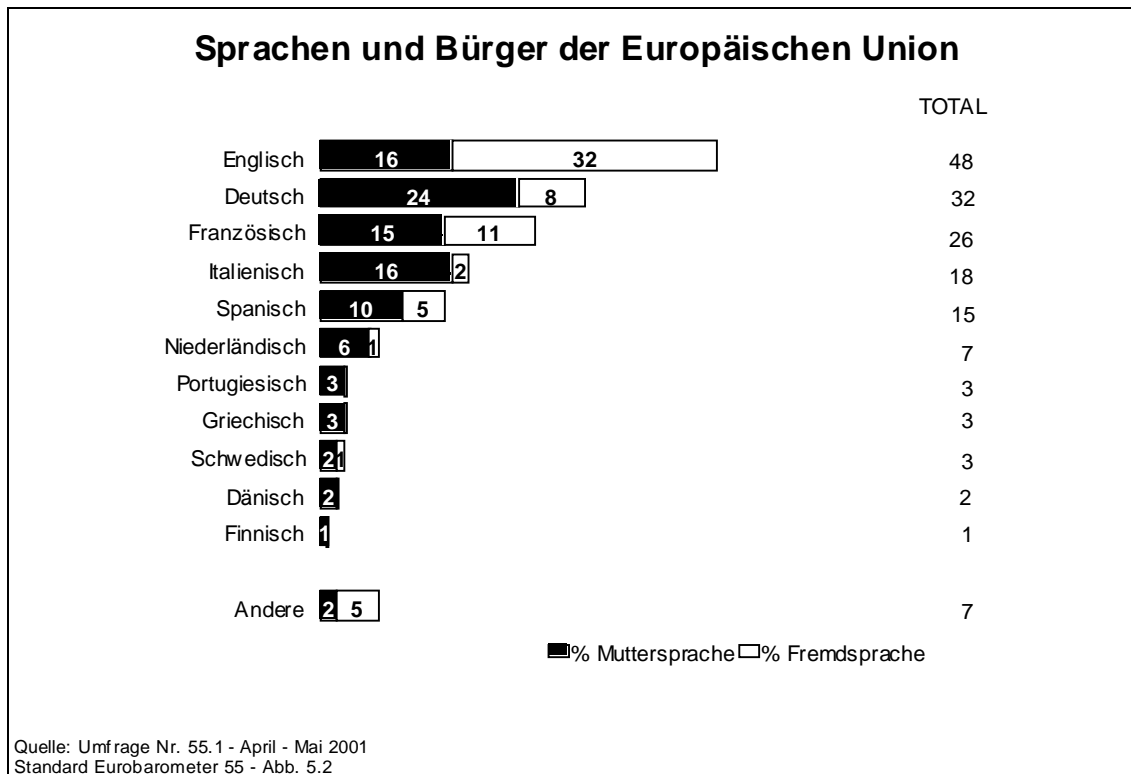


Die nächste Tabelle zeigt, auf welche Weise die Kenntnis von Fremdsprachen unter den verschiedenen in dieser Studie analysierten soziodemografischen Gruppen verteilt ist. Wie man sehen kann, sind Studenten (76%) am häufigsten in der Lage, in einer Fremdsprache ein Gespräch zu führen, verglichen mit nur 21% derjenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben.

⁴⁷ Die Teilnehmer wurden gefragt: "Abgesehen von Ihrer Muttersprache, welche Fremdsprachen sprechen Sie gut genug, um sich in ihnen zu unterhalten?" Für jedes Land wird der Anteil derer, die eine Fremdsprache sprechen berechnet, indem der Anteil der "weiß nicht" Antworten von der Gesamtzahl der Antworten abgezogen wird.

Anteil der EU Bürger, die eine Fremdsprache gut genug sprechen, um sich in ihr zu unterhalten (EU15)	
Soziodemografische Gruppe	%
Studenten	76
Führungspersonen	72
Ausbildung bis zum Alter von 20 oder älter	71
Altersgruppe 15 bis 24 Jahre	68
Angestellte	58
Altersgruppe 25-39 Jahre	57
Selbständige	52
Männer	49
Durchschnitt für EU15	47
Ausbildung bis zum Alter von 16-19 Jahren	46
Frauen	45
Altersgruppe 40-54 Jahre	45
Arbeitslose	45
Arbeiter	42
Hausfrauen/männer	34
Altersgruppe 55 Jahre und älter	30
Menschen im Ruhestand	28
Ausbildung bis zum Alter von 15 oder jünger	21

Die Analyse zeigt auch, welche der 11 EU Sprachen am meisten gesprochen wird. Wie das folgende Diagramm zeigt, sprechen 48% der EU Bürger Englisch. Es ist die Muttersprache von 16% der EU Bevölkerung und weitere 32% sprechen es gut genug, um sich zu unterhalten. Abgesehen von Englisch, entspricht die Rangordnung der Sprachen mehr oder weniger der Rangordnung der Bevölkerungsgröße. Danach ist Deutsch die Muttersprache von 24% der EU Bürger und wird von weiteren 8% der EU Bürger als Fremdsprache gesprochen. Französisch wird von 26% der EU Bevölkerung gesprochen, und 15% davon sind Muttersprachler. Italienisch steht an vierter Stelle, es ist die Muttersprache von 16% der EU Bürger und weitere 2% sprechen es als Fremdsprache. 15% der EU Bevölkerung sprechen Spanisch (10% als Muttersprache und 5% als Fremdsprache).



Die nächste Tabelle listet für jeden Mitgliedstaat die 3 am häufigsten gesprochenen Sprachen abgesehen von der Muttersprache auf. Sie zeigt, dass:

- In allen nicht englischsprachigen Ländern außer Luxemburg Englisch die am meisten gesprochene Fremdsprache ist.
- In den englischsprachigen Ländern Französisch die am meisten gesprochene Fremdsprache ist.
- In Ländern, in denen Regionalsprachen gesprochen werden, die Amtssprachen (auch) als Fremdsprachen aufgelistet werden (dies ist der Fall in Luxemburg, Spanien, Irland und dem Vereinigten Königreich).

DIE DREI AM HÄUFIGSTEN GESPROCHENEN FREMDSPRACHEN (IN %, NACH LAND)			
Belgien		Luxemburg	
Englisch	37	Französisch	85
Französisch	32	Deutsch	81
Deutsch	16	Englisch	46
Dänemark		Die Niederlande	
Englisch	79	Englisch	75
Deutsch	48	Deutsch	57
Französisch / Schwedisch	8	Französisch	12
Deutschland		Österreich	
Englisch	44	Englisch	55
Französisch	12	Französisch	9
Andere ⁴⁸	7	Italienisch	7
Griechenland		Portugal	
Englisch	36	Englisch	22
Deutsch	5	Französisch	16
Französisch / Andere	4	Spanisch	5
Spanien		Finnland	
Englisch	18	Englisch	50
Andere	9	Schwedisch	31
Spanisch	9	Deutsch	12
Frankreich		Schweden	
Englisch	32	Englisch	76
Spanisch	10	Deutsch	22
Deutsch	7	Französisch / Dänisch	7
Irland		Vereinigtes Königreich	
Französisch	15	Französisch	11
Andere	11	Andere / Deutsch	6
Englisch / Deutsch	4	Spanisch / Englisch	3
Italien			
Englisch	28		
Französisch	18		
Spanisch / Deutsch / Andere	3		

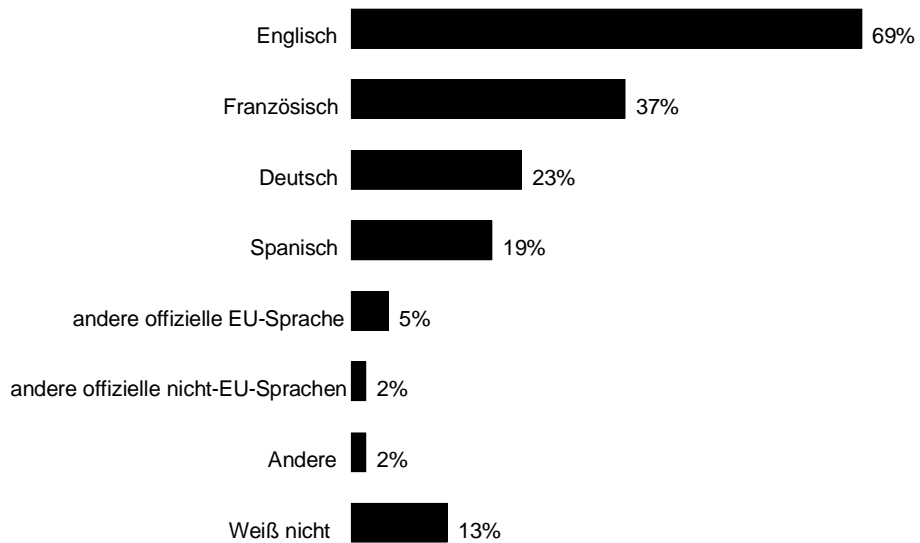
5.3. Welche Fremdsprachen sind am nützlichsten ?

Da wir schon wissen, dass Englisch die am meisten gesprochene Fremdsprache ist, ist es nicht überraschend, dass Englisch auch am häufigsten als die nützlichste Fremdsprache angesehen wird. 69% der Befragten wählen Englisch, 37% wählen Französisch, 23% bevorzugen Deutsch und 19% geben an, Spanisch sei die nützlichste Fremdsprache⁴⁹. Die 7 anderen offiziellen EU Sprachen zusammen genommen werden nur von 5% der EU Bevölkerung als die nützlichsten Sprachen angesehen.

⁴⁸ Andere = keine der 11 Sprachen der Europäischen Union und nicht Russisch oder Arabisch.

⁴⁹ Die Teilnehmer wurden gebeten, zwei Sprachen auszuwählen, um die Häufigkeit der Auswahl anderer Sprachen als Englisch zu erhöhen.

**Welches sind die zwei Sprachen, deren Kenntnis am nützlichsten ist, einmal abgesehen von Ihrer Muttersprache?
(EU15)**



Quelle: Umfrage Nr. 55.1 - April - Mai 2001

Die nächste Tabelle listet die beiden Sprachen auf, deren Kenntnis in den Mitgliedstaaten für am nützlichsten gehalten wird.

DIE BEIDEN NÜTZLICHSTE SPRACHEN ABGESEHEN VON DER MUTTERSPRACHE (IN %, NACH LAND)		
Belgien		
Englisch		80
Französisch		40
Dänemark		
Englisch		93
Deutsch		53
Deutschland		
Englisch		72
Französisch		38
Griechenland		
Englisch		88
Deutsch		48
Spanien		
Englisch		90
Französisch		51
Frankreich		
Englisch		84
Spanisch		39
Irland		
Französisch		62
Deutsch		47
Italien		
Englisch		88
Französisch		36
Luxemburg		
Französisch		71
Englisch		51
Die Niederlande		
Englisch		90
Deutsch		36
Österreich		
Englisch		86
Französisch		46
Portugal		
Englisch		77
Französisch		56
Finnland		
Englisch		76
Deutsch		29
Schweden		
Englisch		85
Deutsch		40
Vereinigtes Königreich		
Französisch		64
Deutsch		40

Wie man sehen kann, sind die bevorzugtesten Fremdsprachen:

- Englisch, gefolgt von Deutsch, in den skandinavischen Ländern und in den Niederlanden.
- Englisch, gefolgt von Französisch in den deutschsprachigen Ländern, Belgien und den Mittelmeerländern (außer Griechenland, wo Deutsch beliebter ist als Französisch).
- Englisch, gefolgt von Spanisch in Frankreich.
- Französisch, gefolgt von Englisch, in Luxemburg.
- Französisch, gefolgt von Deutsch, in den beiden englischsprachigen Ländern.

In den Tabellen 5.1 und 5.2 finden Sie detailliertere Ergebnisse zu Sprachkenntnissen und Nützlichkeit der Fremdsprachen für jeden Mitgliedstaat.

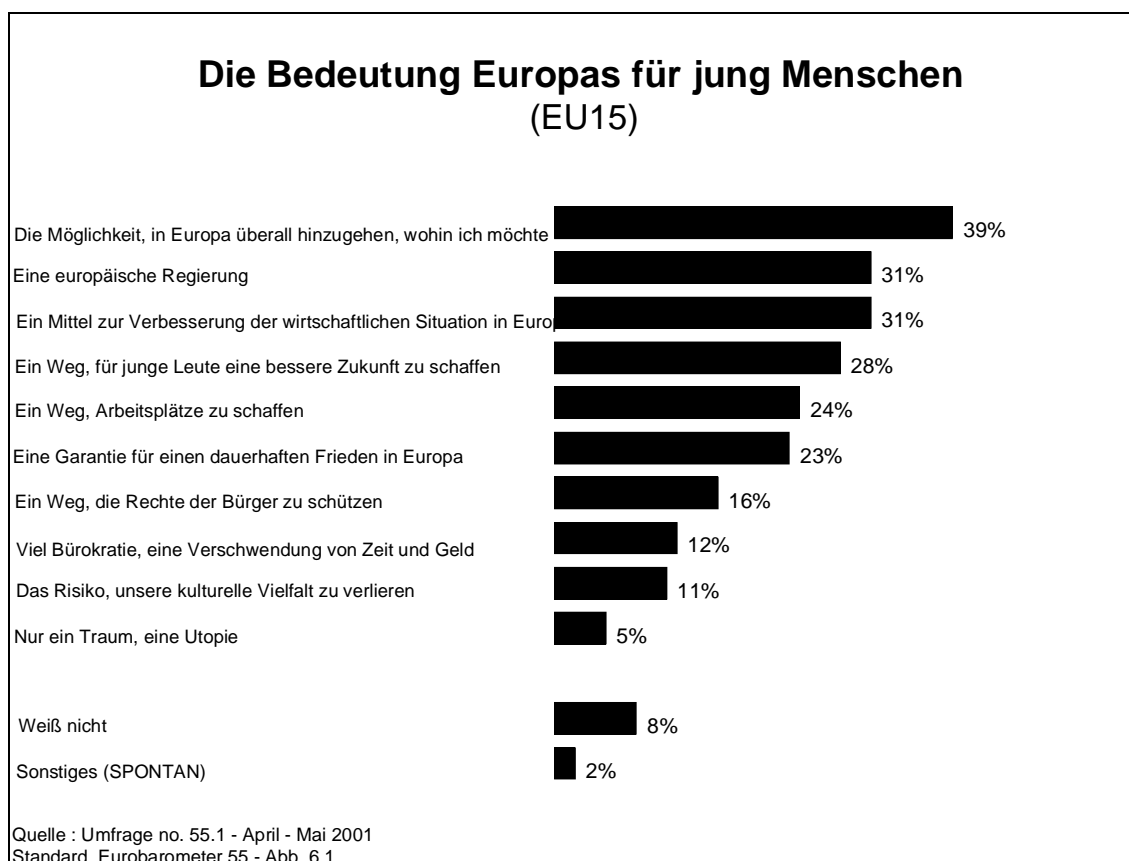
6. Andere Aspekte der Europäischen Union

In diesem Kapitel stellen wir die Ergebnisse für einige spezielle, an Teilnehmer der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre gestellte Fragen vor. Die Stichprobe zum Eurobarometer 55.1 schloss eine Zusatzstichprobe von Befragten dieser Altersgruppe ein. Es wurden ungefähr 600 Personen pro Mitgliedsland im Alter von 15 bis 24 Jahren zusätzlich befragt⁵⁰.

Das Kapitel beleuchtet auch kurz eine Reihe anderer Themen, die in den Eurobarometer-Umfragen im Frühjahr 2000 behandelt wurden. Die Ergebnisse vieler dieser Themen werden auf detailliertere Art und Weise in speziellen Eurobarometer-Berichten analysiert werden⁵¹.

6.1. Junge Europäer

Den jungen Europäern, die für die Umfrage ausgewählt wurden, wurde eine Karte mit 10 verschiedenen Aussagen vorgelegt, und sie wurden gebeten anzugeben, welche der Aussagen am besten beschreibt, was die Europäische Union für sie persönlich bedeutet⁵². 39% der jungen Teilnehmer wählen die Aussage, die EU gebe ihnen die Möglichkeit, sich innerhalb ihrer Grenzen frei zu bewegen. 31% wählen die Aussage, die EU sei a) eine europäische Regierung und b) ein Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Europa. Beinahe drei von zehn jungen Bürgern sind der Ansicht, die EU stehe für einen Weg, eine bessere Zukunft für junge Leute zu schaffen und ungefähr ein Viertel betrachtet die EU als einen Weg, Arbeitsplätze zu schaffen.



⁵⁰ In Deutschland wurden 644 Interviews in den neuen Bundesländern und 621 Interviews in den alten Bundesländern durchgeführt. In Luxemburg bestand die Auswahl aus 202 Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren und in Nordirland wurden 196 Teilnehmer befragt.

⁵¹ Für mehr Informationen zu den speziellen Eurobarometer-Umfragen und Berichten siehe Anhang D.

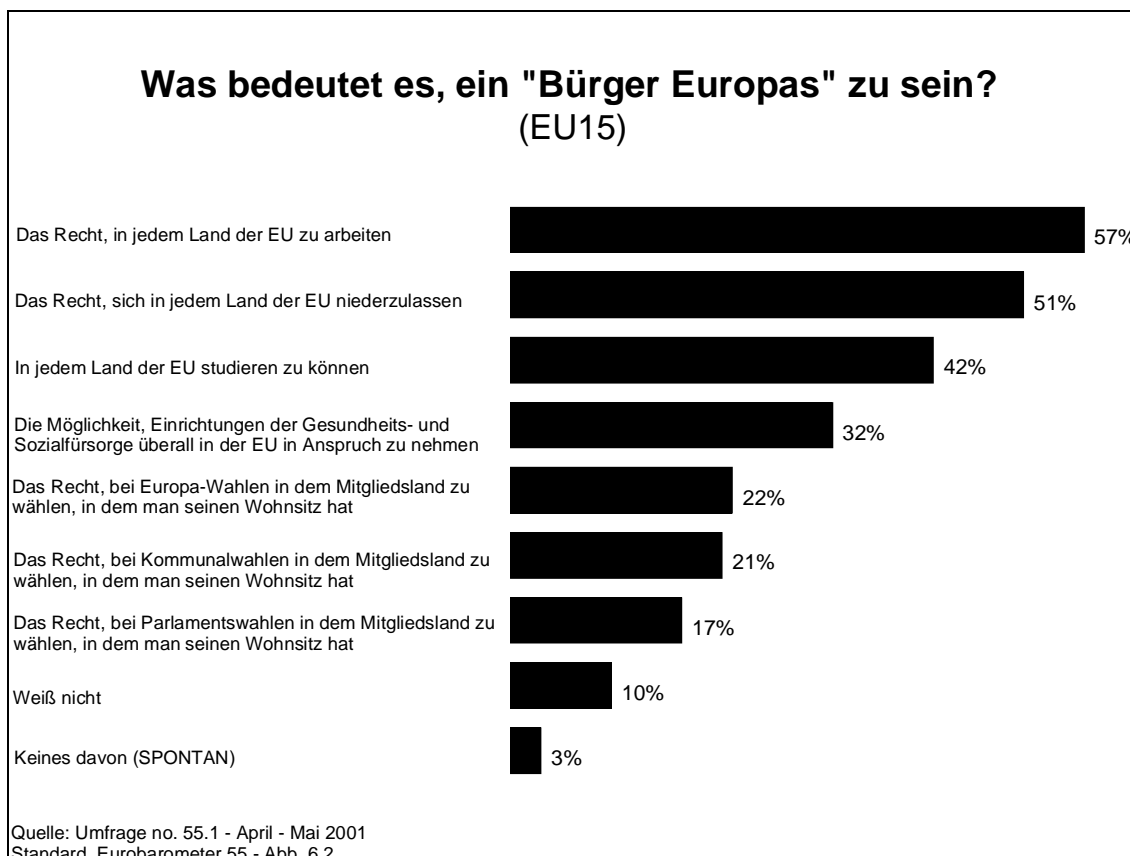
⁵² Die Befragten konnten auch spontan eine andere Antwort geben, und es gab auch die Möglichkeit, mit "weiß nicht" zu antworten.

Die folgende Tabelle zeigt, dass die Möglichkeit, sich überall in der EU frei zu bewegen, in sieben Ländern die am häufigsten gewählte Beschreibung der Europäischen Union ist. In weiteren drei Ländern steht sie an zweiter, in weiteren zwei Ländern an dritter Stelle. In Dänemark, Italien und dem Vereinigten Königreich befindet sich diese Aussage jedoch nicht unter den ersten drei. In den Niederlanden, Spanien und Belgien ist die „Europäische Regierung“ die am meisten gewählte Beschreibung für die EU. Diese Beschreibung ist auch in sieben weiteren Ländern unter den ersten drei. In Dänemark geben junge Menschen am häufigsten an, die EU sei ein Mittel, die wirtschaftliche Situation Europas zu verbessern. Diese Interpretation ist auch in weiteren neun Ländern unter den ersten drei Plätzen. In Griechenland, Italien und Portugal sehen junge Leute die EU am häufigsten als Weg, eine bessere Zukunft für junge Leute zu schaffen. Diese Aussage belegt auch in drei anderen Ländern einen der ersten drei Plätze. In Finnland und dem Vereinigten Königreich belegt die Aussage, die EU sei ein Weg, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die oberen drei Plätze. In Dänemark, Frankreich und Luxemburg schafft es die Aussage, die EU bedeute eine Garantie für bleibenden Frieden in die ersten drei Plätze. Die Interpretation, die EU stehe für viel Bürokratie und die Verschwendung von Zeit und Geld belegt nur in Schweden einen der ersten drei Plätze. Im Vereinigten Königreich ist der Anteil derer, die keine Meinung angeben größer als die Anzahl derer, die die in diesem Land am häufigsten gewählte Interpretation der EU angegeben haben. (Siehe auch Tabelle 6.1).

DIE BEDEUTUNG DER EU FÜR JUNGE MENSCHEN (DIE DREI AM HÄUFIGSTEN GEWÄHLTEN AUSSAGEN, IN %, NACH MITGLIEDSTAAT)			
Belgien		Luxemburg	
Europäische Regierung	38	Bewegungsfreiheit	41
Bewegungsfreiheit	38	Verbesserung der wirtschaftlichen Situation	40
Verbesserung der wirtschaftlichen Situation	37	Frieden	35
Dänemark		Die Niederlande	
Verbesserung der wirtschaftlichen Situation	38	Europäische Regierung	50
Frieden	36	Verbesserung der wirtschaftlichen Situation	50
Europäische Regierung	31	Bewegungsfreiheit	46
Deutschland		Österreich	
Bewegungsfreiheit	52	Bewegungsfreiheit	50
Verbesserte wirtschaftliche Situation	31	Bessere Zukunft	39
Bessere Zukunft	30	Verbesserung der wirtschaftlichen Situation	30
Griechenland		Portugal	
Bessere Zukunft	37	Bessere Zukunft	35
Bewegungsfreiheit	29	Verbesserung der wirtschaftlichen Situation	34
Verbesserung der wirtschaftlichen Situation	29	Bewegungsfreiheit	32
Spanien		Finnland	
Europäische Regierung	41	Bewegungsfreiheit	49
Bewegungsfreiheit	39	Europäische Regierung	33
Verbesserung der wirtschaftlichen Situation	31	Schaffung von Arbeitsplätzen	27
Frankreich		Schweden	
Bewegungsfreiheit	54	Bewegungsfreiheit	45
Frieden	35	Zu viel Bürokratie	34
Europäische Regierung	33	Europäische Regierung	30
Irland		Vereinigtes Königreich	
Bewegungsfreiheit	38	Weiß nicht	30
Bessere Zukunft	34	Europäische Regierung	26
Europäische Regierung	27	Schaffung von Arbeitsplätzen	20
Italien			
Bessere Zukunft	45		
Verbesserung der wirtschaftlichen Situation	38		
Europäische Regierung	27		

Die jungen Teilnehmer wurden auch gefragt, was es heißt, ein Bürger Europas zu sein. Auch diesmal wurde ihnen eine Karte vorgelegt, und auch in diesem Fall konnten sie mehrere der sieben vorgegebenen Antworten auswählen.

Wie das folgende Diagramm zeigt, sind 57% der jungen Europäer der Ansicht, ein Bürger Europas zu sein bedeute, das Recht zu haben, in jedem der EU Staaten zu arbeiten. 51% glauben, es gäbe ihnen das Recht, sich in einem anderen EU Land niederzulassen und 42% geben an es hieße, in jedem der 15 Mitgliedstaaten studieren zu dürfen.



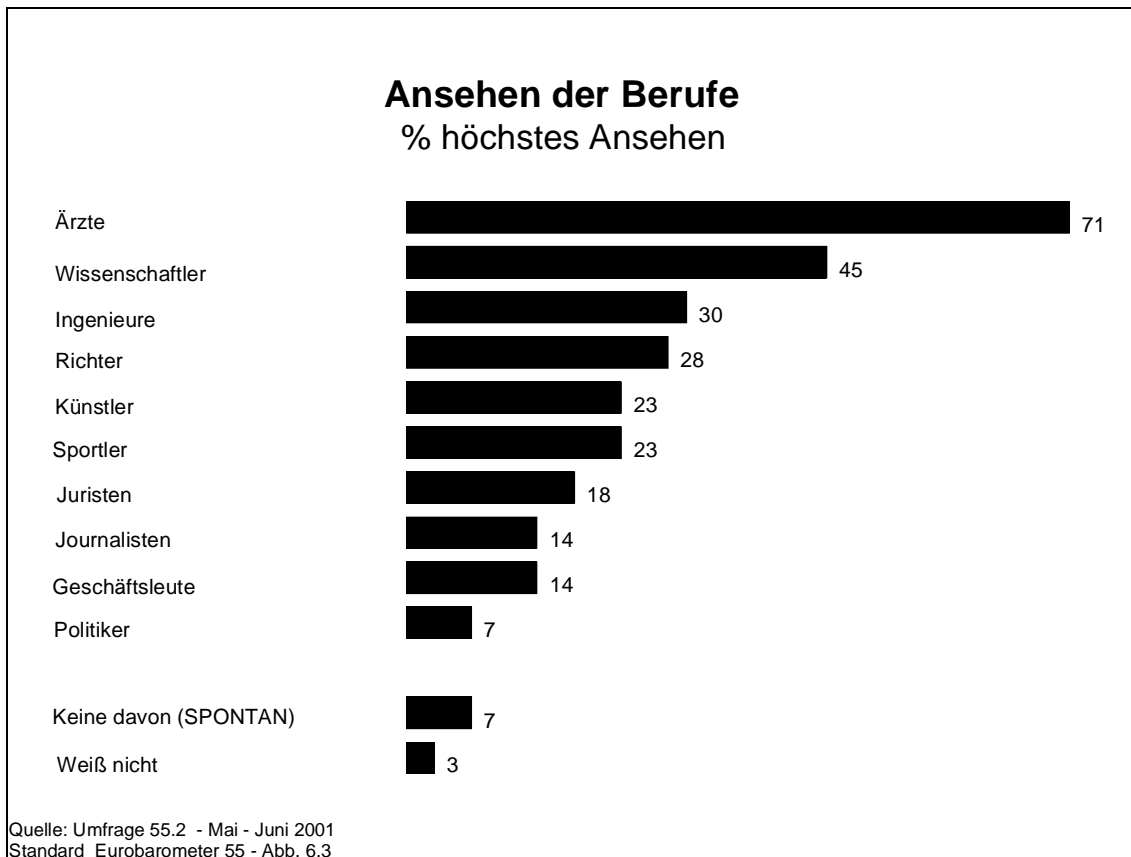
Die folgende Tabelle zeigt, dass in allen Ländern außer dem Vereinigten Königreich das Recht zu arbeiten, das Recht, sich überall in der EU niederzulassen und die Möglichkeit, in allen EU Ländern zu studieren die ersten drei Plätze belegen. Im Vereinigten Königreich steht das Recht, Einrichtungen der Gesundheits- und Sozialfürsorge überall in der EU in Anspruch nehmen zu können, an dritter Stelle.

Die Länderanalyse zeigt, dass junge Menschen in Finnland am häufigsten das Recht, überall in der EU zu arbeiten damit assoziieren, ein Bürger Europas zu sein (75%). Im Vereinigten Königreich (45%) und Belgien (49%) gaben die jungen Teilnehmer am seltensten an, ein Bürger Europas zu sein bedeute das Recht, überall in der EU zu arbeiten. Die Werte für die Interpretation, ein Bürger der EU zu sein bedeute das Recht, sich überall in der EU niederzulassen, reichen von 33% im Vereinigten Königreich bis zu 60% in Frankreich. Die Werte für die Ansicht, es bedeute das Recht, überall in der EU zu studieren, reichen von 24% im Vereinigten Königreich bis zu 65% in Schweden. (Tabelle 6.2)

WAS BEDEUTET ES, EIN EU BÜRGER ZU SEIN? (DIE DREI AM HÄUFIGSTEN GEWÄHLTEN AUSSAGEN IN %, NACH MITGLIEDSTAAT)			
Belgien			
Niederlassungsrecht	49		
Recht zu arbeiten	49		
Möglichkeit zu studieren	41		
Dänemark			
Recht zu arbeiten	62		
Möglichkeit zu studieren	58		
Niederlassungsrecht	45		
Deutschland			
Recht zu arbeiten	61		
Niederlassungsrecht	58		
Möglichkeit zu studieren	45		
Griechenland			
Recht zu arbeiten	51		
Möglichkeit zu studieren	44		
Niederlassungsrecht	41		
Spanien			
Recht zu arbeiten	57		
Niederlassungsrecht	55		
Möglichkeit zu studieren	37		
Frankreich			
Recht zu arbeiten	64		
Niederlassungsrecht	60		
Möglichkeit zu studieren	50		
Irland			
Recht zu arbeiten	63		
Niederlassungsrecht	58		
Möglichkeit zu studieren	39		
Italien			
Recht zu arbeiten	57		
Niederlassungsrecht	45		
Möglichkeit zu studieren	41		
Luxemburg			
Niederlassungsrecht	57		
Recht zu arbeiten	54		
Möglichkeit zu studieren	47		
Die Niederlande			
Möglichkeit zu studieren	59		
Recht zu arbeiten	58		
Niederlassungsrecht	57		
Österreich			
Recht zu arbeiten	64		
Niederlassungsrecht	55		
Möglichkeit zu studieren	45		
Portugal			
Recht zu arbeiten	54		
Niederlassungsrecht	46		
Möglichkeit zu studieren	35		
Finnland			
Recht zu arbeiten	75		
Möglichkeit zu studieren	62		
Niederlassungsrecht	53		
Schweden			
Recht zu arbeiten	70		
Möglichkeit zu studieren	65		
Niederlassungsrecht	53		
Vereinigtes Königreich			
Recht zu arbeiten	45		
Niederlassungsrecht	33		
Recht auf Sozialleistungen	26		

6.2. Ansehen der Berufe

Auf der Basis einer „regulären“ Stichprobe wurden im dritten Eurobarometer 55 die Teilnehmer gebeten, von einer Liste von 10 Berufen denjenigen auszuwählen, der das höchste Ansehen genießt. Im Ergebnis sehen wir, dass 71% der Befragten den Ärzteberuf als den Beruf mit dem höchsten Ansehen angeben. Wissenschaftler stehen an zweiter Stelle (45%), gefolgt von Ingenieuren (30%) und Richtern (28%).



Die folgende Tabelle zeigt, dass Ärzte in allen Mitgliedstaaten an erster Stelle stehen und somit das höchste Ansehen genießen. Wissenschaftler stehen in allen Ländern außer Irland an zweiter Stelle, wo Sportler/innen größeres Ansehen genießen. Richter stehen in sieben Ländern an dritter Stelle; in Frankreich, Irland, Finnland und dem Vereinigten Königreich stehen Ingenieure an dritter Stelle, während in Griechenland und Spanien Sportler/innen diesen Platz einnehmen. In Belgien und Italien stehen Künstler an dritter Stelle. (Siehe auch Tabelle 6.3).

DIE DREI BERUFE, DIE DAS HÖCHSTE ANSEHEN GENIEßEN (IN %, NACH MITGLIEDSTAAT)			
Belgien		Luxemburg	
Ärzte	74	Ärzte	79
Wissenschaftler	49	Wissenschaftler	50
Künstler	32	Richter	33
Dänemark		Die Niederlande	
Ärzte	59	Ärzte	72
Wissenschaftler	50	Wissenschaftler	50
Richter	42	Richter	39
Deutschland		Österreich	
Ärzte	64	Ärzte	65
Wissenschaftler	43	Wissenschaftler	36
Richter	36	Richter	29
Griechenland		Portugal	
Ärzte	68	Ärzte	77
Wissenschaftler	53	Wissenschaftler	35
Sportler/innen	49	Richter	30
Spanien		Finnland	
Ärzte	68	Ärzte	76
Wissenschaftler	47	Wissenschaftler	44
Sportler/innen	33	Ingenieure	28
Frankreich		Schweden	
Ärzte	80	Ärzte	74
Wissenschaftler	48	Wissenschaftler	55
Ingenieure	34	Richter	37
Irland		Vereinigtes Königreich	
Ärzte	70	Ärzte	78
Sportler/innen	35	Wissenschaftler	41
Ingenieure	24	Ingenieure	36
Italien			
Ärzte	67		
Wissenschaftler	46		
Künstler	30		

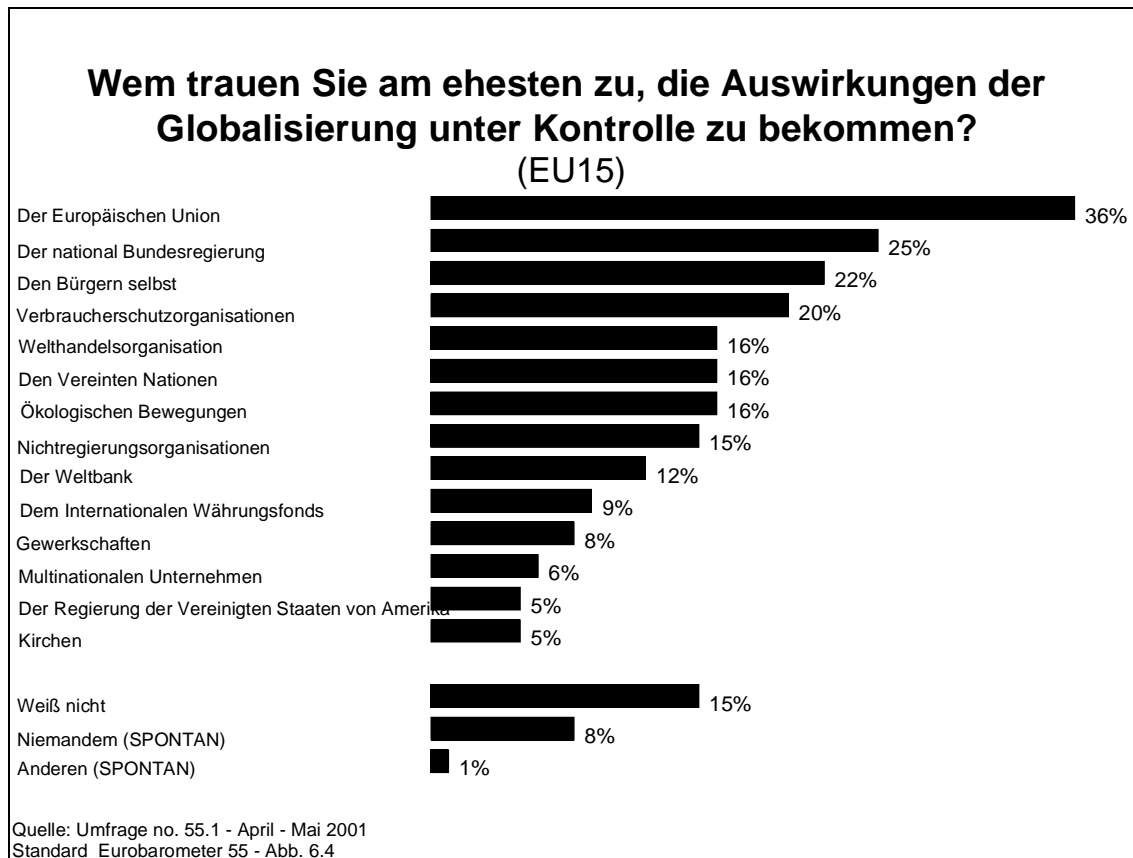
6.3. Globalisierung

In der zweiten Umfrage des Eurobarometer 55 wurden die Teilnehmer gefragt:

“Wem von der folgenden Liste würden Sie am ehesten zutrauen, die Auswirkungen der Globalisierung unter Kontrolle zu bekommen?”⁵³

⁵³ Die Liste enthält 17 Antwortmöglichkeiten, darunter “andere”, “keinem” (beide spontan) und “weiß nicht”. Es konnten mehrere Antworten gegeben werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Teilnehmer bei weitem der Europäischen Union am häufigsten zutrauen würden, die Auswirkungen der Globalisierung unter Kontrolle zu bekommen (36%), gefolgt von der jeweiligen nationalen Regierung (25%) und den Bürgern selbst (22%). 15% der Befragten antworteten mit "weiß nicht".



In allen Mitgliedstaaten außer Frankreich und dem Vereinigten Königreich wird der Europäischen Union am ehesten zugetraut, die Auswirkungen der Globalisierung unter Kontrolle zu bekommen. In Frankreich wird es am häufigsten den Bürgern selbst zugetraut, während die Menschen im Vereinigten Königreich dies am ehesten ihrer nationalen Regierung zutrauen. Der Anteil derer, die die EU angegeben haben reicht von 18% im Vereinigten Königreich bis zu 50% in den Niederlanden. Der Anteil derer, die die jeweilige nationale Regierung angegeben haben, reicht von 14% in Italien und Schweden bis zu 37% in Luxemburg. Der Anteil derer, die die Bürger selbst angegeben haben, reicht von 13% in Irland bis zu 35% in Frankreich. (Tabelle 6.4).